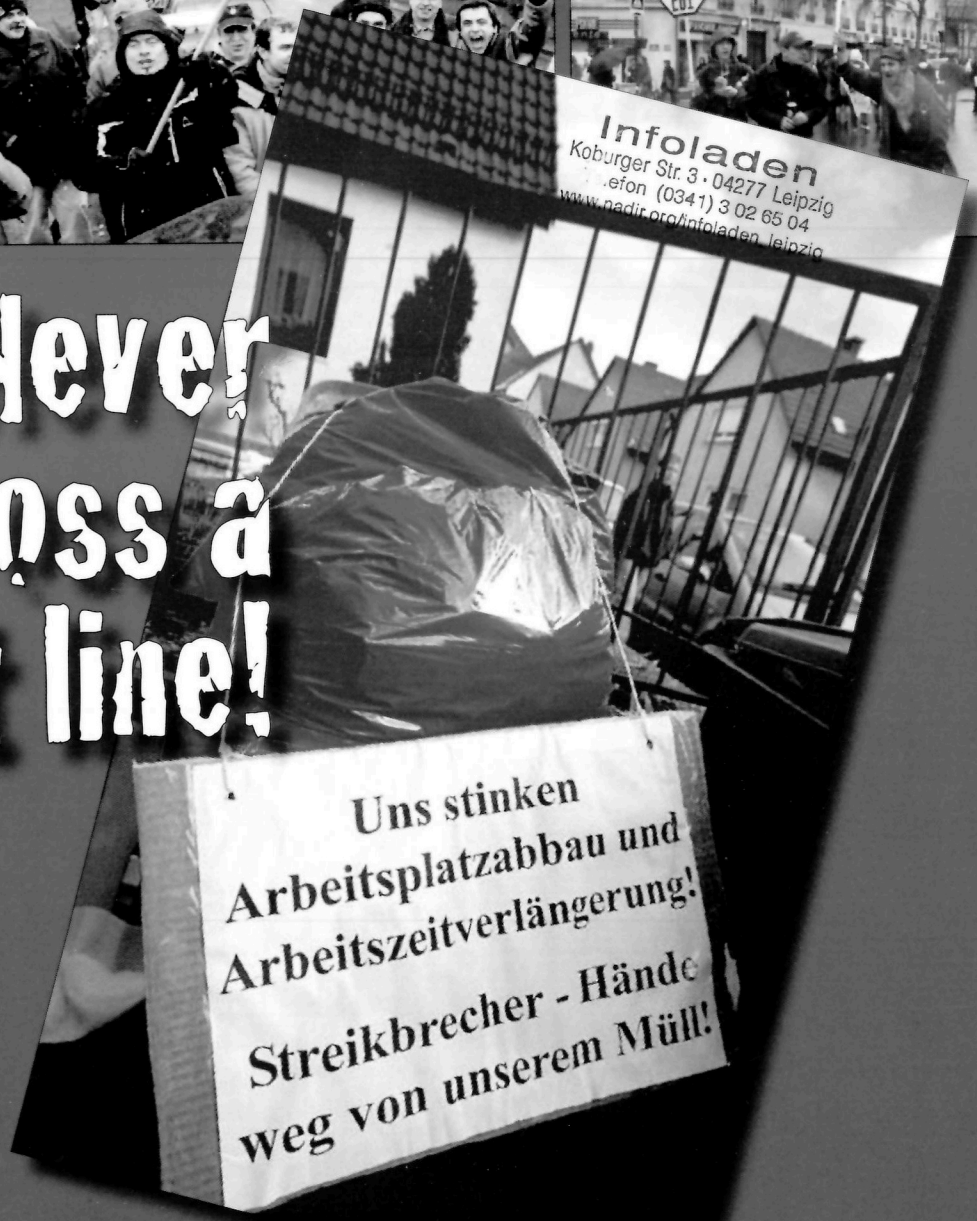
Wildcat

76
Frühjahr 2006

kostet 3 Euro
(im Ausland 4 Euro)



Never cross a picket line!

+++ Streiks im öffentlichen Dienst +++ ein halbes Jahr Streik bei Gate Gourmet +++ Frankreich: Nachtrag zu den Riots in den Banlieues & Bewegung gegen das CPE +++ Frauen, Migration und Hausarbeit +++ Streikwelle in Vietnam +++ Automobilindustrie in Tschechien und Deutschland +++ Linke in der BRD: zwischen Reproduktion und Politikverständnis +++

»Attica!«

I think the combination of age and the greater coming together is responsible for the speed of the passing time.
Its six months now and i can tell you truthfully few periods in my life have passed so quickly.
I am in excellent physical and emotional health.
There are doubtless subtle surprises ahead but i feel secure and ready.
As lovers will contrast their emotions in times of crisis, so am i dealing with my environment.
In the indifferent brutality, incessant noise, the experimental chemistry of food, the ravings of lost hysterical men, i can act with clarity and meaning.
I am deliberate – sometimes even calculating – seldom employ histrionics except as a test of the reactions of others.
I read much, exercise, talk to guards and inmates, feeling for the inevitable direction of my life.

Dass die Zeit so schnell vergeht, liegt wohl ebenso am Alter wie an den enstandenen größeren Gemeinsamkeiten.
Jetzt sind es sechs Monate, und ehrlich gesagt sind nur wenige Abschnitte in meinem Leben so schnell vergangen.
Körperlich und emotional geht es mir ausgezeichnet.
Ohne Zweifel muss ich mit subtilen Überraschungen rechnen, aber ich fühle mich sicher und bereit.
So wie liebende in Krisenzeiten die Situation ganz unterschiedlich empfinden, so geht es mir mit meiner Umgebung.
Inmitten gleichgültiger Brutalität, ständigen Lärms, der Experimentalchemie im Essen und der Raserei verlorener hysterischer Männer kann ich mit Klarheit und Sinn handeln.
Ich bin besonnen – manchmal sogar berechnend –, werde selten theatralisch, außer um die Reaktionen der anderen zu testen.
Ich lese viel, trainiere, spreche mit den Wärtern und Gefangenen und spüre dabei der unausweichlichen Richtung meines Lebens nach.

Diesen Brief schrieb Sam Melville am 16. Mai 1970, ein halbes Jahr nach seinem Haftantritt in der Attica Correctional Facility im US-Bundesstaat New York.

Zwei Jahre später verwendete der minimalistische Komponist Frederic Rzewski diese Zeilen als Grundlage für sein Stück »Coming Together«. So wie Sam Melville in seinem Brief über das Vergehen und die Richtung der Zeit reflektiert, experimentiert Rzewski über 394 Takte (6304 16tel Noten) mit den Zeilen Melvilles. In einem stetigen Prozess von Addition und Subtraktion wird jeder Satz Melvilles insgesamt sieben mal wiederholt, ohne dabei die tatsächliche Reihenfolge der Sätze je zu ändern. Die Instrumentallinien in »Coming together« sind statisch. Die einzige Steigerung des Stückes kommt vom Text Melvilles. Dabei repräsentiert die Musik immerwährende Gegenwart, in der Vergangenheit und Zukunft nur als Teile dieser nicht endenden Gegenwart sind – ganz so, wie Melville die Zeit im Knast wahrgenommen haben mag.

Wer war dieser Sam Melville? Der technische Zeichner Sam Melville (geboren als Samuel Grossmann, später nahm er den Nachnamen des Schriftstellers Hermann Melville an) war verheiratet, hatte einen Sohn und einen gut bezahlten Job in einem Ingenieurbüro. Ende der 60er – er war Anfang Dreißig – brach er mit seinem bisherigen Leben, um sich der Antikriegsbewegung New Yorks anzuschließen, wo er sich zunehmend radikalisierte. Eine seiner Mitstreiterinnen beschreibt die kollektiven Diskussionen dieser Zeit: *»Die Gespräche an unserem Küchentisch liefen immer deutlicher auf Guerilla-Aktionen hinaus: wenn die Bewegung starb, dann weil sie nie gelernt hatte, richtig zu kämpfen. Wir mussten aufhören, uns wie verhätschelte Kinder zu benehmen, die sich von ein paar Verhaftungen und Tränengaskanistern abschrecken ließen. Anstatt und als hoffnungslos kleine Minderheit zu betrachten, mussten wir uns darüber klar werden, dass wir mehr waren als die kubanischen Guerillas in den 60ern und die Bolschewiki 1917... Die radikalen Pazifisten, die in die Einberufungsbehörde einbrachen und Blut über die Wehrpflichtigen-Dateien gossen, waren zweifellos mutig. Aber indem sie sich dabei verhaften ließen, schreckten sie andere davon ab, ihnen das nachzumachen. Was, wenn sie die Akten zerstört hätten und damit davon gekommen wären? Was, wenn hunderte, tausende kleiner Gruppen von ihrem Erfolg ermuntert, das gleiche täten...?«* Die Gruppe um Sam Melville verübte in der Folge mehrere Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen der US-Army, Banken oder öffentliche Verwaltungsgebäude. Hinter diesen Einrichtungen sah Melville nicht bloß Symbole der verhassten, rassistischen, kapitalistischen Gesellschaft, sondern reale Orte, von denen aus Krieg und Armut organisiert werden. Ihre Aktionen kündigte die Gruppe immer vorher an, um Personenschaden zu vermeiden, und tatsächlich gab es bei ihren Anschlägen keine Toten. Nachdem die Gruppe durch einen FBI-Informanten verraten worden war, wurde Sam Melville gefangen genommen und 1969 zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Ende 1969 kam er in die Attica Correctional Facility, nördlich von New York.

Im September 1971 kam es in Attica zu einem Aufstand, in dessen Verlauf die Gefangenen über vier Tage das Gefängnis kontrollierten. Die Bedingungen waren unerträglich, das Gefängnis hofffnungslos überbelegt, rassistische Behandlung der Gefangenen durch Schließer an der Tagesordnung. Deutlich mehr als die Hälfte der Insassen waren Schwarze, viele von ihnen saßen in Attica, weil sie Mitglied der Black Panther Party oder anderer sich als revolutionär verstehender Gruppen waren. Unter den Häftlingen in Attica war der Zusammenhalt sehr hoch. Sie bildeten sich, lasen, diskutierten, bauten Strukturen auf, die die weit verbreitete Trennung nach Hautfarbe überwanden. Als am 21. August 1971 der Black Panther George Jackson im Gefängnis San Quentin in Kalifornien von rassistischen Schließern umgebracht wurde, gingen die Insassen von Attica in den Hungerstreik. Zwei Wochen später, am Morgen des 9. September, entlädt sich der Frust der Gefangenen vollends. Eine Gruppe von Gefangenen weigert sich, in ihre Zellen zurückzukehren. Als sie daraufhin von den Schließern beschimpft und gegängelt werden, greifen sie sie an, überwältigen sie und nehmen ihnen die Schlüssel ab. Sie befreien ihre Mitgefangenen, nehmen die diensthabenden Wärter als Geiseln und stellen Forderungen an die Knastleitung: Mindestlöhne für im Knast geleistete Arbeit, bessere Bildungsmöglichkeiten, Lockerung der Zensur, bessere Verpflegung, medizinische Versorgung und sanitäre Anlagen, kürzere Einschlusszeiten und respektvollen Behandlung durch die Wärter. Eine der dringlichsten Forderungen: eine Amnestie für alle am Aufstand Beteiligten, da man massive Repressionen befürchtet. Vier Tage lang wird verhandelt, bis am Morgen des 13. September mehr als 1000 Bullen und Nationalgardisten ohne Ankündigung zum Angriff übergehen. Es gibt hunderte von Verletzten und mindestens 40 Tote (darunter 11 der als Geiseln genommenen Schließer), die sämtlich an Schussverletzungen durch die Sicherheitskräfte starben. Einer der Toten ist Sam Melville. Einige wollen Sam Melville noch lebend gesehen haben, nachdem der Aufstand bereits niedergeschlagen war, weswegen vermutet wird, er wäre von einem Scharfschützen der Nationalgarde im Nachhinein gezielt hingerichtet worden.

Noch lange Zeit gilt »Attica« als Symbol der gerechtfertigten Revolte gegen ein unmenschliches System. Außer Frederic Rzewski haben noch zahlreiche andere Künstler »Attica« verarbeitet, so John Lennon und Yoko Ono (»Attica State«) oder der 1994 erschienene Film »Against the Wall«.

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Inhaltsverzeichnis

Kollektiv: Auf ein Neues 6
Die deutsche Linke zwischen Alltag und radikalem Anspruch

Streikende nicht in Sicht 10
Streiks im öffentlichen Dienst

Vom Finanziellen her ist Arbeiten besser... 16
Ein Jahr Streik bei Gate Gourmet

Zweite Luft für die Autoindustrie? 22
Automobilindustrie in Osteuropa

Die Autoindustrie in Tschechien als Motor der Kapitalakkumulation 24

Lustreisen und Schmerzgrenzen 30
VW-Modell am Ende?

Frankreich: Eine zerfallende Gesellschaft oder eine Gesellschaft in Bewegung? 32

Wir wollen Nichts! 33
Gilles Dauvé zum sogenannten Aufruhr in den Banlieues

Die Bewegung gegen den CPE? 40

Wie weiter in New Orleans? 44

Die AfroamerikanerInnen werden zwangsenteignet 47
Interview mit Greg Griffith vom *Common Ground Collective*

Arbeiterkämpfe und Krieg 48
Ein Interview zur Situation im Iran

Nirgendwo sicher 54
Streikwelle in Vietnam

Samstag gehört dem Vati der Betrieb 56
Wochenendschicht und Tarifkonflikt bei Philips Semiconductors in Hamburg

In harten Zeiten hilft Fröhlichkeit und ein großer Streik 62
Gespräch mit Streik-Aktivisten aus dem öffentlichen Dienst

Buenos Aires: Streik in der U-Bahn und die Fahrgäste freuen sich. 66

Wer macht den Dreck weg? 67

Gender, Migration und Hausarbeit 68

Doing the dirty work 73
Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit in Europa

Impressum 75

Morgens bei der Streikversammlung im Krankenhaus ...

... sitzt ein ganz alter, weißhaariger Mann – seit vielen Wochen Patient im bestreikten Krankenhaus – hochgereckt auf dem Stuhl vorne am Eingang und spielt auf dem Akkordeon die Internationale, fantastisch gut, schnell, er improvisiert über das Thema! Nach triumphierenden Schlußakkorden erklärt der Streikleiter den Anwesenden ein paar historische Zusammenhänge, die Internationale sei das Kampflied der streikenden Arbeiter der Pariser Commune gewesen, die von französischen und preußischen Truppen niedergemetzelt wurde. Nach einem weiteren Redebeitrag eines Gastredners zur historischen Bedeutung des Streiks im Öffentlichen Dienst (gähn) spielt der Meister ein zweites Stück (fetz!) und verabschiedet sich dann, er muss auf die Station zurück. Danach entwickelt sich eine spannende Diskussion: Sollen wir weiter streiken? wie? Wie stehen die KollegInnen auf den Stationen dazu? Wie können wir den streikenden Müllarbeitern beistehen? Wer kommt mit zur Aktion am Theater? Wer kann morgen früh Flugblätter in Degerloch verteilen, um die streikenden Kita-Erzieherinnen zu unterstützen?

Ist Europa mitten drin in der größten Streikwelle seit Jahrzehnten? Mehrere Streiks in der BRD gleichzeitig (wann gab es das zum letzten Mal?), immer wieder Aktionstage in Frankreich, Generalstreik der britischen Staatsbediensteten, Generalstreik in Griechenland...

Auf den ersten Blick lässt sich erkennen, dass die Kämpfe nicht europaweit sind: In Deutschland historisch hohe Wahlenthaltung bei Landtagswahlen, in Frankreich wird gestreikt und auf der Straße gekämpft. Die Große Koalition plant eine zweijährige Probezeit für alle und es geschieht nichts – in Frankreich große Auseinandersetzungen gegen den Versuch der Regierung, das gleiche für Leute unter 26 einzuführen. Auf den zweiten Blick lässt sich erkennen, dass auch die Bewegung in Frankreich voller Widersprüche steckt [siehe ***Seite 40***]

»Wenn sich die wilden Streiks vervielfachen, sich von der Fabrik auf die Straße ausweiten und zu einem offenen oder untergründigen Aufstand werden, kommt der Moment, wo die direkte Aktion mehr soziale Genugtuung verschafft als die Objekte der Konsumgesellschaft.« Solche Gedanken werden eher in Frankreich formuliert – im Rückblick auf die riots in den Banlieues [siehe ***Seite 33***] – in der BRD eher nicht. Hier liegt der Öffentliche Dienst vom Tariflohn und der Arbeitszeit her inzwischen unterm europäischen Durchschnitt. Trotzdem löst ein historischer Entscheidungskampf der dort Beschäftig-

ten kaum gesellschaftliche Solidarisierungen aus.

In defensiven Streiks steckt eine teuflische Ambivalenz: Entweder man verliert richtig, und dann sind womöglich auf Jahre hinaus die Möglichkeiten zu einer Wiederaufnahme des Kampfs verbrannt. Oder man erreicht einen gewissen Kompromiss. Eine solche Haltelinie würde aber womöglich eine der gefährlichsten Illusionen der deutschen Gewerkschaften schüren: es könne ein neuer sozialer Kompromiss unterhalb des bisherigen Niveaus erreicht werden. Diese Illusion war und ist die stärkste Triebfeder beim freiwilligen Abbau. Der geht so weit, dass Gewerkschaften einen Tariflohn von 3,18 Euro abschließen (Friseurhandwerk in Thüringen) – das ist ein *Brutto*monatslohn von 511 Euro!

Gerade als wir das schreiben, kommt im Radio, dass Ministerpräsidnet Wulff nach seinem Treffen mit Bsirske bei der Merkel vorsprechen will, damit die sich dafür einsetzt, dass die Meistbegünstigungsklausel aus dem TVöD gestrichen wird, weil die alles blockieren würde, vor allem einen Abschluss bei den Ländern; in der Konsequenz drohe die TdL auseinanderzufliegen. [Siehe zu diesen Zusammenhängen Artikel und Interview zu den Streiks im Öffentlichen Dienst, ab ***Seite 10 bzw. 62***.]

»Die wirtschaftliche Erholung in Osteuropa hat erstmals seit dem Beginn der Transformation vor 15 Jahren in fast allen Ländern der Region zu einem Aufbau von Beschäftigung geführt«, meldete die *Financial Times Deutschland* am 17. Februar mit Bezug auf die neuen EU-Staaten. Und kaum fängt dieser Prozess an, kommt – zumindest in Tschechien – auch schon wieder das Ende der Fahnenstange in Sicht: Genossen aus Prag beschreiben ab ***Seite 24***, dass die Autoindustrie als neuer »ziehender Sektor« schon jetzt keine Arbeitskräfte mehr findet. In Polen und der Slowakei, wo die Autoindustrie ebenfalls kräftig expandiert, war die Talsohle mit einer Arbeitslosigkeit von 19 bzw. 18 Prozent viel tiefer. Warum dem Kapital trotzdem nur wenige Jahre bleiben, um neue Produktionskapazitäten in Osteuropa zur Erpressung der ArbeiterInnen im Westen zu nutzen, erklären wir ab ***Seite 22***. In der Zwischenzeit gehen hier die Angriffe auf den Lohn, die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen allerdings weiter, wie Kollegen von VW aus Braunschweig im Interview auf ***Seite 29*** berichten.

Nicht auslagern können sie die Hausarbeit – dafür werden illegale Migrantinnen eingestellt. Das nimmt zu und ist auch ökonomisch ein wichtiger Faktor. Zu diesem Komplex haben wir einen Artikel und eine Buchbesprechung ab ***Seite 67***.

Aufweichungen und Vertreibung in New Orleans: Es ist Frühling, im Golf von Mexiko fängt die Hurricanesaison wieder an. Noch laufen in Louisiana Flickarbeiten an den Schutzdämmen – ihr Zustand wird aber noch eine ganze Weile hinter dem zurück bleiben, den sie vor dem Landgang Katrinas hatten. Sie sind aufgeweicht wie das Image von Ray Nagin, dem farbigen Bürgermeister. Die Wahrscheinlichkeit, dass er gegen einen seiner beiden weißen Konkurrenten bei den Wahlen im April verliert, ist hoch... (***Seite 44***)

Im letzten Heft hatten wir auch einen Artikel über die Turbulenzen am Ölmarkt in der Folge von Katrina. Seit Jahren gäbe es in jedem Heft Neues zu berichten über Klassenkämpfe in den Ölfördergebieten. In Nigeria gibt es zum Beispiel immer wieder Kämpfe um die Verteilung des Ölreichtums. Anfang des Jahres lieferte sich das »Movement for the Emancipation of the Niger Delta« (MEND) Kämpfe mit der Armee und griff mehrere Ölpumpstationen an. Schon vorher hatten sie einige ausländische Ölarbeiter als Geiseln genommen, um die Freilassung inhaftierter Anführer durchzusetzen. Die Ölförderung wird immer fragiler. Zeitweise musste im Februar die normale Fördermenge um ein Fünftel gekürzt werden.

In Ecuador wurde im März in den Öl produzierenden Amazonasprovinzen der Notstand ausgerufen. Damit versucht die Regierung, einer massiven Bewegung von Arbeitern der Firma Petroecuador Herr zu werden. Erreicht hat sie bislang aber eher das Gegenteil: Aus dem ganzen Land werden nicht nur immer größere Demonstrationen, Blockadeaktionen und Besetzungen gemeldet, sondern auch immer massiverer Widerstand gegen die Versuche, die Bewegung mit Militärgewalt zu unterdrücken. Am 7. März wurden bei einer derartigen Konfrontation 25 Soldaten als Geiseln genommen.

Viele, die sich dem Protest angeschlossen haben, stellen nun politische Forderungen, unter anderem die Suspendierung des Beitritts Ecuadors zum (US-) amerikanischen Freihandelsabkommen (FTA). Wie schon in den letzten Jahren in Bolivien, organisieren

sich auch in Ecuador mittlerweile viele der Armen als »Indigenas« und verbinden den Kampf gegen konkrete Zustände mit einem Kampf für politische Rechte. Polizei und Armee haben Ende März um die Hauptstadt Quito eine Art Belagerungsring gelegt: Alle Fahrzeuge werden kontrolliert. Alle Menschen, die »indianisch« aussehen oder im Verdacht stehen, sich an den Protesten beteiligen zu wollen, werden abgewiesen. Trotz dieser Maßnahmen, vieler Verhaftungen und massiver Repression, wie der militärischen Räumung von Straßenblockaden, gehen die Proteste unvermindert weiter und weiten sich aus: Die Gewerkschaft der Transportarbeiter hat mit einem landesweiten Streik gedroht, da sie durch die Wartezeiten an den vielen Straßensperren viel Geld verlieren.

Ecuador ist Lateinamerikas fünftgrößter Ölproduzent. Die tägliche Fördermenge liegt im Schnitt bei 530 000 Barrel. Etwa die Hälfte davon wird durch den staatlichen Ölkonzern Petroecuador gefördert, der zahlreiche Sub-Unternehmen beauftragt, diese aber nur unregelmäßig bezahlt, die wiederum den Schwarzen Peter an die ArbeiterInnen weitergeben. Am 7.3.06 begannen die 4000 Leiharbeiter (die Hälfte der in der Ölindustrie Beschäftigten) mit einem Streik, der über 70 Prozent der Erdölindustrie lahmlegte. Sie forderten Festanstellung, die Zahlung ausstehender Löhne, die finanzielle Unabhängigkeit von Petroecuador und die Freilassung bei den Protesten inhaftierter Kollegen. Am 13.3. wurde nach der Zusage die ausstehenden Löhne zu zahlen, der Streik zunächst ausgesetzt – die Proteste dauern allerdings an.

Soviel dazu, was alles ***nicht*** im Heft steht. Und nun wieder zu dem, was drin steht: Wir erleben seit Jahren einen schreienden Widerspruch zwischen einem großen und wachsenden Bedürfnis nach Gemeinschaft einerseits und einer großen und wachsenden Unfähigkeit, sich auf kollektive Erfahrungen einzulassen, andererseits. Die Fortsetzung unserer Diskussion zu »Kollektiven« auf den nächsten Seiten fragt nach den Gründen. Und ohne praktische Kollektivität, ohne die Bildung von anti-kapitalistischen Gemeinschaften im Kampf und für den Kampf, sind revolutionäre Prozesse kaum vorstellbar.

In diesem Sinne!

Wir suchen WeiterverkäuferInnen!

*

* Zum Streik der Orenstein&Koppel-Arbeiter in Berlin gegen die Schließung des Werks haben wir leider keinen Artikel im Heft; er läuft noch, Tag und Nacht! Geht hin!

Das ist die wirkungsvollste Art, eine politische Zeitschrift zu verbreiten.

In der Streikpostenkette, im Stadtpark, in der Kneipe, auf Demos, beim Konzert ...

So lassen sich am ehesten Diskussionen führen, womöglich entstehen Lesekreise, oder wir könnten gemeinsam eine Veranstaltung in Eurer Stadt organisieren.

Und weil das alles so ist, geben wir an WeiterverkäuferInnen die *Wildcat* besonders billig ab:

8 Stück für 10 Euro.

Wer das mal probieren will, soll einfach an **versand@wildcat-www.de** schreiben.

Bedingung:
Nur an privat! Keine Remittenden!
Leute im Ausland sollen bitte die Konditionen extra erfragen.

Und natürlich können wir auch weiterhin Abos und Förderabos gebrauchen:
Unser Bestellformular findet Ihr unter:
http://www.wildcat-www.de/aboform.htm

Bitte gebt an, ab welcher Nummer das Abo laufen soll.

Kollektiv:

Auf ein Neues!

Die sozialen Zusammenhänge in einer als gemeinsam erlebten Bewegung wie in den Untergrundszenen der DDR oder in der autonomen Bewegung der 80er in der alten BRD gibt es nicht mehr. Verarmung, Zukunfts- und Existenzangst schlagen viel direkter auf die Einzelnen durch. Das hat nicht nur damit zu tun, dass einzelne sich viel stärker als früher um die individuelle Karriere kümmern. Es hat auch damit zu tun, dass Jobs seltener geworden sind und die Art dieser Jobs die Individualisierung fördert. Der Druck, sich zu behaupten, ist viel größer geworden. Die Konkurrenz untereinander schlägt bis in die politischen Gruppen durch. Die BRD-Linke ist in der sozialen Realität angekommen – aber wie verhält sie sich darin?

Im Gefolge von Seattle sind viele politische Prozesse entstanden. Seit den Montagsdemos und den Streiks bei Daimler und Opel regt sich auch in der BRD wieder sozialer Widerstand. Anstatt beidem die Möglichkeit zu geben sich zu befruchten, verabschiedet sich ein Teil der radikalen Linken in die Beliebigkeit von Multituden, während der andere an der Zusammenarbeit mit der Linkspartei bastelt.

»Subjektivierung« im Arbeitsprozess

Das Kapital hat viele Arbeitsprozesse so umstrukturiert, dass sie die Unfähigkeit, sich aufeinander zu beziehen, fördern – man könnte fast sagen, sogar erfordern. Das »jeder ist sich selbst der nächste« schlägt um in Angst vor Gemeinschaft. Einige Schlaglichter:

Leiharbeit heißt in der Regel, auf sich allein gestellt zu sein: Verträge werden individuell ausgehandelt, in den Betrieben fängt man immer wieder neu an, Konflikte (um nicht gezahlte Löhne, z.B.) müssen meist individuell durchgestanden werden. Oft zerreißt das soziale Umfeld der ArbeiterInnen, weil sie ständig unterwegs sind und oft den Betrieb wechseln.

Für die Festangestellten ist es stressig und frustig, immer wieder jemand Neues einzuarbeiten. Der Druck durch verschärfte Produktionsbedingungen (höhere Stückzahlen, z.B.) wird zum Konflikt zwischen Arbeitern in den unterschiedlichen Beschäftigungskategorien. Weil die Festangestellten sich abgrenzen und die Leiharbeiter nur befristet angestellt sind, werden kollegiale Prozesse erschwert.

»Dienstleistungsarbeit« ist schwer zu definieren: wenn ein Leiharbeiter das gleiche macht, was vorher ein festangestellter Industriearbeiter gemacht hat, dann ist statistisch aus Industriearbeit »Dienstleistungsarbeit« geworden. Dennoch lässt sich natürlich eine Zunahme von Dienstleistungsarbeit real feststellen (Callcenter, IT).

Viele Dienstleistungsarbeiten (Gastronomie, Frisöre) sind so kleinteilig, dass sich ein arbeitsteiliges Organisieren mit andern nicht lohnt. Meist konkurrieren diejenigen, die mit der gleichen Tätigkeit Geld verdienen, um stundenweise Anstellungen. Die räumliche und zeitliche Trennung voneinander (Hauskrankenpflege, Messebau) verlangt von den Leuten, sich individuell zu behaupten und zum eigenen »Arbeitskraftunternehmen« zu machen. Im besonderen Maße betrifft das die Selbständigen und Ich-AGs. Auf der »betriebswirtschaftlichen« Ebene ist der eigene Erfolg vom Misserfolg des anderen, des Konkurrenten, abhängig. Solidarisierung erscheint unsinnig, als Verlust des eigenen Vorteils.

Gruppenarbeit – um industrielle Produktionsprozesse politisch beherrschen zu können, muss das Kapital die ArbeiterInnen immer wieder zu Einzelnen machen und sie gleichzeitig partiell einbeziehen. Die Einführung von Gruppenarbeit zu Beginn der 90er Jahre hatte vor allem den Zweck, gewachsene Strukturen unter den ArbeiterInnen zu zerreißen. In letzter Zeit ist von Arbeiterseite des öfteren die Einschätzung zu hören, dass sich in der Gruppenarbeit auch neue Strukturen und teilweise eine Requalifizierung gebildet hätten. Die Frage, wie diese Strukturen in Kämpfen als kollektive entdeckt und gegen das Kapital gewendet werden können, steht auf der Tagesordnung.

Grenzen der sozialen Bewegungen

Die Mobilisierungen – Montagsdemos und die Kämpfe bei Daimler, Opel, AEG usw. – haben ihre

Grenzen vor allem darin, dass sie Abwehrkämpfe geblieben sind. Die Kündigungswelle hält an, der Niedriglohnsektor weitet sich aus. Die soziale Lage ist durch Verunsicherung gekennzeichnet, und immer mehr Menschen reagieren mit Wut, Aggressivität und einer Ya-Basta-Stimmung. Hunderttausende gingen gegen Entlassungen und Sozialabbau auf die Straße, die Streikwelle in den Betrieben reißt nicht ab. Während die Abfindung eines Opel-Arbeiters für die Mehrheit der MontagsdemonstrantInnen ein unerreichbarer Traum ist, gefährdet die Prekarität der Arbeitslosen Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen (*»Draußen stehen Hunderte, die Euren Job zu den Bedingungen sofort machen würden!«*). Zudem ist das Terrain der Lohnarbeit inzwischen durch -zig Spaltungen innerhalb und unter den Betrieben (Tarife, Verträge, Beschäftigungskategorien, Sonderleistungen) dermaßen zerklüftet, dass ein gemeinsamer Kampf zumindest schwierig wird. Die defensive Logik in den Mobilisierungen kann diese Spaltungen nicht »überspringen«.

Es entstehen gemeinsame Momente, aber das Miteinander kreist stark um das Abarbeiten der alten Rituale und konnte im Fall der Montagsdemos die Bewegung nicht überdauern. In den Kämpfen gegen Betriebsschließungen schlägt die »Es reicht!«-Stimmung, spätestens wenn Abfindungen angeboten werden, in individuelle Taschenrechnerakrobatik um.

Die defensive Logik und die fehlende eigene Stärke machen es Parteien und Gewerkschaften leicht, sich mit billigsten Mitteln an die Spitze zu setzen.

Krise der Repräsentanz: die WASG

Die demokratische Einbindung wird schwächer. Der Block von sozialdemokratischer Partei, Einheitsgewerkschaft und Sozialstaat, der in Deutschland spätestens seit 1918 jeden revolutionären Versuch rabiat in die Zange genommen hat, bricht auf. Aber es besteht die Gefahr, dass Spielräume, bevor sie politisch geöffnet werden können, bereits parlamentarisch wieder zugestellt werden. Nicht aus dem reaktionären Lager, sondern aus den »eigenen« Kämpfen heraus. Die WASG/Linkspartei ist politischer Ausdruck davon, dass die Mobilisierungen und Bewegungen an Grenzen gestoßen sind. Sie kanalisiert die Wut und Unzufriedenheit. Noch während die offene politische Krise zum Ausdruck bringt, dass die Herrschenden nicht mehr in der alten Weise regieren können, und dass die Massen sich nicht mehr in der alten Weise regieren lassen wollen, wird mit dem alten reformistischen Gehabe über die Suche nach politischen und gesellschaftlichen Alternativen hinweg gerotzt.

Die »sozial entpolitisierte Linke« (Dirk Hauer)

Warum spielt in dieser Phase, in der demokratische Legitimation und kapitalistische Perspektiven zerfallen und sich die »soziale Frage« mit Macht auf die Tagesordnung setzt, die »radikale Linke« keine Rolle? Verunsicherung, Überlastung und Prekarisierung haben auch unter Linken zu einem gesteigerten Bedürfnis nach Sicherheit geführt. Ein (uneingestandenes) Hoffen in die Stabilität der kapitalistischen Gesellschaftsform führt zu Theorien, in denen die Gesellschaft als stabiles System phantasiert wird. Dazu muss der historische Prozess stillgelegt und der Antagonismus ausgeblendet werden. Das hat den »Vorteil«, dass man soziale Verhältnisse in winzige Einheiten zerlegen, ausdifferenzieren und somit behandelbar machen kann (Luhmanns Systemtheorie lässt grüßen).

Diese vermeintliche »Klarheit« gibt individuelle Handlungsanleitungen – zum Verhalten in den vorgeschriebenen sozialen Gesetzmäßigkeiten. Die Gesellschaft wird in konformen Alternativen aushaltbar – um den Preis, dass kollektive Versuche mit emanzipatorischer Perspektive oder gar ein völliger Umbruch nicht mehr gedacht werden können.

Realpolitik

Dazu passt z.B. der »Offene Brief« von FelS an die WASG wie die Faust aufs Auge: Wer weder in den sozialen Bewegungen noch in der eigenen Reproduktion ein sprengendes Potenzial ausmachen kann, interveniert handfest in die große Politik, um »diskursive Räume« zu öffnen – und diskursiv soziale Realitäten zu- bzw. wegzuspitzen (»Prekariat«). Man hat gar keinen Bock mehr, sich die realen Veränderungen des Kampfterrains anzusehen, man will repräsentieren, das »Volk ver- und zertreten«, wie Marx das genannt hat.

Auch in der letzten *arranca!* (33) nimmt FelS davon nichts zurück, sondern versucht, eine Brücke zur Realpolitik italienischer *Tute Bianche*-Stadträte zu schlagen. Der Schwerpunkt der Ausgabe zur »politischen, sozialen und biologischen Reproduktion« kreist im Kern um die Frage »warum so viele mit 30+ [ihren] politischen Projekten den Rücken kehren«. Entgegen der These: »das Leben in der linksradikalen Szene bringe es strukturell mit sich, dass zwischen Politik, Ausbildung und Freizeit bzw. Privatleben kaum noch zu unterscheiden ist« (ebd.) wird in den meisten Beiträgen der Alltag – die soziale Reproduktion – nur insofern thematisiert, wie er die »Politik« behindert oder zum gruppendynamischen Problem wird. FelS positioniert sich in der (eigenen) »politischen« Debatte, aber erfasst keine sozialen Prozesse, um die politische Praxis dazu in Verbindung zu bringen.

Offenes Projekt oder identitäres Kollektiv?

Viele politische Projekte betrachten ihr politisches Engagement nicht mehr als Kampf, in dem jede/r dazulernen kann. Sie teilen sich stattdessen in Arbeitsbereiche. Wo die Eine die Buchhaltung macht, putzt der Andere das Klo, und wenn Ich die Flyer drucke, dann überlegst Du, was drauf steht. Das erspart Stress und Auseinandersetzung, aber es belässt in widersprüchlicher Weise jedeN einzelneN im Zustand dieser Gesellschaft. Eingebettet in Finanzlogiken und gebunden an öffentliche Gelder sind die Beteiligten gar nicht mehr in der Lage, sich im Projekt weiter zu politisieren und gemeinsam zu orientieren. Abgegrenzte Arbeitsbereiche geben keine kollektiven Reize. Die praktizierte Arbeitsteilung ist nur ein vermeintliches Miteinander – die Leute erleben sie als Verpflichtung, als weitere Belastung, neben »Beruf und Alltag«. Und »natürlich« ist es einfacher, schneller und anerkennungsreicher, etwas alleine durchzuziehen – dementsprechend sind dann auch die Ergebnisse.

Auf den ersten Blick erscheint es paradox, dass gleichzeitig das Bedürfnis nach Gemeinsamkeit in vielen Bereichen anscheinend explosionsartig angewachsen ist. Sekten, religiöse und esoterische Gruppen, neoleninistische Organisationen finden Zulauf. Auf den zweiten Blick erscheint es als gespeist aus derselben sozialen und existenziellen Verunsicherung, die wir oben diskutiert haben.

Die verständliche Abwehr gegen solche Gruppen schießt aber weit übers Ziel hinaus, wenn alle kollektiven politischen Versuche sogleich mit dem Etikett »identitäre Vereinnahmung« abgelehnt werden. Oft stecken hinter einer solchen Kritik nur die oben diskutierten Unfähigkeiten, die Angst vor Verbindlichkeit.

Somit wären wir erneut am Ausgangspunkt unserer vor fünf Heften angefangenen Diskussion: ein wachsendes Bedürfnis nach Kollektivität geht einher mit einer wachsenden Unfähigkeit dazu.

Die Verhältnisse und die Ausbrüche daraus

Das bisher Entwickelte ist alles andere als motivierend. Wenn wir es als Ausdruck des Klassenkampfs von oben fassen, lassen sich dann in den alltäglichen Verhaltensweisen der Menschen, die diesem Druck ausgesetzt sind, auch Ansätze dafür finden, wie sich der Druck unterlaufen oder sogar umdrehen lässt? Wie hängen Organisationsfrage und alltäglicher Klassenkampf zusammen?

Selbsthilfe oder Selbstermächtigung?

Nach zweieinhalb Jahrzehnten der Versuche, »Arbeitslose zu organisieren« lässt sich festhalten, dass dies ein äußerst mühseliges Unterfangen ist. Die individuelle Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen steht offensichtlich kollektiven Kampfformen und Selbstorganisierungsversuchen entgegen. Die Bezüge wurden auf den/die Einzelne/n zurechtgeschnitten, die unterschiedlichen Bezugskategorien trennten – zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosengeld lagen Welten. Festangestellte konnten praktisch nicht unter das Niveau von Arbeitslosenhilfe rutschen, die Rente sicherte den Lebensabend. In Deutschland hat der Sozialstaat bisher auf relativ hohem finanziellen Niveau individualisiert.

Hartz IV und massive Rentenkürzungen ziehen diese Ebenen weg, weite Bevölkerungskreise geraten in Bedingungen sozialer Unsicherheit, in der Regionen und Bevölkerungsgruppen im Osten Deutschlands sich seit mehr als zehn Jahren befinden: abgeschnitten von kapitalistischen Entwicklungsperspektiven, ohne Sicherung der sozialen Existenz, Angst vor Altersarmut.

Wie oft in solchen Krisenzeiten entstehen soziale Zusammenhänge, die das Überleben ermöglichen. Tauschringe, Nachbarschaftshilfen, Wohnungsgemeinschaften sind unmittelbare Antworten auf ökonomische Zwangslagen. Stecken in solch nichtkommerzieller gegenseitiger Selbsthilfe mehr als temporäre Zweckgemeinschaften?

Die Arbeitslosenorganisationen in Argentinien – die *Piqueteros* – haben nicht nur das Überleben organisiert sondern auch militante Kämpfe. *Zanon* (ebenfalls in Argentinien) und verschiedene besetzte Fabriken in Polen haben gezeigt, wie schnell in einem Kampfverhältnis ein Kollektiv entsteht. Aber diese Versuche haben ihre Grenzen in den Zwängen des kapitalistischen Markts, die Selbstverwaltung der Fabriken droht zur Selbstausbeutung zu werden. Tauschringe funktionieren nur, solange Idealismus vorhanden ist und Miete, Steuer, Krankenversicherung ausgeblendet bleiben.

Vorrangig im Osten Deutschlands gibt es Regionen, aus denen alle weggehen, die können. Es entstehen aber auch viele neue Gemeinschaften, und zwar nicht nur idealistisch aufgeladene Ökodörfer und religiöse Lebensgemeinschaften, die überteuerte Bio-Petersilie verkaufen, sondern auch immer wieder Dörfer, die auf Subsistenz und ihre eigenen Möglichkeiten setzen. Es gibt sogar viele Neuzugänge aus der Stadt, etwa Menschen mit Kindern, die dem Dreck der Stadt entfliehen und es auf dem Land ökologischer versuchen wollen. Das ermöglicht den Ausbruch aus der ländlichen Isolation, Erfahrungen stoßen aufeinander, Neues wird angepackt: selbstgebaute Internet- und Telefonvernetzungen, kollektive Betriebe, Kneipen, Radios, Festivals…

Nur kurz sei auf zwei weitere Gruppenbildungsprozesse hingewiesen, bei denen sich ökonomische Zwänge und der Wunsch nach eigener Mobilität verschränken: Jugendliche in Plattenbausiedlungen (im Osten und im Westen Deutschlands), oft Migrantenkinder, deren Cliquen die Familie ersetzen, um sich in zumeist zerrissenen sozialen Strukturen gegenüber Bullen aber z.B. auch Großfamilien behaupten zu können; oder (illegale) MigrantInnen die Kollektive benötigen, sowohl um hierher zu kommen, als auch, um hier überleben zu können.

Es ist offen, welche Entwicklung solche Notgemeinschaften nehmen. Die Linke hat in den vergangenen Jahren häufig den Fehler gemacht, eine Sache total hochzuloben, ohne genauer hinzuschauen (»Immigranten-Communities«, »Riots«) – und war dann bitter enttäuscht, wenn die Akteure nicht ihrem Bild von revolutionärem Subjekt entsprachen. Das hat dazu geführt, dass sich in letzter Zeit kaum noch jemand um eine wirkliche Auseinandersetzung bemüht hat und nationalistische oder reaktionäre religiöse Figuren Terrain gewinnen konnten. Teilweise hat das auch zu abgehobenen soziologischen und philosophischen Betrachtungen geführt – unter anderem zu den Ereignissen in Frankreich –, die die tatsächliche Auseinandersetzung mit den aktuellen Verhältnissen verhindern.

Kollektive

Kollektivität heißt, hier und jetzt ein Verhältnis zueinander herzustellen, in dem wir gemeinsam lernen, uns schulen, diskutieren, uns ausprobieren und verändern, unsere Bedürfnisse weiter entwickeln. Dazu müssen wir die Mechanismen bekämpfen, die uns von einer freibestimmbaren Reproduktion trennen und uns zu Lohnabhängigen machen. Als Kollektiv geben wir uns ganz andere Möglichkeiten. Gemeinsam ist es leichter, Jobs hinzuschmeißen, gerade wenn sie uns fertig machen. Gezielt können wir aber auch dort arbeiten, wo sie uns nicht haben wollen. Dort sind wir nicht erpressbar, wenn wir das Maul aufmachen. Wir müssen nicht am Job kleben, weil er uns ein Selbstwertgefühl gibt, sondern können mit Leuten zusammenkommen und gemeinsam revoltieren.

Die Schule, die Fabrik, das Büro als Kampfverhältnis zu verstehen, ist leichter gesagt als getan: Wir haben oben dargestellt, dass die berufliche Sozialisation immer wieder kollektive Prozesse verhindert. Diese Gegebenheit auszublenden, wäre dumm. Vielmehr können wir genau hier ansetzen, Fähigkeiten zu suchen, die wir im Arbeitsprozess, an den Unis und Schulen für den Ausbeutungsprozess erlangen, die aber auch gegen die Ausbeutung gewendet werden können.

Zunächst einmal, indem wir die Orientierung am beruflichen Fortkommen knacken und den Rahmen sprengen, in dem viele durch ihre einseitige Spezialisierung und Ausbildung – gerade die schnell durchgeschleusten Uniabsolventinnen – stecken. Wir wollen die individuelle Kreativität und Schaffenswut, unser Wissen befreien und sie unabhängig von profitorientierten Interessen entfalten und kollektivieren. Gleichzeitig können wir uns kollektiv mitten in die kapitalistische Akkumulation begeben – die Arbeit als Mittelpunkt der Auseinandersetzung sehen und nicht zwischen den »eigenen Bedürfnissen« und einem »revolutionären Prozess« eine neue Lebensweise »entdecken«.

Sich zu kollektivieren ist die Grundlage für revolutionäre Ansätze. Die Arbeitsverhältnisse überhaupt wieder als Kampf gegen die Lohnarbeit in den Mittelpunkt zu rücken, die Methode. Wie das Produktionswissen – unsere eigenen Fähigkeiten – uns sowohl als Kollektiv stärken kann, als auch dem Kapital »den Hahn zudrehen könnte«, müssen wir untersuchen und in den Mittelpunkt weiterer Überlegungen stellen.

Die ganze Scheiße umstürzen

Ohne ein Kollektiv im Rücken kann niemand ernsthaft von Revolution reden. In dieser Gesellschaft, in der wir ohnmächtig, vereinzelt und permanent konkurrierend existieren, sind wir ohne einen verbindlichen Bezug zueinander nicht in der Lage, Teil der gesellschaftlichen Umbrüche zu sein, geschweige denn die Angst vor einer »nachrevolutionären« Situation zu überwinden. Wir müssen ausprobieren, experimentieren, nicht resignieren, sondern »die Scheuklappen ablegen«, um im Kontext des weltweiten Aufbegehrens handlungsfähig zu werden. Unser Rückhalt erlaubt es uns auf die Suche zu gehen.

Dem Arbeits-und Verwertungsprozess gebührt dabei eine besondere Aufmerksamkeit, weil hier sowohl die ArbeiterInnen alltäglich zusammenkommen (Kollektive), als auch in ihren Kämpfen ihre vom Kapital auferlegte Identität als LohnarbeiterInnen in Frage stellen. Aber natürlich lohnt es sich auch in Defensivkämpfen gegen weitere Verschlechterungen (Streiks im Öffentlichen Dienst) oder in Mobilisierungen wie der in Frankreich nach neu entstehenden Zusammenhängen zu suchen, in denen die Menschen selber handlungsfähig werden. ■

»Das ist ein unheimlich komplexes Rummachen. Wir haben alle nicht viel Streikerfahrung.«
(Gewerkschaftsfunktionär; alle anderen Zitate sind von streikenden ArbeiterInnen)

Streikende nicht in Sicht?

Der Fahrplan war klar: Nach der Agenda 2010 kommt der Angriff auf die Arbeitszeit und die Löhne. Rückkehr zur 40-Stundenwoche und darüber hinaus, Abschaffung von „Sonderzahlungen" (Schichtzulagen, Weihnachtsgeld usw.), weitere Niedriglohngruppen. Obwohl die Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst noch nicht beendet sind, steht *ein* Ergebnis bereits fest: Die Arbeitszeit wird verlängert, die Löhne werden noch weiter ausdifferenziert als bisher.

Obwohl seit langem klar war, dass es zum »Großkonflikt im Öffentlichen Dienst« kommen würde, versuchte Ver.di mit der Unterschrift unter den TVöD, sich mit massiven Zugeständnissen aus der Schlinge zu ziehen – und steht nun mit dem Rücken zur Wand.

Der Streik zeigt, dass Ver.di (im Vergleich etwa zu den ÖTV-Streiks der Vergangenheit) objektiv massiv an Macht eingebüßt hat. Aber es gibt eine durchaus hoffnungsvolle Politisierung unter den Streikaktivisten. Deren Mobilisierung hat es bisher verhindert, dass Ver.di um jeden Preis abschließt. Was am Ende politisch auf Arbeiterseite rauskommt, steht noch nicht fest. Der Bezug auf die Kämpfe in Frankreich war jedenfalls deutlich, die Leute verstehen, dass überall in Europa die gleichen Kämpfe geführt werden – auch wenn sie es noch nicht selber in eigene Praxis umsetzen können.

1) Ein Gewerkschaftsstreik ist kein wilder Streik.

Ein gewerkschaftlich organisierter Streik unterscheidet sich erstmal gar nicht so sehr von der Lohnarbeit: Die ArbeiterInnen müssen zu bestimmten Zeiten erscheinen, damit sie bezahlt werden. Sie müssen ständig warten – dass was passiert, dass man ihnen sagt, was sie tun sollen, auf den richtigen Zeitpunkt für die Demo, auf den Ausgang von Spitzenverhandlungen ...

Im gewerkschaftlichen Streik übernimmt die Gewerkschaft die Arbeitgeberrolle, sie »bezahlt« die Streikenden, die somit das Lohnverhältnis gar nicht außer Kraft setzen. In anderen Ländern kämpfen Streikende auch dafür, dass der Arbeitgeber die Streiktage bezahlt.

2) Was ist der Öffentliche Dienst?

Zur Zeit sind das etwa 4,8 Millionen Beschäftigte in Verwaltung, Schulen, Kitas, staatlichen Krankenhäusern, bei Verkehrsbetrieben (vielfach privatisiert) und der Müllabfuhr (teilweise privatisiert), in Gefängnissen, an Theatern, Gerichten, Landesämtern für Statistik, bei Polizei, Militär, der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Rentenversicherung, Krankenkassen, öffentlich-rechtlichen Sparkassen...

Bislang galten für den Öffentlichen Dienst einheitliche Tarifverträge, der bekannteste ist der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT), daneben der Manteltarifvertrag für Arbeiter (MTArb). Seit dem Oktober 2005 gilt für Beschäftigte beim Bund und bei den Kommunen der Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD), für die Bundesländer einstweilen weiterhin das bisherige Tarifrecht. Durch Kündigungen der Arbeitszeitregelungen können seit April 2004 Neueingestellte mit einer 40- (und mehr) Stundenwoche eingestellt werden. Hessen und Berlin sind aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – ausgestiegen. Weitere Länder drohen damit.

Die öffentlichen Arbeitgeber waren immer Vorreiter der Prekarisierung. Bereits Ende der 70er Jahre erfanden sie ABM; sie waren »innovativ« sowohl bei Flexibilisierung und Teilzeit als auch in den letzten Jahren bei der Ausdehnung der Arbeitszeiten. In keiner Branche in der BRD gibt es einen ähnlich hohen Anteil von befristet Beschäftigten wie im ÖD. Stoiber hatte im Frühjahr 2004 angekündigt, den Durchbruch zur 42-Stundenwoche im ÖD zu schaffen, um das auf die gesamte Wirtschaft ausweiten zu können; Möllring nannte die jetzige Tarifrunde einen »Pilotkampf für die Privatwirtschaft«.

Die Ver.di-Linke hält den TVöD für »die größte Niederlage für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in der Nachkriegszeit« (*www.netzwerk-verdi.de*). Ab 2007 werden Weihnachts- und Urlaubsgeld in einer Sonderzahlung zusammengefasst und teilweise an »Leistung« gebunden. Zweitens ent-

Im Labyrinth Öffentlicher Dienst haben 2004 4,8 Millionen Leute gearbeitet, 1991 waren es noch 6,7 Millionen. Fast 50 Prozent des Beschäftigtenabbaus erklärt sich mit der Privatisierung von Post und Bahn. Die andere Hälfte ergibt sich aus Stellenabbau – in den »neuen Ländern« stärker als im Westen. Die Anzahl der Beschäftigten im ÖD im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist in der BRD heute in etwa auf dem Niveau der USA, etwas niedriger als in Frankreich, etwas höher als in Italien – und deutlich niedriger als in nordeuropäischen Ländern.

Ver.di
ist 2001 aus den Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV entstanden und war mit 2,9 Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft im DGB. Durch starke Mitgliederverluste war sie Ende 2005 mit noch 2,4 Millionen Mitgliedern auf den zweiten Platz abgerutscht. Ver.di ist ein kompliziertes Gebilde aus vier *Ebenen* und 13 *Fachbereichen*, die von Gesundheit über Verkehr und Postdienste bis zu Finanzdienstleistungen gehen.

Tarifverträge
Bis 2003 galten für den ÖD bei Kommunen, Ländern und dem Bund der BAT und der MTArb. Seit Sommer 2003 befindet sich das in Auflösung: zunächst kostete es Teile des Weihnachtsgeldes, dann komplett das Urlaubsgeld, seit April 2004 können Leute mit einer 41-Stundenwoche eingestellt werden (verlängerte befris-

hält der TVöD sogenannte Arbeitszeitkorridore, so dass viele Überstunden-, Schicht- und Feiertagszuschläge wegfallen. Drittens enthält der TVöD eine Meistbegünstigungsklausel, die besagt: wenn die beteiligten Gewerkschaften mit auch nur einem Bundesland eine für die Arbeitgeber günstigere Regelung beim Lohn, den Sonderzahlungen oder der Arbeitszeit vereinbaren, gilt dies als nicht-widerrufbares Angebot an *alle* Arbeitgeber. Da Ver.di in den Ländern kaum Kampfkraft besitzt, ist zu erwarten, dass über kurz oder lang die Arbeitszeit der Kommunalbeschäftigten erhöht wird, auch wenn in den jetzigen Streiks etwas anderes erreicht wird. Und schließlich wurde mit dem TVöD eine neue Niedriglohngruppe eingeführt, nach der z.B. Putzfrauen im Klinikum bezahlt werden sollen (zwischen 1286 und im Endaufstieg 1440 Euro brutto); insgesamt wurde die Einführung von »Leistungslohn« beschlossen. Zudem akzeptierte Ver.di drei Fast-Nullrunden beim Lohn (jeweils 300 Euro im Jahr). Mit all dem erkaufte sich Ver.di, dass der TVöD zunächst die 38,5-Stundenwoche bei den Kommunen festschrieb – die diese aber zum frühestmöglichen Termin 1.12.2005 in einigen Regionen kündigten, Startschuss zum aktuellen Streik.

Für dieses Vertragswerk wurde Bsirske als »Reformer des öffentlichen Dienstes« gelobt. Mit dem TVöD ist eine dermaßen unübersichtliche Situation entstanden, dass bis heute niemand genau weiß, wie der Lohn genau auszurechnen ist – darin unterscheidet er sich übrigens nicht vom »veralteten« BAT.

3) Die Gewerkschaften sind Ausdruck der Schwäche der Arbeiterklasse – nicht ihrer Stärke

Ver.di entstand 2001 durch den Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften, ist aber nicht in der Lage, unter ihren Fachbereichen Solidarität zu organisieren. Bei dem langen Streik war es nicht möglich, die Verkehrsbetriebe in Warnstreiks zu schicken. Verheerend sind dabei die in den letzten Jahren geschlossenen Spartentarifverträge für den Nahverkehr, womit die kampfstärksten Bereiche des ÖD ausgeschlossen wurden.

Nach Engels sind Gewerkschaften der Versuch der ArbeiterInnen, *»die Konkurrenz untereinander aufzuheben«*. Ganz ähnlich definierte das Bundesverfassungsgericht 1991 das Streikrecht: *»Tarifautonomie ist darauf angelegt, die strukturelle Unterlegenheit der einzelnen Arbeitnehmer beim Abschluss von Arbeitsverträgen durch kollektives Handeln auszugleichen und damit ein annähernd gleichgewichtiges Aushandeln der Löhne und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.«*

In Situationen von Stärke können die ArbeiterInnen ihre Forderungen meist ohne Gewerkschaften durchsetzen. In (vor-)revolutionären Situationen ist der Streik oft gar nicht mehr Mittel, um »Forderungen« durchzusetzen, sondern Zweck für sich. In defensiven Situationen sind Gewerkschaften scheinbar unvermeidlich, um Angriffe des Unternehmers abzumildern – aber sie machen ihren Job ungeheuer schlecht, wie man an der Geschichte von Ver.di sieht. Die öffentlichen Arbeitgeber bieten zwei Alternativen an: Eine Crash-Variante will die Defensive von Ver.di für ihre finale Schwächung nutzen; die Variante des aktiven »Standort-Wettbewerbs« will die Gewerkschaft institutionell garantieren und weiter einbinden. Ver.di will den Existenzkampf nicht aufnehmen und klammert sich umso stärker an den zweiten Weg, kann sich aber – mit dem Erstarken der ersten Variante – gar nicht mehr sicher sein, noch gebraucht zu werden. Umso heftiger versucht man, sich durch immer weitere Absenkung, Ausgliederung, Spartentarife und Flexibilisierung nützlich zu machen. Rückkehr zur 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich, 48-Stundentarifvertrag bei der Post, Aufbau eigener Leiharbeitsfirmen, der TVöD...

Der Glaube, unterhalb des bisherigen Niveaus ließe sich ein neuer sozialer Kompromiss erzielen, zumindest eine Haltelinie einziehen, ist der stärkste Antrieb, zum »Co-Manager« des Sozialabbaus zu werden.

Zum letzten Streik im Öffentlichen Dienst vor 14 Jahren haben wir in der Wildcat 59 einen sehr optimistischen Artikel geschrieben. Damals hatte die ÖTV 9,5 Prozent gefordert, den Streik verloren, 5,4 Prozent akzeptiert, die Ur-Abstimmung verloren (!) und trotzdem den Streik beendet. Die Fronten waren klar: Arbeitgeber und Gewerkschaftsführung gemeinsam gegen die Arbeiterklasse. Im Vergleich zu diesem Streik werden die Unterschiede zu heute sehr deutlich: 1992 waren 400 000 im

tete Verträge wurden meist dahingehend »angepasst«). Im Januar 2003 hatten Ver.di und die Arbeitgeber des ÖD eine sog. Prozessvereinbarung beschlossen, die die »Reform« des bisherigen BAT regeln sollte – im Januar 2005 wurde der neue TVöD mit Wirkung zum Oktober 2005 nach meist geheimen Verhandlungen von den *Kommunen und dem Bund* unterschrieben. Die Bundes*länder*, zusammengeschlossen in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder *(TdL)*, zu der Hessen und Berlin nicht mehr gehören, haben nicht unterschrieben. Anlässlich des TVöD ist der Marburger Bund aus der Tarifpartnerschaft mit Ver.di ausgestiegen und verhandelt für die ca. 220 000 Klinikärzte getrennt.
Kurz nach Inkrafttreten des TVöD wurde die 38,5-Stundenwoche für die westlichen Kommunen von den Arbeitgebern in Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg gekündigt.

Streiks
Gegen die Einführung der 40-Stundenwoche wird seit dem 6. Februar 2006 gestreikt. Am 1. März kommt es in Hamburg zu einem Abschluss, der die ArbeiterInnen nach Alter und Familienstatus aufspaltet, und trotzdem die 38,5 Stunden nicht halten kann. Nach viereinhalb Wochen Streik kommt es in Niedersachsen am 15. März zu einer Einigung zwischen dem Ver.di-Landesbezirk, der dbb-tarifunion und dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) für die rund 120 000 kommunalen Beschäftigten. Hier wird nach »Arbeitsbelastung und Arbeitsort« unterschieden: z.B. in den Kliniken bleibt es bei 38,5 und eben auch in der Hauptstadt Hannover (was damit was zu tun hat, dass die ArbeiterInnen dort in den letzten Jahren auf Teile des Lohns zur »Beschäftigungssicherung« verzichtet hatten).
Im Zentrum der Streikbewegung, in Baden-Württemberg, bzw. Stuttgart werden dagegen zwei Schlichter eingesetzt. Am 19.3. scheitert diese Schlichtung, seit dem 20.3. wird »flexibel« weitergestreikt.

Streik: Müllberge, Post blieb liegen, U-Bahnen standen still, Flughäfen waren blockiert, 2006 waren laut Ver.di maximal 41 000 am selben Tag im Streik. Aber 1992 war es ein sehr stark von oben nach unten organisierter Streik, die Streikposten wollten mit niemandem reden, verwiesen dich an den »zuständigen Gewerkschaftssekretär« usw. Diesmal waren die Leute sehr interessiert, es gab viele offene und öffentliche Streikversammlungen, Demos, Flugis, kulturelle Veranstaltungen...

Ver.di ist nicht die ÖTV; das heißt einerseits, in Stuttgart, dem Epizentrum der Streikbewegung, können die streikenden ArbeiterInnen weitgehend selber entscheiden, wann und wie lange sie streiken. Sie dürfen aber nicht darüber mitbestimmen, *wofür* sie streiken. Von der Ver.di-Führung gab es ein ganz klares Verbot, Arbeitszeit*verkürzung* zu fordern (etwas, das in der gewerkschaftlichen Logik selber völlig normal gewesen wäre: Wenn man 38,5 Stunden abschließen will, muss man mehr gefordert haben, sonst hat man ja keine Verhandlungsmasse). Die Ver.di-Spitze hatte sich von Anfang an auf die »Verteidigung der 38,5 Stunden« fixiert, womit klar war, dass dann am Ende ein Kompromiss um die 39 rauskommen würde. Eine Forderung nach 38 Stunden o.ä. hätte nach Aussagen vieler Aktiven viel mehr Leute mobilisieren können. (Noch im üblen Argument der Gegenseite – Ihr streikt und macht n Haufen Radau »nur wegen 18 Minuten täglich« – steckt diese Tatsache des »viel Wind um wenig«.)

Während in Stuttgart nach einigen Wochen Streik der Gedanke des tariflosen Zustands seinen Schrecken verlor und im Gegenteil immer mehr Aktive sich ausmalten, dass man in einem solchen Zustand – ohne Friedenspflicht! – ja öfter streiken könnte; z.B. die Müllabfuhr während der Fußballweltmeisterschaft, womöglich zusammen mit streikenden Metallern... ist dieses Szenario an Orten mit schlechten Kräfteverhältnissen nach wie vor eine Drohung, womöglich gibt der Bürgermeister Freitag nachmittags durch: »übrigens arbeiten wir ab Montag 42 Stunden in der Woche, es gibt ja keinen Tarifvertrag mehr!«?

4) »Die Kerne stehen«

Die Streikenden haben sich gegenseitig unterstützt und bei ihren Aktionen besucht. Das ging selten vom Apparat aus, der hat das zuweilen nicht mal mitgekriegt. Was dabei an Diskussionen, Auseinandersetzungen und Kennenlernen von anderen Standpunkten gelaufen ist, lässt sich durchaus als Sprung im politischen Bewusstsein bezeichnen. Die Streikversammlungen haben sich zum Entscheidungsgremium entwickelt (das über alles entscheidet – außer über die Ziele des Streiks). Gemeinsame Diskussionen in großer Runde über die eigene Situation als Lohnabhängige/r, den gemeinsamen Kampf und den künftigen Weg sind in der BRD was Neues. Und die Diskussionskultur unter den Streikenden war Strukturen auf autonomen Versammlungen und linksradikalen Kongressen durchaus überlegen: Jede/r konnte zu Wort kommen, bei Abstimmungen unterlegenen Positionen wurde besonders viel Raum eingeräumt, ein Drittel der Leute hat aktiv mitdiskutiert.

Sehr viele der Streikaktivisten waren über 40 oder sogar über 50. Aber es war auch viel stärker als bei früheren Streiks der ÖTV ein Streik der Frauen und der Jugend. Und natürlich konnte die Gewerkschaft massenhaft neue Mitglieder rekrutieren (»Karin fehlt«) – aber die ArbeiterInnen haben sich radikalisiert, bis hin zum Wiederaufleben von linken Betriebsgruppen. Zum Beispiel: In den vier Stuttgarter Krankenhäusern gibt es 6200 Beschäftigte, davon sind 900 Gewerkschaftsmitglieder, im Streik waren maximal 300 durchgängig aktiv – aber das ist eine ganze Menge! In der Bewegung gegen das CPE in Frankreich waren die aktiven Kerne noch viel kleiner; es sind immer »Minderheiten«, die aktiv werden. Allerdings sorgt bei einem gewerkschaftlichen Streik das Abstimmungsprozedere dafür, dass die Gewerkschaft damit spielen kann: Minderheiten in den Streik schicken – den Streik abbrechen, wenn es der Gewerkschaft passt. Diese erleben sich als schwächer, als sie wirklich sind und werden anfällig für die Gewerkschaftspropaganda, es wäre für die »Kampfkraft« am wichtigsten, dass mehr Leute in die Gewerkschaft eintreten!

Auch die Desillusionierung über die Macht der Gewerkschaft gehört zu den Lernprozessen: Die aktiven Kerne und Betriebsgruppen sollten sich nicht an der Gewerkschaft abarbeiten (positiv oder

negativ, das ist nicht das Entscheidende!), sondern an ihren eigenen Schwächen arbeiten: Sich mit den KollegInnen auseinandersetzen, die nicht gestreikt haben, die »Tapezierstreiker« (s.u.) in Diskussionen einbeziehen, sich um die kampfschwachen Betriebe kümmern, Kontakte zu den kampfstarken Betrieben aufbauen (das Staatstheater München war wochenlang im Vollstreik; die sehr rührigen und aktiven ArbeiterInnen am ebenfalls bestreikten Theater in Stuttgart haben es nicht geschafft, die etwas mehr als 200km zu fahren, um direkte Kontakte, Erfahrungsaustausch und gegenseitige Unterstützung anzugehen.)

5) Die Ausbeutungsbedingungen zum Thema machen.

Die ArbeiterInnen müssen in ihren Kämpfen die wirklichen Verschärfungen thematisieren und sich nicht für virtuelle 38,5 Stunden in den Kampf schicken lassen (siehe dazu auch das folgende Interview)! Wie immer benutzen viele KollegInnen den Streik, um die eigene Wohnung zu renovieren oder um schwarz zu arbeiten. Auch außerhalb des Streiks arbeiten mindestens ein Drittel der Beschäftigten am Theater in Stuttgart nebenher schwarz, weil ihnen der Lohn nicht reicht. Am Krankenhaus wird die Arbeit immer weiter verdichtet und immer mehr Tätigkeiten von schlechter bezahltem Personal gemacht. Gleichzeitig werden durch die Fluktuation freiwerdende Stellen nicht mehr besetzt. *»Wir dürfen auf keinen Fall noch weniger Leute werden«*, betont eine Krankenschwester aus dem Klinikum. *»Als ich als Mülllader angefangen habe, musste ich täglich 500 bis 600 Behälter leeren, jetzt sind es 1000«. »Ich habe auf Grund der Überlastung oft Angst, dass mir Fehler unterlaufen«*, sagt eine Krankenschwester. Auf der Intensivstation funktioniert der Dienstplan nur noch, wenn pro Monat 1000 Überstunden eingeplant werden. *»Im Prinzip haben wir schon jetzt die 40-Stundenwoche«.* Am Klinikum sind von 2004 auf 2005 77 Pflegestellen und drei Funktionsstellen abgebaut worden, während die Fallzahlen steigen: von 1990 bis 2004 um 16,8 Prozent.

Wir brauchen andere Kampfformen, die das Symbolische hinter uns lassen. *»Denen weh zu tun wäre wichtig. Vors Tor stehen und dann heim gehen, das mach ich nicht mehr!«* Nicht nur Autoarbeiter können Straßen blockieren. Die Blockade des Hamburger Elbtunnels ließ mal kurz aufblitzen, was da so möglich wäre...

Politisch ist es entscheidend, ob der Streik zur Demoralisierung führt, oder ob die ArbeiterInnen »erhobenen Hauptes« rausgehen. Dass während der Schlichtung weitergestreikt wurde, war sehr wichtig. Ein Arbeiter sagte: *»Wir warten immer – lasst uns diesmal entscheiden!«* Gegen anfänglichen Widerstand der Gewerkschaft wurde sogar durchgesetzt, dass auch noch am Montag, den 20. März gestreikt wurde (als alle Welt sich sicher war, dass am 19. der Schlichterspruch kommen würde). Das machte es möglich, nach dem Scheitern der Schlichtung direkt weiterzumachen.

Und ein ganz wichtiger Punkt, der leicht übersehen wird: Gewerkschaftliche Streiks dürfen nie Spaß machen, beim Flugiverteilen muss man immer betonen, dass man nur gezwungenermaßen streikt und nichts lieber täte als morgen wieder zu arbeiten. Große Lüge! Streiken macht auch Spaß, ist auf jeden Fall besser als arbeiten. Auf Demos lernt man nette Leute kennen, man erlebt die KollegInnen mal ganz anders (dazu gehört natürlich auch, dass man einige KollegInnen von ihrer negativen Seite kennenlernt, z.B. als Streikbrecher...), hat Spaß bei gemeinsamen Regelverletzungen, erlebt ne Ahnung davon, wie stark man gemeinsam tatsächlich sein könnte...

6) Medien

Die Pressehetze war unglaublich. Über Aktionen wurde nicht berichtet. Man versuchte, Skandale anzuzetteln (nicht operiertes Baby) und das Abbröckeln des Streiks herbeizuschreiben. »Die Medien sind doch alle gekauft« sagten viele Streikende. Nicht wenige haben auch gelernt, dass man mit denen gar nicht mehr redet. Dem Streik ist es nicht gelungen, den neoliberalen *mainstream* in der veröffentlichten Meinung zu durchbrechen. Wie sonst hätte es die CDU wagen können, sich ganz auf Arbeitgeberseite zu stellen, kurz vor der Landtagswahl? Brechen hier amerikanische Verhältnisse an, wo sowieso nur noch Minderheiten wählen gehen, die ArbeiterInnen tendenziell nicht mehr?

7) Benutzer

In Frankreich mischen seit vielen Jahren bei Streiks im Öffentlichen Dienst auch »BenutzerInnen« mit Flugis und Solidaritätsaktionen mit. Auch das trägt dazu bei, dass sich dort auch kleinste Konflikte übers ganze Land und in die ganze Gesellschaft

ausbreiten – bei uns gucken die allermeisten nur zu. Das lässt sich relativ einfach anpacken. Uns BenutzerInnen der »öffentlichen Dienste« stinkt doch ganz gewaltig, dass diese immer schlechter und immer teurer werden. Es wäre wirksam, der Medienhetze und Unternehmerpropaganda entgegenzutreten, wonach wir »BenutzerInnen« ein Interesse daran hätten, dass die Leute im Öffentlichen Dienst immer schlechter bezahlt werden. Selbst wer das vor 20 Jahren noch geglaubt haben mag, sieht bei Post, Öffentlichem Nahverkehr, Kitas, Krankenhäusern, usw., dass Lohnkürzung und/oder Privatisierung keinesfalls zu einer Verbesserung der Leistung geführt haben.

8) Historische Auseinandersetzung

Die Gewerkschaften sprechen schnell von »historischer Auseinandersetzung«, um ihre Basis zu motivieren. Bsirkes Spruch vom »längsten Streik im Öffentlichen Dienst« seit 80 Jahren war frei erfunden (wo soll der vor 80 Jahren gewesen sein?). Selbst die übliche Definition, vom »längsten Streik im Öffentlichen Dienst in der Nachkriegszeit« stimmt nicht: Die Kita-ErzieherInnen in West-Berlin haben 1990 zehn Wochen gestreikt. Vor lauter Rhetorik verpasst es die Gewerkschaft, sich auf die tatsächlichen historischen Dimensionen einzustellen. Der Flächentarifvertrag ist passé, nun wollen es eine Fraktion der CDU und der Unternehmer ohne Gewerkschaft probieren. Die Arbeitgeber haben ganz bewusst die kommunalen Tarifverträge in Baden-Württemberg gekündigt, dem kampfstärksten und radikalsten Bezirk bei Ver.di. Ihm eine herbe Niederlage beizufügen, würde Ver.di auf lange Zeit zahnlos machen. Wenn dieser Streik verloren geht, wird auf lange Sicht gewerkschaftlich nichts mehr gehen – amerikanische Zustände.

Der Einsatz von Leiharbeitern und Ein-Euro-Jobbern als Streikbrecher zeigt zweitens, dass sich der Staat ganz direkt aus der Massenarbeitslosigkeit Waffen für den Klassenkampf gebastelt hat. In Baden-Württemberg sollen 800 Leiharbeiter und 100 Ein-Euro Jobber zum Einsatz gekommen sein, im Hamburger Innenstadtbereich 50 Ein-Euro Jobber; in Osnabrück machten sogar die Bullen den Weg für von Ein-Euro Jobbern gefahrerene Müllautos frei. Auch dieser »historischen Premiere« war weniger die Gewerkschaft, als Aktivisten aus Kreisen der Ein-Euro-Spaziergänge gewachsen: Leute aus dem ‚Bündnis gegen 1-Euro-Jobs' besuchten den zuständigen städtischen Träger.

Ver.di versucht noch immer, den Flächentarifvertrag zu retten, indem man auf die »verhandlungsbereite« Fraktion bei den Arbeitgebern setzt, den Ein-Euro-Jobbern Rechtsberatung anbietet... und zu weiteren Zugeständnissen bereit ist. Die klare Linie einer Fraktion der Arbeitgeber wird als »ideologische Zielsetzung« missverstanden.

Wozu braucht das Kapital die Gewerkschaften? Um Konkurrenz auf Unternehmerseite zu vermeiden (die TdL soll z.B. verhindern, dass sich die Länder gegenseitig Arbeitskräfte abwerben, wie es mit Lehrern vor kurzem passiert ist; und wie es vor allem 1967-69 passiert ist, woher die hohen Lehrergehälter kommen!) und um unabhängige Aktionen der Klasse im Zaum zu halten. Der Anlauf der Arbeitgeber, es ohne Tarifvertrag zu versuchen, würde sofort abgebrochen, wenn die Konflikte sprunghaft ansteigen, es zu Betriebssyndikalismus und militanten Streiks kommt. Gibt es auf seiten der Klasse Anzeichen für solche Entwicklungen? Gibt es Diskussionen, wie man wieder in die Offensive kommen könnte?

9) Arbeiterkampf?

Die Arbeiter sind nicht in der Lage, 38½ Stunden aus eigener Kraft zu verteidigen – dafür brauchen sie die Gewerkschaft. Aber sie sind sehr wohl in der Lage, Kämpfe zu führen, die dem Arbeitgeber weh tun. Dazu ist die Gewerkschaft nicht da, meistens nicht willens, oft nicht in der Lage. Die Kommunalen Arbeitgeber in Stuttgart errechneten sich nach sechs Wochen Streik einen Gewinn von 500000 Euro durch nicht bezahlte Löhne – reine Propaganda?

Aber selber kämpfen ist riskant: Wenn man verliert, kann man den Job verlieren; man kann vor Gericht gezerrt werden wegen Störung des Straßenverkehrs, Eingriff in den blabla und ähnliches.

Die Situation nach dem Scheitern der Schlichtung ist gefährlich (Abnutzungskrieg), sie bietet

aber auch viele Möglichkeiten: Es gibt einen (kurzen) Freiraum, in den »die Kerne« reinstoßen könnten. Unsere Gesprächspartner mögen recht haben: Weder im Krankenhaus noch im Theater lassen sich aus dem Stand wilde Streiks organisieren; aber ein Schritt nach vorne wäre möglich: fantasievolle Aktionen, die wirklich treffen – und die zu »decken« die Gewerkschaft sich gezwungen sähe, will sie nicht massiv Legitimation verlieren. Der Stuttgarter Bezirk von Ver.di organisiert solche Überraschungsstreiks und benutzt die im Streik entstandenen »Kerne« dafür. Aber bundesweit läuft kaum etwas: Ver.di Hamburg lehnte das Bestreiken des Elbtunnels ab; die Häfen werden vom Streik ausgenommen; Ver.di Berlin sagte Mitte März die geplante Urabstimmung bei der *Berlin Transport GmbH* ab; es wird nicht – wie in Frankreich – zu einem bundesweiten Streik- und Aktionstag mobilisiert usw. Wieder einmal scheint die Staatsfixierung einer deutschen Gewerkschaft so weit zu gehen, dass sie den eigenen Untergang einer aus dem Ruder laufenden Mobilisierung vorzieht.

P.S. Am Montag (27.3.) setzten die Stuttgarter Müllarbeiter den Streik aus. Darauf mietete das Amt für Abfallwirtschaft (AWS) zusätzliche Müllfahrzeuge privater Unternehmen für Dienstag an. Doch am Dienstag morgen wurde wieder gestreikt. Voller Erfolg: am Montag waren zu viele Leute für zu wenige Autos da, am Dienstag dann keine Leute für zu viele Autos. Am selben Tag legten in ganz Baden-Württtemberg Tausende Beschäftigte unterschiedlichster Betriebe und Einrichtungen vom Studentenwerk über Fachhochschulen, Kliniken, Straßenbahnmeistereien, Landrats- und Tiefbauämtern unangekündigt die Arbeit nieder. Die flexible Taktik ermöglicht es Ver.di, die Auseinandersetzung auch in die Provinz auszuweiten. Landräte dieser – vom Streik weitgehend verschonten – Kreise waren bisher die Hardlinerfraktion im Kommunalen Arbeitgeberverband.

Am Mittwoch streikten wieder die Krankenhäuser, am Donnerstag das Statistische Landesamt, das seit Wochen komplett durchstreikt, die Pläne für die erste Aprilwoche stehen in vielen Betrieben.

Die flexible Streiktaktik scheint zu klappen – aber außer den Funktionären weiß jetzt niemand mehr, was geplant ist, die Möglichkeit, streikende KollegInnen zu besuchen, fällt weitgehend flach, Soliaktionen zur Unterstützung sind schwieriger geworden, die »Kerne« drohen zur Manövriermasse der Gewerkschaft zu werden. Allerdings sind die bezirklichen Streikversammlungen weiterhin sehr gut besucht, die Leute z.T. vernetzt. Und mit dem Auslaufen der Friedenspflicht in der Metallindustrie am 27. März und der bevorstehenden Tarifrunde in der privaten Abfallwirtschaft (!) werden andere Solidarisierungen möglich... ■

Das wäre noch vor ein paar Jahren in der BRD undenkbar gewesen: Ärzte streiken für 30 Prozent mehr Lohn und gehen mit Trillerpfeifen und wütenden Transparenten auf Demos! In mehreren Universitätskliniken sind Mitte März hunderte Ärzte in einen unbefristeten Streik getreten.

Der Marburger Bund ist nach dem Abschluss des TVöD aus dem Tarifverbund mit Ver.di ausgetreten und fordert nun 30 Prozent mehr Lohn für alle Klinikärzte – er verschweigt die tiefe Kluft unter den Ärzten.

Vivantes in Berlin hat z.B. den Dreischicht-Betrieb für Ärzte eingeführt: acht Stunden morgens, acht abends oder acht nachts. Assistenzärzte verdienen dann mit einer 40-Stundenwoche – sieht man von den ein bis zwei Stunden ab, die sie jeden Tag länger bleiben, um die Kassenbürokratie abzuwickeln – rund 3000 Euro brutto im Monat. Sie können keine Zusatzdienste mehr schieben, für die sie bisher ordentlich Zulagen eingestrichen haben. Die 30-Prozent-Forderung des Marburger Bundes ist das, was bisher faktisch über Bereitschaftsdienste hereinkommt, und was ab 1. Januar 2007 wegfällt, weil dann die neuen Arbeitsschutzbestimmungen der EU greifen.

Heute verdient ein 31-jähriger lediger Assistenzarzt nach Tarif 43 000 Euro im Jahr. Mit Bereitschaftsdiensten kommt er auf 55 000 Euro. Ein 45-jähriger Oberarzt mit Familie und zwei Kindern hat 68 500 Euro Grundgehalt; Rufbereitschaft und die Beteiligung am Topf der Einnahmen von Privatpatienten erhöhen es auf 92 000 Euro. Die Chefärzte sahnen ab: Ihr Grundgehalt liegt etwas höher als das der Oberärzte – dazu kommen aber 200 000 Euro von Privatpatienten – vorsichtig gerechnet! Bei Kardiologen und Chirurgen bleibt oft auch eine Million Euro hängen. (Zahlen nach DKG (Deutsche Krankenhausgesellschaft), dem Spitzenverband aller Krankenhausträger)

Gerade diese Kluft unter den Ärzten wird durch den ständischen Streik des Marburger Bundes verdeckt – Assistenzärzte, die heute 30 sind, haben solche goldenen Zukunftsperspektiven gar nicht mehr, u.a. auch deshalb, weil die Zusammensetzung der Ärzteschaft sich massiv wandelt: Ein Heer von Assistenzärzten steht einer dünnen Spitze von Gutverdienern gegenüber.

Trotzdem haben sich nur sehr wenige Ärzte dem aktuellen Streik der Krankenschwestern in kommunalen oder Landeskrankenhäusern angeschlossen.

Gate Gourmet:

Vom Finanziellen her ist Arbeiten besser – aber vom Arbeiten her: Streiken!

In der *Wildcat 75* haben wir über den Streik beim Caterer Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen berichtet. Er läuft inzwischen seit mehr als fünf Monaten. Gegenüber einem mächtigen Gegner demonstrieren achtzig Streikende eine enorme Hartnäckigkeit und Entschlossenheit. Einige von ihnen berichten über die Hintergründe – die Umstrukturierung durch McKinsey – und ihre Erfahrungen im Streik.

Seit dem wilden Streik bei Opel-Bochum im Oktober 2004 werden die eingefahrenen Gleise der gewerkschaftlich regulierten Klassenauseinandersetzungen auch in Deutschland wieder in Frage gestellt. Mit Müh und Not konnte die IGM die Wut der AEG-ArbeiterInnen in Nürnberg in die Bahnen eines kontrollierten Streiks lenken. In Düsseldorf begrüßen die Streikenden die Aktionen von UnterstützerInnen, die mit Blockaden die Streikbrecherarbeit behindern – egal, ob das ihrer Gewerkschaft passt. Streikposten von ver.di wurden in Osnabrück von der Polizei angegriffen, als sie den Einsatz von 1€-JobberInnen als Streikbrecher verhindern wollten. An die Stelle der gewohnten Streikrituale, die keinem weh tun (sollen), treten reale Machtkämpfe und erste eigenständige Aktionen.

Als die NGG bei Gate Gourmet Düsseldorf im Oktober zur Urabstimmung rief, hätte sie nicht gedacht, dass daraus eine monatelange Auseinandersetzung würde.

Uwe: *Wir sind alle so in den Streik gegangen: »der wird bestimmt nicht lange dauern, wir haben die Herbstferien vor uns, wir werden viele Flüge haben und genügend Druck aufbauen können, um den Arbeitgeber in die Knie zu zwingen.« Das war leider nicht der Fall. Das kam auch daher, dass die LTU – mit achtzig Prozent unser Hauptkunde – der Gate Gourmet viele Vorteile gegeben hat, die wir im normalen Alltag nie hatten: vorgezogene Beladungen, Reduzierung von Beladung usw. Dadurch konnten die den Flugbetrieb aufrechterhalten, und Gate Gourmet ihr Geschäft. Nach 14 Tagen war der Streik immer noch nicht beendet. Jetzt ging das Desaster los. Nach den Herbstferien fing die schwache Saison an, bis Weihnachten, wo noch mal ganz kurz eine höhere Abflugzahl ist. Wir haben auf Weihnachten gehofft. In dieser ganzen, langen Zeit hat der Arbeitgeber sich natürlich auch neu orientiert und umstrukturiert. Personal von anderen Stationen ist eingesetzt worden, um Streikbrecherarbeit zu leisten, und 75 bis 80 Leute sind von einer Fremdfirma eingestellt worden.*

Die NGG hatte sich in zwei Richtungen geirrt: Sie hat einerseits den Gegner unterschätzt, die Texas Pacific Group, die Gate Gourmet 2002 aufgekauft hat. Die TPG ist eine sogenannte »Private-Equity«-Firma, die mit Kapital von »Privatleuten« Firmen aufkauft und umstrukturiert, um sie nach ein paar Jahren mit hohem Gewinn weiterzuverkaufen. Für sie zählen nicht einzelne Betriebe, sondern die Renditeerwartungen der internationalen Finanzmärkte. Das wurde spätestens am 6. Dezember klar, nach zwei Monaten Streik, als die Verhandlungskommission einen Kompromiss zu dem von Gate Gourmet geforderten Katalog von Einsparungen vorlegte. Vielleicht hätten die Streikenden dieses Ergebnis sogar zähneknirschend akzeptiert. Aber sie kamen gar nicht dazu, darüber abzustimmen.

Holger: *Der Verhandlungsführer der Gate Gourmet hat gesagt, dass dieser Kompromiss die Standortsicherung und gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens sichern würde. Der Kompromiss bedeutete eine weitere Einsparung von 3,4 Prozent. Niemand konnte ahnen, dass am 7. Dezember, einen Tag später, die Konzernzentrale ihren eigenen Verhandlungsführer und den Landesschlichter bloßstellt und sagt:»Mir reicht das jetzt nicht mehr.« Daran sieht man: Es geht hier nicht mehr um eine Standortsicherung, es geht auch nicht mehr darum, konkurrenzfähig zu bleiben, es geht nur darum, die Marge der Texas Pacific zu erfüllen. Es geht um zehn Prozent Einsparung bei den Personalkosten.*

»… dass einen die Gewerkschaft in den rechtlichen Bahnen hält.«

Die NGG hat aber nicht nur die TPG, sondern auch die Streikenden unterschätzt. Ende Januar machte die NGG massiv Druck auf die ArbeiterInnen in der Tarifkommission, ein noch schlechteres Ergebnis zu akzeptieren, und Anfang Februar gab es Gerüchte, die NGG wolle den Streik gegebenenfalls auch ohne neuen Tarifvertrag beenden.

»**Anna**«, »**Bella**« und »**Clara**« arbeiten in der Produktion und heißen eigentlich anders. Das Interview fand am 23.2., dem 140. Streiktag statt. **Halil** ist drei Monate vor Streikbeginn BR-Vorsitzender geworden, **Uwe** ist in der Tarifkommission, beide sind Fahrer. **Holger** ist Supervisor im Transport. Die Zitate sind ihren Beiträgen auf öffentlichen Veranstaltungen im Februar und März entnommen.

Dies löste bei den Streikenden erheblichen Unmut aus, sodass der Landessekretär schließlich in einer Sitzung versicherte, dass die NGG den Streik auf keinen Fall gegen ihren Willen beenden würde (was sie rechtlich könnte, denn die Entscheidung über Beginn und Ende eines Streiks liegt beim Hauptvorstand; Urabstimmungen sind dafür nicht erforderlich).

Die Streikenden sind auf die Gewerkschaft angewiesen. Gerade in einem so langen Streik ist das Streikgeld existenziell und funktioniert als wichtiges Machtmittel. *»Jetzt ist die NGG unser Arbeitgeber«*, sagen viele, wenn sie sich die Streikposten-Schichten vom Gewerkschaftssekretär abzeichnen lassen. Aber sie haben auch erhebliche Eigenaktivität entwickelt, teilweise gegen den Willen der Gewerkschaft. Da sie den Eindruck hatten, dass die NGG ihren Streik zu wenig in die Öffentlichkeit bringt, haben sie selbst Kontakte zur Presse aufgebaut. Gemeinsam mit den UnterstützerInnen haben sie im Februar Kolleginnen von Gate Gourmet in London-Heathrow eingeladen, die dort seit dem Streik im August für ihre Wiedereinstellung kämpfen (siehe Kasten), und sind zu einer Kundgebung zum größten Gate-Gourmet-Standort in Deutschland, nach Frankfurt-Zeppelinheim, gefahren.

Halil: *Ich habe seit drei Jahren mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Zeppelinheim einen guten Kontakt. Der hat selbst gesagt, wir sollen kommen und dort demonstrieren. Das war auf eine Art seine Idee. Aber der hat gedacht, dass ver.di mitmacht. Es gibt ja Betriebsräte, die sind völlig abhängig von der Gewerkschaft. Ohne Gewerkschaft wissen die nicht mehr, was sie machen sollen. Bei so einer Firma wie Gate Gourmet fühlen die sich völlig verloren. Vor ein paar Tagen hat er mich angerufen und gesagt: »ver.di will mit dieser Demonstration nichts zu tun haben, deswegen bitte nicht kommen!« Er hat mich mitten in der Nacht zwei-, dreimal angerufen. Der war am Ende, der arme Kerl. Ein anderer Kollege im Betrieb, zu dem ich mittlerweile Kontakt habe, hat mir gesagt, es ist gut, wenn wir hinkommen, die Leute sind äußerst neugierig, von uns offiziell was hören zu können. Und das hat ja auch funktioniert mit unserer Demonstration. Der rief mich am gleichen Abend an, als wir aus Frankfurt zurückkamen, und sagte: »Es gibt Unruhe im Betrieb. Es gibt Diskussionen, die es noch nie gegeben hat. Leute kommen zum Betriebsrat und sagen: ›Wann machen wir denn den Streik?‹«*

»Streikt endlich mit! Glaubt ihr, wir können die Kastanien alleine aus dem Feuer holen?« Das war der Titel des deutsch-türkischen Flugblatts, das an die KollegInnen in Frankfurt verteilt wurde. Aber genau das ist bis heute nicht passiert, und das ist das größte Problem des Streiks: Die DüsseldorferInnen sind isoliert geblieben, und sie sind nicht in der Lage, den Streikbruch zu verhindern und ökonomischen Druck aufzubauen. Sie machen allerdings kein Geheimnis daraus, dass sie die direkten Aktionen und Blockaden der UnterstützerInnen begrüßen und selber gerne mehr machen würden.

Uwe: *Die Gewerkschaft hat nur am 18. November blockiert, da war der 144. Geburtstag der NGG, da haben die vielleicht gedacht »Das lassen wir uns was kosten«. Das ist natürlich sehr wirksam gewesen, und es war unsere Blockade. Wir haben aber ein Problem. Weil wir am Airport arbeiten, sind wir alle vom Luftfahrtbundesamt sicherheitsüberprüft, und da können wir uns nur einmalig so eine Aktion leisten. Sonst würden wir die Sicherheitsüberprüfung verlieren und hätten dann gar keinen Job mehr. Das ist das große Problem. Wir sind teilweise wie gelähmt, wenn die Unterstützergruppen kommen. Das ist vielen Kollegen mehr als peinlich, so dazustehen: wir können nichts tun. Die Aktionen haben uns unheimlich geholfen. Durch die Blockaden ist der Firma ein erheblicher Schaden entstanden. Bei jeder Tarifverhandlung wurde erstmal eruiert: »Was ist da passiert, was habt ihr wieder gemacht, uns ist soundsoviel Schaden entstanden.« Es gibt einige Schreiben von dem Rechtsanwalt der Gate Gourmet, dass in Richtung NGG eine Schadensersatzklage kommen könnte. Da ist die NGG natürlich gleich wieder zwei Stühle nach hinten gerückt und hat gesagt:*

»Jungs, haltet den Ball flach«. Wir können uns nicht über den Willen der Gewerkschaft drüberwegsetzen. Es gab da wirklich mehrere Sachen, die man so angedacht hat. Bloß man muss natürlich davon ausgehen, dass einen die Gewerkschaft in den rechtlichen Bahnen hält.

Gegen den Terror der Arbeit

Die Wut und Entschlossenheit der ArbeiterInnen in diesem Kampf, mit der weder die Kapitalseite, noch die Gewerkschaft gerechnet haben, ist das Ergebnis einer brutalen Umstrukturierung. Um die höhere Produktivität durchzusetzen, wurden die ArbeiterInnen in den letzten Jahren systematisch schikaniert und gegeneinander aufgehetzt. Das Arbeitsklima war vergiftet, das Privatleben wurde durch die flexiblen und überlangen Arbeitszeiten zu einer unplanbaren Restgröße, ein soziales Leben war kaum noch möglich. In den Gesprächen mit den Streikenden geht es immer wieder um diesen Terror der Arbeit, der das ganze Leben bestimmt. Sie sagen offen, dass die Lohnforderung nur ein Vorwand war, endlich dagegen aktiv zu werden – nachdem sie jahrelang Zugeständnisse gemacht haben.

Holger: *Als die Texas bei uns eingestiegen ist, ging eine systematische Überschuldung des Unternehmens los. Das war der Grund, warum es 2003 zu einem Sanierungstarifvertrag bei uns gekommen ist. Da haben wir schon auf 3,8 Prozent unseres Lohns verzichtet. Weil man gesagt hat: Das Unternehmen ist so hoch verschuldet, das muss man erstmal wieder auf solide Beine stellen. Man hat uns suggeriert, dass wir, wenn diese Sanierung abgeschlossen ist, 2005 zum alten Manteltarifvertrag zurückkehren würden. Das hatten die aber nie vor.*

Besuch bei der Konzernzentrale in Zürich am 16.1.2006

Uwe: *Man hat damals einen sogenannten Arbeitszeitkorridor von 25 bis 48 Stunden eingeführt, wo der Arbeitgeber frei verfügen kann. Der hat wirklich gesagt: »Du hast morgens um vier Uhr Dienst, und wenn's mir passt, dann gehst du um neun, und wenn es mir nicht passt, oder wenn das Geschäft sich dementsprechend entwickelt, dann bleibst du eben bis vierzehn Uhr.« Das war noch nicht mal genehmigungspflichtig vom Betriebsrat. Sie haben dann sogar bei den zuschlagspflichtigen Schichten die Festangestellten nach Hause geschickt und die Fremdfirmen weiter arbeiten lassen, die keine Schichtzuschläge bekommen. Mit diesen Betriebsvereinbarungen hat das Unternehmen 30 bis 40 Leute eingespart.*

Durch die Flexibilität war mit der Familie überhaupt nichts mehr zu planen, die Frau musste zuhause bleiben und auf das Kind aufpassen, weil ich meine Arbeitszeit nicht mehr planen konnte. So ein Arbeitstag sieht so aus: Ich stehe um zwei Uhr auf, damit ich um 3:45 Uhr anfangen kann, irgendwann so um 14 Uhr hab ich dann Feierabend, komme um 14:30 Uhr zuhause an, dann werden noch Hausaufgaben gemacht mit dem Kind, was gegessen, geduscht, und dann wird wieder geschlafen, damit ich zur nächsten Schicht antreten kann. Wir haben teilweise inklusive Wochenende bis zu sechzig Stunden in einer Woche gearbeitet.

Halil: *Das »Teile und herrsche« hat in diesem Betrieb sehr gut funktioniert. Die Leute waren völlig durcheinander und geteilt, vor dem Streik. Der Arbeitgeber hat das bewusst eingesetzt. Jahrelang haben sie den administrativen gegen den produktiven Bereich ausgespielt. Die Supervisor und Vorarbeiter sind so unter Druck gesetzt worden, die mussten, ob sie wollten oder nicht, mit der Peitsche hinter den Mitarbeitern her sein, um die eigene Haut zu retten.*

Anna: *Das Arbeitsklima zwischen den Abteilungen Produktion, Zoll und Dispatch, das war sehr separat. In der Kantine haben sich alle aus der Produktion in einer Ecke zusammengesetzt. Wir hatten das Gefühl, dass die das beabsichtigt haben, dass man nicht soviel Kontakt miteinander hatte während der Arbeitszeit.*

Bella: *Wir haben uns kaum mal begrüßt, dann hieß das schon: »Was ist denn da hinten los, ihr müsst anfangen. Band an, sofort rüber!« In der Kantine hatte man auch keine Ruhe. Wenn wir beim Essen oder der Kaffeepause waren, kam der Supervisor rein: »Ich brauche zwei TK-Essen.« Du hattest keine Pause, du konntest noch nicht mal essen. Und bei diesem Druck wird man automatisch gegenüber Kollegen und Mitarbeitern auch mal nervös.*

Anna: *Sie haben auch viel gedroht, die Vorarbeiter und Supervisor. Wenn irgendwas schief gelaufen ist, oder wenn man sich gegen irgend etwas gewehrt hatte, dann haben die gesagt: »Entweder du machst das jetzt, oder wir gehen direkt zum Chef.« Bei einigen sind die mit so was auch durchgekommen.*

McKinsey: Rationalisierung – ein Kinderspiel?

Mit der Rationalisierung wurde die Unternehmensberatungsfirma McKinsey beauftragt. Die erledigt ihr dreckiges Geschäft nicht mit Druck, sondern mit Freundlichkeit und Spielchen. Die Rationalisierer durften geduzt werden, sie luden die Belegschaft zum Kart-Fahren ein, und nutzten die Gelegenheit, die KollegInnen genau zu beobachten: Wer bringt sich ein, wer lässt sich motivieren? Mit dem Zusammenbauen von Spielzeug-Autos wurde den ArbeiterInnen beigebracht, den Produktionsprozess selbst zu optimieren.

Holger: *Man kam sich manchmal vor wie im Kindergarten. Wir haben Autos zusammengebaut, aus so kleinen Lego-Bausteinen! Die Aufgabe war: »Ihr müsst mit sechs Mann zwölf Autos in einer gewissen Zeit machen. Jetzt überlegt mal, wie der Ablauf sein muss, damit ihr das erreicht.« Wir haben gewaltige Produktivitätsfortschritte gemacht! Am Anfang haben wir geteilt: 18 Teile durch sechs sind drei. Der erste hat für seine Teile so lange gebraucht, dass der zweite minutenlang gar nichts zu tun hatte. Dann hat man gesagt: »Der macht vielleicht nur ein Teil, und ein anderer macht dafür vier, weil das leichte Teile waren.« Wir waren nachher sogar schneller, als die Zeit, die die wollten! Die haben nie gesagt: »Du musst das so oder so machen.« Aber es kam immer das raus, was die wollten. Die haben einen spielerisch da hingebracht. Die haben die Leute dazu gebracht, selber ihre Arbeit in Frage zu stellen: »Die haben ja recht! Wir müssen wirklich mal anfangen, unsere Arbeitsabläufe zu überprüfen.«*

Uwe: *Die große Überschrift war immer: »Wir wollen euch die Arbeit erleichtern, dass ihr nicht mehr so schwer arbeiten müsst.« Der Streik hätte eigentlich schon wesentlich früher anfangen müssen, denn von 2002 bis 2005 ist es zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung gekommen. Sie haben Produktivitätssteigerungen von bis zu 30 Prozent erreicht.*

Holger: *Am Anfang haben alle gedacht: »So schlimm kann das ja nicht werden. Wenn ich mich nicht so oft bücken muss, dann hat das ja auch Vorteile.« Nach einer Zeit, wenn man genau geguckt hat, sah man schon, worauf das hinauslief. Aber verkauft haben die das gut, das muss man ihnen lassen.*

Die Analysierer von McKinsey haben mehrere Monate lang im Betrieb Wege vermessen, Zeiten gestoppt und verschiedene Anordnungen ausprobiert. Die zu produzierenden Tabletts und Schubladen wurden fotografiert und als Standard aufgehängt, versehen mit den jeweiligen Richtzeiten.

Anna: *Gate Gourmet wollte, dass nach dieser Umstrukturierung jeder überall einsetzbar ist. Die haben versucht, die Arbeit für jeden so leicht wie möglich zu beschreiben. Das sollten also leicht ersetzbare Tätigkeiten werden.*

Holger: *Man war von Seiten von McKinsey von Anfang an bestrebt, die Arbeitsprozesse zu zerlegen, um irgendwann auf den Fahrer, der früher mal alles gehandhabt hat, nicht mehr angewiesen zu sein. Heute sind die Arbeitsprozesse so klein und übersichtlich, und so gut plakativ gestaltet, dass sie jeder machen kann, auch die Fremdarbeiter, ohne große Einarbeitungszeit. Der Fahrer konnte früher tausend Dinge gleichzeitig. Nur, das war niemandem zu vermitteln, vor allem war das keinem zu vermitteln, der das für fünf Euro die Stunde macht.*

Die Richtzeiten waren kaum zu schaffen, da sämtliche Nebentätigkeiten – wie z.B. Müll wegräumen – in diesen Hochrechnungen unberücksichtigt blieben. Arbeiterinnen aus der Produktion, die die vorgegebenen Zeiten nicht schafften, bekamen Abmahnungen. Trotz guter Worte und Repression lief die Rationalisierung in der Produktion nicht reibungslos. McKinsey wollte das Band abschaffen und an Einzeltischen produzieren lassen. Diese Vereinzelung haben die ArbeiterInnen verhindert.

Clara: *Du kannst nicht jeden Tag im selben Tempo arbeiten. Am Band ist es ja so, dass jeder teilt. Manchmal gehe ich an die leichten Teile, manchmal an die schweren Teile, und man hilft sich gegenseitig. Aber so musst du alles selber ranschleppen. Wenn das Band aufgebaut wird, dann holt jeder eine Sache, und in sieben, acht Minuten ist ein Flieger fertig. Und das dauert am Tisch, von einer Person… vielleicht konnten wir das nicht machen oder vielleicht wollten wir das nicht machen, ich weiß es nicht – das hat bei uns drei oder vier Stunden gedauert, bis wir eine Maschine fertig hatten.*

Anna: *Deren Ziel war eigentlich, dass nur ein Auffüller da ist, nur eine durfte rennen, und die anderen sollten an den Tischen stehen und arbeiten. Das war eigentlich deren Ziel, aber das ist nicht machbar gewesen. Wenn nur eine holt, und das acht bis zehn Stunden am Tag, dann ist das wirklich schwere körperliche Tätigkeit. Wir haben immer nur dagegen gekämpft und haben gesagt: »Das geht nicht, das geht nicht.«*

Clara: *Wir haben das nicht geschafft, dann sollten wir zwei Stunden, fünf Stunden länger arbeiten, das haben wir nicht mitgemacht. Wir haben alles stehen lassen und sind nach Hause gegangen. Die haben das Band wieder eingeführt, weil sie gesehen haben, dass die Maschinen nicht mehr rausgingen.*

Beruf: Streikerin!

Im Februar 2005 kam es im Betriebsrat zu einer Diskussion über die Auswirkungen der Arbeit. Die Befragung unter den Betriebsräten ergab, dass sich das gesamte soziale und kulturelle Leben nur noch am Dienstplan, bzw. am Flugplan der LTU orien-

Spendenaufruf
Die Streikenden haben in diesem langen Streik schon erhebliche finanzielle Einbußen erlitten. Der Solidaritätskreis hat ein eigenes Spendenkonto eingerichtet, um die Streikenden finanziell zu unterstützen und Aktionen zu finanzieren, für die die NGG keinen Cent locker macht, wie z.B. die Fahrt zur Gate-Gourmet-Filiale nach Frankfurt oder die Einladung der entlassenen ArbeiterInnen von Gate Gourmet London.

Spendenkonto:
Axel Köhler-Schnura
Postbank Nürnberg
KontoNr 18 90 88 850
BLZ 760 100 85
Stichwort »Streik GG« oder »Weiterstreiken GG«

Spenden mit dem Vermerk »Weiterstreiken GG« werden ausschließlich und ohne Abzug irgendeines Verwaltungsaufwandes an die Streikenden ausgeschüttet. Da die finanzielle Belastung durch den Streik sehr unterschiedlich ist, übergeben wir das Geld einem Gremium der Streikenden, das die Spenden zum Teil nach Härtekriterien unter den Streikenden verteilen wird. Der Eingang der Spenden und ihre Verwendung wird regelmäßig auf der Webseite *www.gg-streik.net* dokumentiert.

Materialien zum Streik und aktuelle Infos: *www.gg-streik.net*

tierte und dass es keinerlei Freiräume mehr gab, die das Leben lebenswert machen. Nach dem Aushang dieser Ergebnisse machten in der folgenden Belegschaftsversammlung KollegInnen massiv ihrem Ärger über die Situation Luft.

Holger: *Spätestens im März oder April war bei uns abzusehen, dass die Leute nicht mehr bereit waren, das weiter mitzumachen. Die waren vor allem psychisch fertig, nicht nur physisch. Da ging gar nichts mehr.*

Drei Monate vor Streikbeginn wurde der unternehmerlastige Betriebsratsvorsitzende, der heute Streikbrecher ist, abgewählt, und Halil wurde zum Betriebsratsvorsitzenden.

Bella: *Wir hatten vorher überhaupt keine Infos vom Betriebsrat. Da war jeden Mittwoch Betriebsratssitzung. Wir haben immer gefragt, was gelaufen ist. »Immer dasselbe«, hieß es dann nur. Aber wenn Halil in die Küche gekommen ist, der arbeitet ja auch, der muss ja die Essen holen, dann hat er immer gefragt: »Mädels, geht's euch gut, oder habt ihr Probleme, dann sagt es mir.« Nachher gab es Druck von oben: »Was will der schon wieder hier. Was sagt der?« Denn er hat immer türkisch geredet.*

Halil: *Unser Streik hat schon lange in den Köpfen geschwebt, bevor er offiziell angefangen hat. Es fehlte nur noch der Tropfen, damit das Fass überläuft. Jetzt reisen wir überall in Deutschland rum, und diese Veranstaltungen sind äußerst erfolgreich. Jeder fragt was, jeder erzählt Probleme, und immer wieder taucht die Frage auf, wie wir am besten die Angst verlieren können. Wir erzählen das so: Angst hilft uns nicht mehr, das ist schon lange vorbei. Wie lange soll ich um meinen Arbeitsplatz Angst haben? Wenn ich gesundheitlich pleite bin und familiär, wenn ich sozial ausgegrenzt bin… was nützt mir da mein Arbeitsplatz? Wir leben seit so vielen Jahren in diesem asozialen Zustand. Wir haben kein Vereinsleben mehr, wir haben kein vernünftiges Familienleben mehr, wir haben überhaupt keine Bekannten mehr. Durch diese verschiedenen Schichten erleben wir das soziale Abseits. Das ist das Problem, warum die Leute gesagt haben: Noch mehr ist nicht drin. Wir haben sämtliche Grenzen schon lange überschritten. Aus diesem Grund sind wir rausgegangen.*

Letztens hat mal eine Kollegin bei einer Veranstaltung der NGG gefragt: »Ich kann euch nicht verstehen, wie lange wollt ihr denn noch?« Ich habe gesagt: »Bis ich meinem Sohn erklärt habe, dass er demnächst 60 Stunden arbeiten muss, wenn er mich nicht unterstützt.« Denn das geht in diese Richtung.

Holger: *Wir werden den Betrieb nicht betreten, bevor wir nicht einen günstigen Manteltarifvertrag haben. Ich weiß, was uns blüht, und das wissen wir alle, wenn wir ohne Tarifvertrag da reingehen. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Nach drei Wochen sind zwei Streikende wieder reingegangen. Seitdem – und das ist jetzt über vier Monate her – ist kein einziger mehr reingegangen. Da geht auch keiner mehr rein.*

Texas Pacific und Gate Gourmet haben keinen Hehl daraus gemacht, dass die Senkung der Personalkosten weltweit stattfinden wird. Die betrifft nicht nur uns. Wir sind nur die ersten, die dran sind. Das ist auch ein Grund, warum ich sage: »Notfalls stehe ich da auch noch ein Jahr, wenn das sein muss. Damit habe ich dann wenigstens erreicht, dass sie die Senkungen auf anderen Stationen auch nicht durchkriegen.«

Bella: *Arbeiten oder Streiken? Vom Finanziellen her ist Arbeiten besser – aber vom Arbeiten her: Streiken! Da kannst du ein bisschen reden und so. In der Firma kannst du überhaupt nicht reden. Wenn da ein lauterer Ton ist, dann heißt es gleich wieder: »Was ist da unten los?«*

Anna: *Die haben das geschafft, dass wir zusammengeschmolzen sind. Wir sind alle mittlerweile dicke Freunde geworden. Man kann mit jedem Spaß machen. Ich glaube schon, dass der Zusammenhalt zumindest eine Zeit lang anhalten wird. Ich glaube nicht, dass das für die Ewigkeit so bleiben wird, aber auf jeden Fall eine Zeit lang, mit Sicherheit.*

Wenn mich jemand fragt, was ich von Beruf bin, dann sag ich schon: Berufsstreikerin! Die Texas Pacific hat mich dazu gemacht. Ich bin Dauerstreikerin – wir kommen bald ins Guinnessbuch der Rekorde. Ich hab so was noch nie gemacht, aber irgendwann ist immer das erste Mal. Ich bin auf den Geschmack gekommen. ■

Sieben blockierte LKWs am 14. Januar 2006, dem 100. Streiktag

Gate Gourmet London-Heathrow:

Nach dem Solidaritätsstreik

Am 7. März erscheint die Polizei bei den ArbeiterInnen von Gate Gourmet London, die in der Nähe der Firma, auf einem Hügel in der Mitte eines Kreisverkehrs, seit Monaten für ihre Wiedereinstellung demonstrieren. Auf diesen Hügel haben sie sich zurückgezogen, nachdem ein Gericht verfügt hat, dass ihr Streikposten vor der Firma nur mit sechs Personen besetzt sein dürfte. Die Polizei will nun auch diesen Posten räumen. Am nächsten Tag demonstrieren die ArbeiterInnen wieder direkt vor der Firma. Für den 25. März haben sie schon seit längerem zu einer großen Demonstration aufgerufen – zu der sie nun auch ihre streikenden KollegInnen aus Düsseldorf eingeladen haben.

Der Solidaritätsstreik, mit dem die ArbeiterInnen des BA-Bodenpersonals im August 2005 die entlassenen ArbeiterInnen von Gate Gourmet unterstützt haben, hatte große Auswirkungen im Sommerfluggeschäft und fand ein breites Medienecho. Ende September erklärte die Gewerkschaft TGWU (Transport and General Workers' Union), es wäre ein Kompromiss gefunden worden, dem die Entlassenen am 28.9.2005 mit großer Mehrheit zugestimmt hätten. Der Konflikt schien beigelegt. Tatsächlich kämpfen hunderte von ArbeiterInnen bis heute um ihre Wiedereinstellung und gegen den Kompromiss ihrer Gewerkschaft.

Der Kompromiss beinhaltete die Wahl zwischen der Wiedereinstellung zu schlechteren Bedingungen oder einer Abfindungszahlung, verbunden mit dem Verzicht auf jegliche Rechtsmittel. Außerdem gab es eine Liste von 144 ArbeiterInnen, die als »troublemakers« (UnruhestifterInnen) auf keinen Fall wiedereingestellt würden. Die Gewerkschaft hatte Gate Gourmet zugesagt, dass alle Entlassenen diesen Kompromiss unterschreiben würden. Bei der Versammlung Ende September brauchte sie drei Wahlgänge, bis sie eine Mehrheit zustande brachte. Der Wortlaut des Kompromisses war den Entlassenen zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Als sie die Einzelheiten erfuhren, weigerten sich die meisten zu unterschreiben. Bis zum Stichtag am 16.12. hatten noch keine 200 der 760 Entlassenen unterschrieben, obwohl sie mit Telefonanrufen und der Drohung, die Zahlung des Härtefallgeldes einzustellen, von der Gewerkschaft unter Druck gesetzt wurden. Die TGWU verlängerte die Frist noch mal bis zum 6. Januar. Dann stellte sie die Unterstützungszahlungen von 50 Pfund pro Woche ein.

Gate Gourmet wollte in London – wie in Düsseldorf – mehr Flexibilität und Produktivität durchsetzen. Gegen die alte Belegschaft, die zu 90 Prozent aus asiatischen ArbeiterInnen bestand, sind sie damit nicht durchgekommen. Also versuchten sie, diese ArbeiterInnen loszuwerden. Begleitet wurde die Zersetzung der Belegschaft von rassistischen Äußerungen eines Managers gegen die asiatische *community* aus dem Stadtteil Southhall. Die neu angeheuerten LeiharbeiterInnen kommen größtenteils aus Polen. Die Arbeit funktioniert allerdings mit den neuen ArbeiterInnen nur schlecht. Im Februar wurden 240 von ihnen wieder entlassen, weil sie die gesetzten Standards nicht erfüllt hatten. ArbeiterInnen aus der alten Belegschaft, die im August gefeuert worden waren, wurden jetzt wieder zu Vorstellungsgesprächen eingeladen.

Inzwischen haben etwa 300 ArbeiterInnen die Abfindung genommen und 200 sind zu den neuen Bedingungen an die Arbeit zurückgekehrt. Knapp 200 – vor allem die 144 »troublemakers« – kämpfen weiterhin um ihren Arbeitsplatz, zu den alten Bedingungen. Die Entlassenen treffen sich auf wöchentlichen Versammlungen und haben eine eigene Streikkasse eingerichtet. Von der TGWU fordern sie die Weiterzahlung des Härtefallgeldes. Vertrauen in die Gewerkschaft haben sie nicht mehr. Sie vertrauen eher auf die Solidarität von ArbeiterInnen anderer Branchen wie Feuerwehr, Post, Bus und Bahn. An ihrer ersten Demonstration im Dezember haben tausend Leute teilgenommen.

Als sie von dem Streik in Düsseldorf erfuhren, versuchten die LondonerInnen Kontakt aufzunehmen, über die NGG. Die wollte aber von diesen »DissidentInnen«, die sich nicht von ihrer Gewerkschaft TGWU bevormunden lassen, nichts wissen. Der Brief blieb unbeantwortet, die Streikenden in Düsseldorf erfuhren davon nichts. Erst als ein Mitglied des Solidaritätskreises im Internet Informationen über den andauernden Konflikt in London-Heathrow fand, konnte der Kontakt hergestellt werden. Auf Einladung des Solidaritätskreises besuchten zwei der entlassenen ArbeiterInnen aus London am 22. Februar ihre streikenden KollegInnen in Düsseldorf. Der Empfang war herzlich, und die ArbeiterInnen nutzten die Gelegenheit zu einem intensiven Erfahrungsaustausch über die Methoden von Gate Gourmet und den Widerstand auf beiden Seiten des Kanals. Dieses Treffen hat allen Beteiligten im Kampf gegen den Multi Mut gemacht, und die DüsseldorferInnen haben die Gegeneinladung zur Demonstration in London gerne angenommen.

■

Osteuropa:

Zweite Luft für die Autoindustrie?

Der nachfolgende Artikel über Tschechien beschreibt, wie die Autoindustrie seit Ende der 90er Jahre dort zum ziehenden Sektor der gesamten Kapitalakkumulation und des Arbeitsmarkts geworden ist. Die Autoindustrie in Tschechien produziert zum größten Teil für den Export – vor allem nach Westeuropa. Das gilt ebenso für die fertigen Autos wie für Teile und Komponenten. In den Nachbarländern Polen, Slowakei und Ungarn sieht es ähnlich aus.

Anfang der 90er Jahre hatten die westlichen Autokonzerne dort zur Erschließung der lokalen Märkte erstmal in kleinen Fabriken Autos aus importierten Bausätzen montiert (ähnlich wie sie es heute etwa in der Ukraine oder in Indien tun). Inzwischen sind diese Werke schon wieder geschlossen. Die neuen Werke sind voll integriert in die europäischen Produktionsketten. Es sind bereits regionale Spezialisierungen zu erkennen: Polen wird zu einem Zentrum der Motorenproduktion, während die Slowakei heute die meisten Autos pro Einwohner auf der Welt baut, mit steigender Tendenz.

Dient der Aufbau der neuen Auto- und Zulieferwerke in Osteuropa einer dauerhaften Ausweitung der Produktion? Dafür spricht wenig: Die Automärkte in Westeuropa sind gesättigt, und auch auf den osteuropäischen Märkten sind inzwischen keine steilen Zuwächse mehr zu erwarten. Offensichtlich werden weitere Überkapazitäten aufgebaut – unter denen die Autokonzerne sowieso schon leiden. Die Frage ist also, ob diese Überkapazitäten eher eine Übergangserscheinung im Zuge von Produktionsverlagerungen sind – neue Standorte müssen erstmal gebaut und auf volle Kapazität hochgefahren werden, bevor alte Standorte geschlossen werden können – oder ob sie eher als Druckmittel gegen die alten Standorte funktionieren sollen.

Das Lohnniveau liegt weit unter dem westeuropäischen. Das Statistische Bundesamt gibt die Bruttomonatslöhne im Verarbeitenden Gewerbe für die Slowakei mit 305 (2002), für Polen mit 583 (2004), für Tschechien mit 561 (2003) und für Ungarn mit 673 (2004) US-Dollar an – gegenüber Deutschland mit 2507 Euro (2004).

Ist also zu erwarten, dass die Produktion in Westeuropa demnächst geschlossen und wie die Hausgeräteindustrie[1] nach Osteuropa verlagert wird? Tatsächlich sind die neuen EU-Länder Osteuropas als Produktionsstandorte dem westeuropäischen Kapital nach der Maueröffnung 1989 wie ein Schatz in den Schoß gefallen. Im Vergleich zu anderen in der Auslagerungsdiskussion immer wieder genannten Standorten wie Brasilien, China und Indien bieten sie nämlich nicht nur niedrige Löhne, sondern auch eine lange industrielle Tradition und Erfahrung, sogar in der Autobranche (Skoda baut Autos seit 1895). Vor allem aber bieten sie geographische Nähe: Skoda Mladá Boleslav liegt 50 km Luftlinie von der deutschen Grenze, Fiat Melfi 800 km! Dem westeuropäischen Kapital boten sich also Standorte direkt vor der Haustür mit deutlich niedrigeren Lohnkosten an.

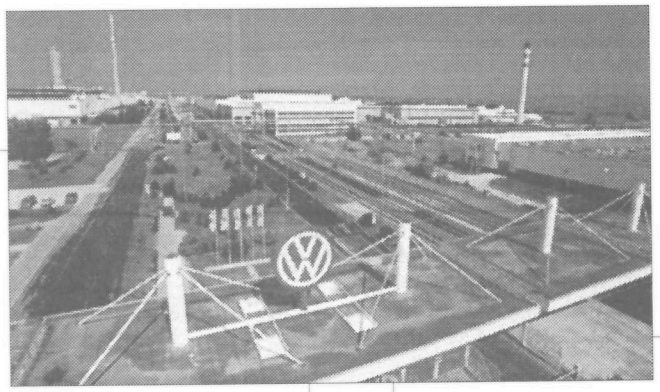
Ähnlich den westeuropäischen Schwerpunktgebieten, in denen jeweils eine große Zahl von Auto- und Zulieferwerken eng zusammenarbeitet, wie Stuttgart (Daimler), Turin (Fiat) oder Bochum (Opel) bilden sich jetzt »Cluster« in Tschechien, in der Westslowakei und in Südpolen, in Nordwestungarn und Slowenien. Insgesamt entsteht auf wenigen Quadratkilometern eine hoch integrierte Autoproduktionszone, in der die meisten Werke nur ein bis zwei LKW-Stunden voneinander entfernt sind. Gleichzeitig sorgt die kleinstaatliche Zersplitterung dieser Region für eine politische Spaltung der ArbeiterInnen, die sich bisher weitgehend auf ihren jeweils eigenen nationalstaatlichen Rahmen beziehen.

Aber sieht es für das Kapital wirklich so rosig aus? Schon die zahlenmäßigen Dimensionen ziehen einer Verlagerung der Autoindustrie nach Osteuropa enge Grenzen. Zwar prahlte die *Financial Times Deutschland* am 13. März: »Wenn in allen geplanten Fabriken die Bänder anlaufen, werden zwischen Polen und Rumänien jährlich fast 3,3 Mio. Autos hergestellt.« Aber dabei werden schon

[1] Siehe auch:
»Aus dem gelobten Land der Hausgeräteindustrie«

»Krieg gegen die Weißkragen« über die Hausgeräteindustrie in Lodz in der *Wildcat 75* und

»Das einzige, was sie von uns erwarten können, ist ein Arschtritt« über das Berliner Hausgerätewerk in der *Wildcat 74* und das Update dazu in *Wildcat 75*.



VW-Werk in Bratislava

Länder mitgezählt, die verkehrsmäßig kaum günstiger an Westeuropa angebunden sind als Überseee-Standorte. Außerdem ist ganz vage die Rede von »geplanten« Werken. Im Jahr 2005 aber wurden in Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, ganz Ex-Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien zusammen ganze 1,7 Millionen Autos produziert – nicht mal doppelt so viele wie in Belgien (900 000).

Noch ein Zahlenspiel: Wenn man die gesamte westeuropäische Autoproduktion in die fünf neuen EU-Länder Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien verlagern wollte, müssten 14,5 Millionen Autos von 66 Millionen Menschen gebaut werden. Allein in der BRD, dem mit einer Jahresproduktion von etwa 5,5 Millionen Autos im Jahr 2005 mit Abstand größten Autoproduzenten Europas, leben 82 Millionen Menschen. Man müsste also einen Großteil der Bevölkerung Osteuropas in ein autoproduzierendes Proletariat verwandeln.

Schon jetzt zeigen sich in Tschechien Schwierigkeiten auf diesem Weg, schon jetzt herrscht dort Arbeitskräfteknappheit: Zu den angebotenen niedrigen Löhnen will kaum jemand in die Fabrik. TPCA hat für sein Montagewerk in Kolín trotz hoher lokaler Arbeitslosigkeit nur mit großen Schwierigkeiten genügend Leute zusammenbekommen. In der Branche arbeiten schon heute massenhaft ImmigrantInnen aus der Slowakei, der Ukraine und aus Polen. Diese Migration gehört sicher zu den wichtigsten Faktoren, die zu einer Überwindung der nationalstaatlichen Spaltung beitragen können.

Aber warum ist der Aufbau der neuen Produktionsstätten in Osteuropa überhaupt erst nach Jahren in Gang gekommen? Warum sind die westlichen Autokonzerne nach 1989 nicht sofort in großem Stil nach Osteuropa gegangen? Einer der wenigen war damals Fiat, der schon 1988 den Bau des neuen Cinquecento für Westeuropa bei dem polnischen Produzenten FSM in Auftrag gegeben hatte. Als FSM 1992 vor der Pleite stand, übernahm Fiat kurzerhand die Fabrik. Gegen die darauffolgenden Umstrukturierungen streikte die kampferfahrene Belegschaft damals 56 Tage lang. Der Streik wurde zwar fast ohne Zugeständnisse beendet, aber das Interesse der Autokonzerne an der von der polnischen Regierung gewollten Übernahme bestehender Betriebe und ihrer Belegschaften war danach nur noch verhalten.

Darüber, wer in den neuen Fabriken arbeitet, wissen wir bisher nur wenig. Anscheinend sind es hauptsächlich junge Leute, die zwar in einer Industriegesellschaft groß geworden sind, aber anders als die Generation ihrer Eltern selbst kaum kollektive Kampferfahrungen gemacht haben.

Wenn die Entwicklung der Autoindustrie in Osteuropa so weitergeht, wie lange können dann die Löhne niedrig gehalten werden? Beverly Silver behauptet in *Forces of Labor*, dass die ArbeiterInnen an neuen Standorten im Lauf des 20. Jahrhunderts die Lohnunterschiede zu den alten Standorten immer schneller aufgeholt haben. Ein Beispiel dafür könnte Brasilien sein, wo die AutoarbeiterInnen bei einer die ganze Branche erfassenden Streikbewegung im Herbst 2003 eine Lohnerhöhung von 18 Prozent durchsetzen konnten.

Ein Mittel, um solche Entwicklungen zu bremsen, ist der massive Einsatz von Leiharbeit. So kommt seit Jahren ein Drittel der 7500 VW-Beschäftigten in Poznan von Leiharbeitsfirmen. Adecco unterhält bei Opel in Gliwice eine eigene Filiale. Vorläufig scheint das zu funktionieren: In der polnischen Autoindustrie stieg die Zahl der Beschäftigten von 2004 bis 2005 um 11,3 Prozent gegenüber einem Anstieg der Gesamtbeschäftigung um 1,5 Prozent. Gleichzeitig aber lagen die Lohnzuwächse in der Branche mit 2,1 Prozent noch unter den landesdurchschnittlichen Lohnzuwächsen von 3,4 Prozent.

Außerdem wird auch den Belegschaften in Osteuropa jetzt schon mit Verlagerung gedroht. Kaum wurde etwa Anfang März 2006 von GM in der Presse lanciert, dass eins der vier europäischen Astra-Werke geschlossen werden müsste, titelte die linke polnische Zeitung *Trybuna*: »Zieht sich GM

aus Gliwice zurück?« Bei Fiat GM Powertrain in Bielsko-Biala drohte das Management, die Produktion nach Brasilien oder Indien zu verlagern, wenn nicht alle Gewerkschaften der Einführung des Samstag als Regelarbeitstag zustimmten. Wenn man nach den aufgeregten Stimmen in den polnischen Internetforen geht, gibt es genügend Leute, die diese Drohung glauben.

Wie sich aus den oben angestellten Zahlenspielen ergibt, ist eine vollständige Verlagerung der Auto- und Zulieferfabriken nach Osteuropa keine realistische Option für das Kapital. Gleichzeitig hat es jetzt schon Schwierigkeiten, die Dynamik, die aus den wenigen tatsächlichen Verlagerungen entsteht, unter Kontrolle zu behalten. Damit die Drohung glaubhaft bleibt, muss die Entwicklung aber weitergehen, was wiederum die Angleichung der Löhne beschleunigen dürfte.

Dem Kapital bleiben also vermutlich nicht viele Jahre, um mit der Drohung der Verlagerung nach Osteuropa Druck auf die ArbeiterInnen in Westeuropa auszuüben. Also nutzt es die Gunst der Stunde und die bestehenden Überkapazitäten, um so weit es geht das Lohnniveau zu senken und die Arbeitszeiten zu verlängern. Wie das läuft, beschreibt der Artikel zu den Entwicklungen bei VW in diesem Heft.

In der BRD haben in den letzten Jahren in der Autoindustrie die offensten Auseinandersetzungen seit langer Zeit stattgefunden, von der B10-Besetzung in Stuttgart bis zum Streik bei Opel in Bochum: Anzeichen dafür, dass dem Kapital sein Versuch, durch das Verlagerungsszenario in Osteuropa eine neue Dynamik in die Klassenbeziehungen in Westeuropa zu bringen, nicht nur dort, sondern auch hier außer Kontrolle geraten könnte. ■

Die Autoindustrie in Tschechien als Motor der Kapitalakkumulation

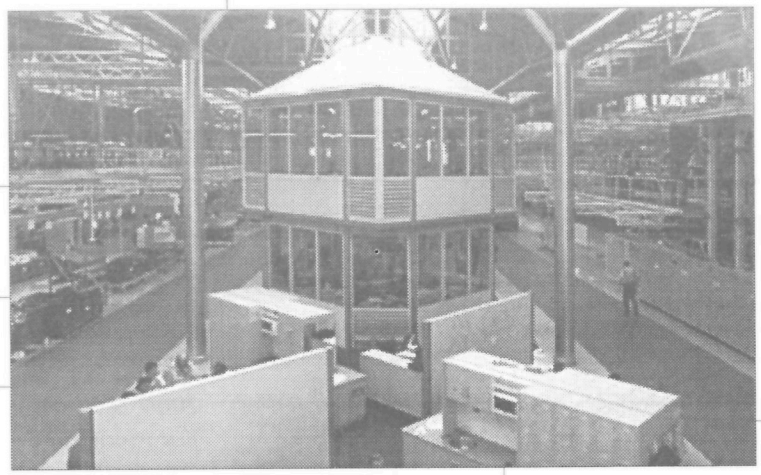
– und der Klassenkämpfe?

In Mittel- und Osteuropa spielt die Autoindustrie bei der Durchsetzung neuer Produktions- und Arbeitsorganisationsmethoden (jedenfalls in der gesellschaftlichen Produktion als ganzer) eine Pionierrolle und wirkt als Motor der »neuen« Industrialisierung. Wegen des hohen Verflechtungsgrads in der Branche und über sie hinaus (z.B. mit der Transportbranche oder der Elektronik- und Stahlindustrie) ist dieser Sektor auch extrem anfällig für potenzielle Kämpfe. Ein Produktionsstopp an einem strategischen Punkt könnte den ganzen Produktionsprozess lahmlegen.

Allerdings ist die veränderte technische Zusammensetzung der Arbeiterklasse noch im Entstehen, und so hat sich dieser Prozess bisher noch nicht in offenen Kämpfen manifestiert, die über die üblichen Mikrokonflikte am Arbeitsplatz hinausgehen. Insofern bleibt das Aufdecken von strategischen Punkten für zukünftige Kämpfe bis auf weiteres rein spekulativ. Aber schon der auf nur wenige Stunden begrenzte und von den Gewerkschaften kontrollierte Streik bei Škoda Auto (März 2005), bei dem angesichts der gestiegenen Profite Lohnerhöhungen gefordert wurden, weckte große Ängste, die Unruhe könnte auf andere Firmen übergreifen, die hier in den letzten Jahren Produktionsbetriebe eröffnet haben.

Was passiert auf den grünen Wiesen?

Die Veränderungen für die Arbeiterklasse in Tschechien nach 1989 lassen sich wahrscheinlich nur mit der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder mit den Anfängen des Stalinismus in den Nachkriegsjahren vergleichen. Seit den 90er Jahren läuft die Deindustrialisierung der alten Industriegebiete (Nordmähren, Nord- und



Skoda-Werk in Böhmen.

Mittelböhmen), begleitet von Massenentlassungen. Auf dieser Grundlage strömen jetzt massiv ausländische Investitionen ins Land, vor allem seit 1998 (Regierungsantritt der Sozialdemokratie).

Im Verlauf weniger Jahre wurde die Autoindustrie zur Schlüsselbranche der Kapitalakkumulation in Tschechien. Das Rückgrat dieses Sektors stellen die beiden großen Autohersteller – Škoda/Volkswagen (mit großen Werken in Mladá Boleslav, Vrchlabí und Kvasiny) und TPCA (in Kolín) – dar. An ihnen hängt eine große Zahl von neuen Zulieferfirmen (wie Bosch, Behr, Visteon, Continental, Siemens usw.), die aber nicht ausschließlich für die inländischen Autoproduzenten produzieren, sondern in die Produktionsketten beider Autohersteller in Westeuropa und ihre neuen Werke z.B. in der Slowakei integriert sind (Volkswagen, PSA, Kia). Kürzlich gab der südkoreanische Hyundai-Konzern den Bau seiner ersten europäischen Fabrik im nordmährischen Ostrava bekannt.

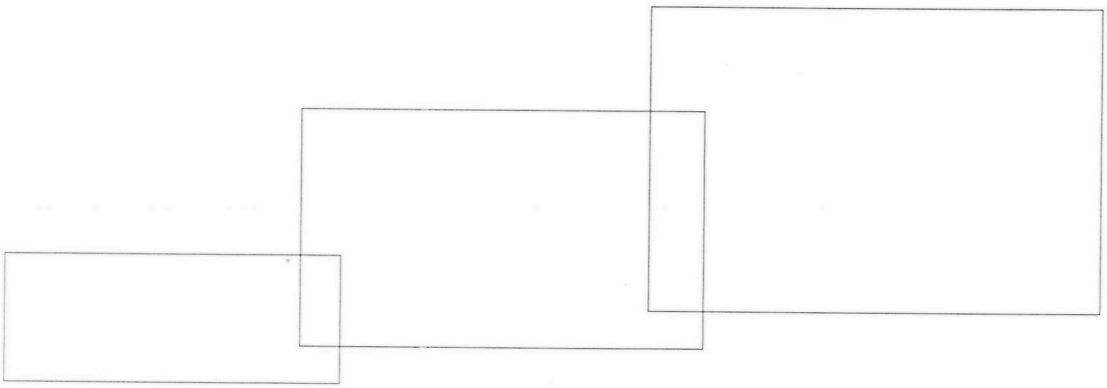
Der Mangel an qualifizierten ArbeiterInnen ist schnell zum größten Problem der tschechischen Autoindustrie geworden und gilt als Haupthindernis für ihre weitere Entwicklung. Inzwischen kommt ein Großteil der ArbeiterInnen in den neuen Fabriken aus der Slowakei oder sogar aus der Ukraine und teilweise auch aus Polen. Der sogenannte Abbau des Sozialstaats soll auch diejenigen zwingen, in diesen neuen Fabriken (und nicht nur dort) zu arbeiten, die sich wegen der brutalen Arbeit und der niedrigen Löhne bisher weigern.

Die Autoindustrie trägt etwa 20 Prozent zur tschechischen Industrieproduktion bei. 85 Prozent der Autoproduktion gehen in den Export, das entspricht 21 Prozent des tschechischen Gesamtexports. Insgesamt beschäftigt die Autoindustrie in Tschechien bereits über 130 000 ArbeiterInnen. In bestimmten Regionen (z.B. um Liberec oder in Südböhmen) gehen über 75 Prozent aller Investitionen in die Autoindustrie (in der Region Liberec sind es 91 Prozent – sicherlich wegen der Nähe zu Mladá Boleslav).

Škoda: »Unruhe am Standort«?

Anders als Volkswagen selbst hat Škoda auf den ersten Blick keine größeren Probleme – 2004 verbuchte die Firma einen Rekordprofit in Höhe von 3,5 Milliarden Kronen (gegenüber »nur« 1,48 Milliarden im Jahr 2003). Musste die Firma noch 2001 Zwangsurlaub verhängen und wegen Verkaufseinbrüchen die Produktion herunterfahren, so werden in diesem Jahr zwangsweise Sonderschichten gefahren (mit Zustimmung der Gewerkschaften), um die angeblich gestiegene Nachfrage zu befriedigen. Laut Aussagen einzelner Managementvertreter sind die Rekordgewinne im Jahr 2004 allerdings nicht auf eine gute »Marktlage« als solche, sondern vor allem auf Kostensenkungen und Änderungen in der Logistik (z.B. verringerte Lagerbestände) zurückzuführen. Der Absatz stieg 2004 gegenüber dem Vorjahr nämlich nur geringfügig (451 675 verkaufte Fahrzeuge 2004 gegenüber 449 578 im Vorjahr) und auch nur in West- und Osteuropa und in Asien, während er in Tschechien und dem restlichen Mitteleuropa sogar sank.

Škoda ist nicht nur der größte Exporteur, sondern auch einer der größten Arbeitgeber in der Tschechischen Republik. Ende 2004 arbeiteten insgesamt 24 561 Menschen bei Škoda, davon 20 897 als »Stammbelegschaft«. Die Mehrheit der Beschäftigten arbeitet im Hauptwerk in Mladá Boleslav. In den Werken in Vrchlabí und dem ostböhmischen Kvasiny sind es insgesamt nur etwa 2300.[1] Ein Großteil der ArbeiterInnen kommt aus der Slowakei, ein Teil sogar aus Polen – eben diese ArbeiterInnen werden sehr oft über Vermittlungsagenturen eingestellt und wurden früher während



der gelegentlich stattfindenden Entlassungen oft als »Puffer« eingesetzt.

Škoda hat schon Montagewerke in Bosnien (Sarajevo), der Ukraine (Uzhhorod) und in Indien, plant ein Werk in Kasachstan und will ab 2007 auch im großen Stil in China (Shanghai) montieren. Auch bei optimistischen Annahmen wird Škoda dort aber nicht mehr als 40 000 Fahrzeuge im Jahr mit 4000 bis 5000 ArbeiterInnen montieren. Die ausländischen Škoda-Werke sind keine unabhängigen Produktionseinheiten, sondern werden mit Einzelteilen aus Mladá Boleslav beliefert, wo (anders als bei TPCA in Kolín) nicht nur die Endmontage stattfindet, sondern auch Motoren, Getriebe und andere Komponenten produziert werden – und zwar nicht nur für Škoda und seine ausländischen Montagewerke, sondern für den ganzen VW-Konzern. Die Bedeutung von Mladá Boleslav als »Zulieferer« soll noch weiter zunehmen.

An der Produktion bei Škoda hängen Dutzende von Zulieferfirmen, die Teile im Wert von 1,8 Milliarden Euro liefern (2004) – 400 Millionen mehr als im Vorjahr. 60 Prozent der zugelieferten Teile kommen aus Tschechien. Angeblich wird über eine größere Ausrichtung auf Zulieferer aus dem übrigen Osteuropa nachgedacht, wohin viele Firmen gehen, die in Tschechien nicht mehr genügend qualifizierte ArbeiterInnen finden.

Im Frühjahr 2005 gab es einen dreistündigen Streik bei Škoda (jede Schicht streikte eine Stunde lang) und eine Demonstration von 10 000 Menschen in Mladá Boleslav. Die Hauptforderung war eine Lohnerhöhung angesichts der Rekordgewinne der Firma. Wegen des Arbeitskräftemangels und der guten Auftragslage musste die Geschäftsführung den ArbeiterInnen Zugeständnisse machen und gestand eine siebenprozentige Lohnerhöhung, die Beibehaltung des 13. Monatsgehalts, die Erhöhung der Spät- und Nachtschichtzulagen und die Zahlung eines einmaligen Sonderbonus zu.[2]

Trotz der starken Ausgangsposition der ArbeiterInnen durchbrach dieser Konflikt nicht die Grenzen der gewerkschaftlichen Kontrolle. Das tat bisher nur die »wilde« Arbeitsniederlegung im Juni 2000, als mehrere hundert ArbeiterInnen im Karosseriebau des Fabia in Mladá Boleslav gegen die unerträglich hohen Temperaturen in der Halle protestierten. Im Oktober 2000 und noch einmal im Juli 2001 fanden an den Montage- und Auslieferungsbändern des Fabia Protestversammlungen gegen die Arbeitsüberlastung an den Produktionslinien statt.[3] Anfang 2003 verweigerten die ArbeiterInnen mehrfach Sondernachtschichten – das war aber eher eine Gewerkschaftstaktik im Rahmen der Tarifverhandlungen als ein Ausdruck autonomen ArbeiterInnenwiderstands.[4] Trotzdem warnten Vertreter der Gewerkschaft damals vor »Unruhe am Standort« und möglicher mutwilliger Zerstörung von Autos durch die ArbeiterInnen...[5]

TPCA: »Damit es Arbeit gebe«

Im Gegensatz zu Škoda, das seit Jahrzehnten Autos produziert und erst 1991 von Volkswagen übernommen und »modernisiert« wurde, ist TPCA ein typisches Beispiel für eine neue Fabrik, die im Wortsinne auf der »grünen Wiese« einige Kilometer außerhalb von Kolín gebaut wurde. Ebenfalls auf dem Feld steht unweit der Fabrik ein Obelisk aus dunklem Stein mit dem Bild eines Autos und der lateinischen Inschrift »Ut sit labor« (»Damit es Arbeit gebe«) ...

Ursprünglich sollte hier ein BMW-Werk entstehen. BMW errichtete das neue Werk letztlich aber bei Leipzig und machte damit den Weg frei nach Kolín für das Firmenkonsortium Toyota-Peugeot-Citroën. TPCA kam aber nicht nur wegen der billigen Arbeitskraft, sondern erhielt zusätzlich üppige Fördergelder vom tschechischen Staat und der Stadt Kolín in Höhe von 15 Prozent der gesamten Investitionssumme. Die Stadt übernahm alle Kosten für die Erschließung des Industriegebiets, den Ausbau der Verkehrswege, den Bau von Schallschutzwänden und die Beseitigung der durch das Autowerk verursachten Umweltschäden. Außerdem versprach sie den Bau von neuen Werkswohnungen mit entsprechender Infrastruktur.

Als bekannt wurde, dass TPCA 23 Milliarden Kronen investieren wollte, war in Kolín und ganz

Tschechien die Rede von der »größten Investition«, der »modernsten Autofabrik Europas«, der »Rettung der Arbeitslosen« und sogar der »Rettung der Wirtschaft«. In Kolín selbst stiegen sofort die Wohnungspreise, die Schulen stiegen in einen Wettbewerb um die Ausbildung der besten Arbeitskräfte für die Fabrik ein, und das Automobilwerk sorgt ständig für Schlagzeilen in der Lokalpresse.

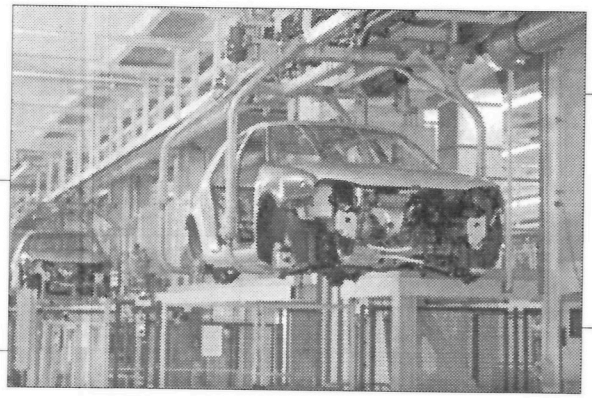
Wenn die Produktion voll angelaufen ist, soll das Kolíner TPCA-Werk ein Auto pro Minute produzieren, 1100 Autos pro Tag, 300 000 Autos pro Jahr. Das ergibt ca. 100 Autos pro Jahr und Beschäftigtem – auf den ersten Blick ist das viel, besonders im Vergleich zu den 18 Autos pro Jahr und Beschäftigtem bei Škoda. Dahinter könnten tatsächlich neue Methoden der Produktions- und Arbeitsorganisation stehen, d.h. besonders ein hoher Arbeitsdruck auf die ArbeiterInnen. Allerdings findet bei TPCA, wo der Toyota Aygo, der Peugeot 107 und der Citroën C1 vom selben Band laufen sollen[6], nur die Endmontage der Autos statt, während bei Škoda auch Motoren, Getriebe und andere Komponenten produziert werden. Bis zu 95 Prozent aller produzierten Wagen sollen in den Export gehen. Angeblich kommen etwa 75 Prozent der zugelieferten Komponenten aus Tschechien. Über 100 Zulieferfirmen (je zur Hälfte aus Japan und aus Westeuropa) sind TPCA nach Tschechien gefolgt. Sie wollen aber nicht nur nach Kolín, sondern auch an Škoda und an die neu entstehende Automobilproduktion in der Slowakei liefern.

Jeder Arbeiter an jeder Stelle des Bandes soll die Möglichkeit (bzw. laut innerbetrieblichen Vorschriften sogar die Pflicht) haben, sofort das gesamte Band zu stoppen, wenn er einen Fehler entdeckt.[7] Diese Maßnahme soll der Kontrolle der Produktionsqualität dienen. Gleichzeitig werden die einzelnen Arbeitsschritte sehr weitgehend standardisiert. Die ArbeiterInnen werden sogar darin geschult, wie man z.B. einen Hammer richtig hält, damit die einzelnen Arbeitsschritte möglichst effektiv und der Produktionsprozess als ganzes möglichst reibungslos verläuft.

An der Arbeitslosigkeit, die in Kolín seit langen Jahren über 10 Prozent liegt, hat sich durch TPCA kaum etwas geändert. Dabei war gerade die drastische Senkung der Arbeitslosigkeit lange das größte Argument für den Bau des Werks. Trotz massiver Anwerbekampagnen in den am stärksten von Arbeitslosigkeit und Armut betroffenen Gebieten konnte TPCA lange nicht genügend ArbeiterInnen finden. Aus Kolín und Umgebung kommen angeblich nur etwa 40 Prozent der Beschäftigten – in dieser traditionell »reichen« zentralböhmischen Region hat niemand Lust auf harte Maloche zu 14 000 Kronen brutto. Und dabei verlangte TPCA nicht einmal Qualifikationen, sondern bot Qualifizierungen vor Ort an!

Die erste Schicht bekam TPCA noch irgendwie zusammen, bei der zweiten Schicht dauerte es schon erheblich länger, und die dritte Schicht stand erst im Oktober 2005. Insgesamt sollen in der Fabrik etwa 3000 Menschen arbeiten, bisher sind es aber erst 2400 (und zusammen mit den dran hängenden Zulieferbetrieben werden angeblich bis zu 10 000 ArbeiterInnen gebraucht). Nachdem die dritte Schicht vollzählig war, wurden die Arbeitsgruppen aus allen drei Schichten so gemischt, dass in jeder Schicht das gleiche Verhältnis von erfahrenen und neuen Beschäftigten herrschte – angeblich, um in jeder Schicht dieselbe Produktivität zu halten. Im Dreischichtbetrieb läuft die Produktion sechs Tage in der Woche kontinuierlich durch und pausiert von Samstags 17.11 Uhr bis Sonntags 18.30 Uhr.

Die meisten ArbeiterInnen kommen aus Nordmähren, der Slowakei und der Ukraine. Sie wurden vor allem mit der Möglichkeit gelockt, eine Firmenwohnung zu bekommen. Die Stadt Kolín hatte 850 Firmenwohnungen für TPCA versprochen. Wegen Verzögerungen beim Bau mussten viele ArbeiterInnen aber in völlig unzulänglichen Wohnheimen (ein Schrank pro Zimmer, Gemeinschaftstoiletten und -waschräume) hausen und dabei etwa 3700 Kronen für ein Bett im Drei- bis Vierbettzimmer zahlen. TPCA zahlt jedem Beschäftigten einen Zuschuss von 1500 Kronen zur Miete und



nochmal 500 Kronen zu den Fahrtkosten. Für Beschäftigte, die mit der ganzen Familie nach Kolín umziehen, gibt es einen Umzugszuschuss von 10 000 Kronen. Gerade die Wohnungsprobleme gelten als einer der Hauptgründe, warum jeden Monat 50 bis 60 Leute die Fabrik verlassen.

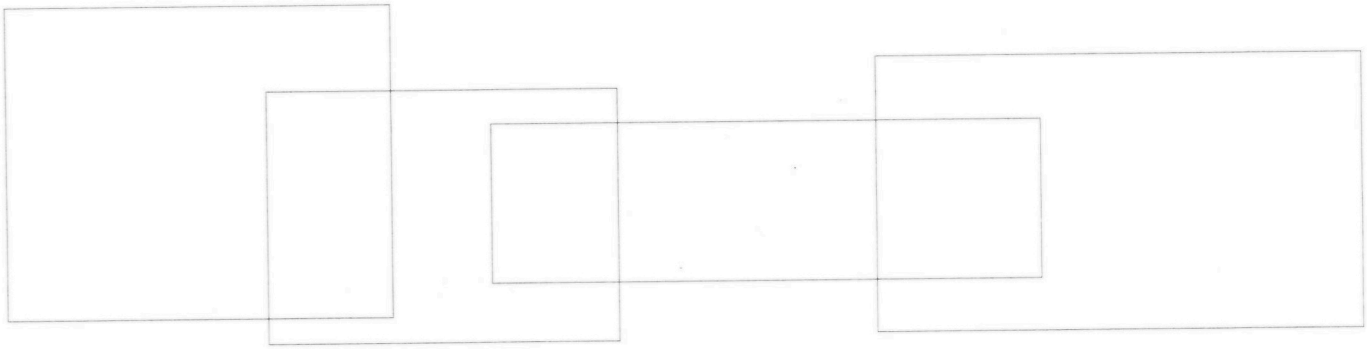
Zweifellos spielt aber auch der extreme Druck eine Rolle, mit dem die ArbeiterInnen in der neuen Produktion und Arbeitsorganisation konfrontiert sind. »Ich wechsle furchtbar ungern den Job, aber inzwischen kann ich nicht mal mehr ein Kreuzworträtsel lösen. Und es würde nicht lange dauern, bis ich da vollkommen verblöde,« sagt eine junge Arbeiterin über die Gründe, warum sie sich überlegt, die Fabrik zu verlassen. Sie hat das Handelsgymnasium abgeschlossen und nach der Schule bei einem Autohändler gearbeitet, bis ihr TPCAs Anwerbekampagne Einstiegslöhne von 16 500 Kronen, eine Wohnung und eine lebenslange Perspektive versprach. Jetzt lebt sie im Wohnheim, weil sie sich von 14 000 Kronen brutto keine Wohnung für 8000 Kronen leisten kann. Sie arbeitet in der Qualitätssicherung. Wenn ein Teil auf dem Band auf sie zukommt, hält sie einen Eisenhaken an die Schweißnaht und schlägt mit einem Hammer drauf. Wenn die Schweißnaht hält, darf das Teil weiterlaufen. »Ich muss den Hammer in der linken und den Haken in der rechten Hand halten. Sonst kommt ganz schnell einer von der Überwachung und gibt mir einen Rüffel.« Bei Bandstopps außerhalb der Pausenzeiten muss sie weiter arbeiten und z.B. ihr Stückchen Fußboden fegen, selbst wenn dort kein Staubkorn liegt. Als sie nach einem Monat Krankheit zur Arbeit zurückkam, »haben sie mich an einen anderen Arbeitsplatz zu vollkommen neuen Leuten gesteckt. Ich musste wieder ganz bei null anfangen.« In den Produktionshallen hängen Schilder wie »Ich mache ein fröhliches, energisches und lächelndes Gesicht.« »Sie wollen immer, dass wir gesellig sind und kommunizieren. Dann bekommt unser ›Shop-Leiter‹ 10 000 Kronen in die Hand und wir gehen alle zusammen in eine Kneipe und schlagen uns mit dem Geld für die Kommunikation unter den Beschäftigten den Bauch voll und betrinken uns,« schildert die junge Arbeiterin das System der ständigen Mobilisierung.[8]

Andere Arbeiter kritisieren ebenfalls die Arbeitsorganisation und das Arbeitstempo. »Es ist ein unglaublicher Drill; wir setzen Schraubenmuttern auf die Räder, eine ganze Stunde lang, immer das Gleiche. Und für 14 000 brutto, dabei sind der Energiesektor und die Autoindustrie in Frankreich die bestbezahlten Branchen,« beklagt ein 36-jähriger Arbeiter aus Ostböhmen. Ebenso kritisch sieht er die Wohnbedingungen in den Unterkünften, wo es weder Kühlschränke noch Kochgelegenheiten gibt. »Mich hält hier nur die Chance auf eine Beförderung, wenn wir warten und die Gewerkschaft sich drum kümmert, haben wir hier vielleicht irgendwann mal Löhne wie bei Škoda in Mladà Boleslav.«[9]

Tatsächlich gibt es bei TPCA schon eine Gewerkschaft, aber an der Gründung der Betriebsgruppe von OS Kovo war das Management der Fabrik sehr aktiv beteiligt.[10] Andererseits meinen sogar die Kommentatoren der Mainstreampresse unisono, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis sich die ArbeiterInnen bei TPCA ihrer kollektiven Macht bewusst werden und höhere Löhne fordern. So sondierten die Journalisten während des Streiks bei Škoda im Frühjahr 2005 sofort die Stimmung bei TPCA, ob sich dort nicht zufällig etwas Ähnliches zusammenbraute.

Die Zuliefererfirmen

Den wichtigsten Teil der tschechischen Autoindustrie stellen die über 300 Zulieferer dar (davon mindestens zwei Drittel mit ausländischem Kapital) – sie halten den größten Anteil an der Gesamtproduktion (56 Prozent), an der Gesamtbeschäftigung und am Gesamtgewinn. Ein Teil der Zulieferfirmen stammt aus dem Inland, aber die meisten haben die Produktion hierher verlagert oder ausgeweitet. Von allen 57 japanischen Produktionsbetrieben in Tschechien arbeiten 34 (die 70 Prozent der japanischen Investitionen repräsentieren[11]) direkt für die Autoindustrie. Angeblich hat schon jeder dritte deutsche Zulieferer einen Betrieb in



Ost- und Mitteleuropa[12]; die meisten dieser 85 Firmen sollen in Tschechien produzieren[13]. Viele dieser Betriebe sind an Škoda und TPCA angeschlossen. Sie liefern aber auch an andere Autohersteller, vor allem nach Westeuropa und zukünftig auch die Werke von Kia und PSA in der Slowakei. Zum Beispiel liefern etwa 30 Firmen aus Tschechien Teile an Ford, das hier keine direkte Produktion hat. Ebenso liefern Dutzende von Firmen Teile an die Volkswagen-Werke (ohne Škoda) – allein im Jahr 2004 für eine Milliarde Euro. Gerade an den vielen in Produktionsketten miteinander verbundenen und dadurch auch politisch hoch anfälligen Autozulieferern wird die Bedeutung der Autoindustrie für Tschechien sichtbar.

Zu den größten Zulieferern gehört Contintental in Otrokovice mit 4500 ArbeiterInnen – mittlerweile die größte Fabrik für PKW-Reifen in Europa. Sehr wichtig ist auch Bosch in Jihlava, wo 5800 Beschäftigte Komponenten für Dieselmotoren herstellen. In einem weiteren Bosch-Werk in Ceské Budejovice stellen 2000 ArbeiterInnen PKW-Komponenten her. Angeblich gehören zu den Kunden alle großen europäischen Autohersteller, ein Teil der Produktion wird aber auch an asiatische und südamerikanische Autohersteller exportiert. Andere Zulieferer in Tschechien sind Autopal (Visteon) in Nový Jicín mit 4500 ArbeiterInnen, Siemens Automotive in Frenštát mit 1200 Beschäftigten, Kiekert in Prelouc mit 1400 Beschäftigten usw.

Aber trotz der Bedeutung der Zulieferer lassen sich nur sehr schwer die Klassenprozesse beschreiben, die sich bei ihnen abspielen. Das liegt auch daran, dass sie im »Schatten« der Automobilhersteller stehen, in deren Produktion sie eingebunden sind, und dass wenig offizielle Informationen zur Verfügung stehen. Das wiederum hängt eng damit zusammen, dass die Zulieferer in Ermangelung von offenen Kämpfen für die Presse bisher nicht »politisch interessant« waren.

Ausblick

Schon jetzt ist sicher, dass die Autoindustrie in Mittel- und Osteuropa spätestens seit Ende der 1990er Jahre als wichtigster Motor der Industrialisierung und der kapitalistischen Akkumulation fungiert. Das ist natürlich die Sicht des Kapitals. Ob die Automobilindustrie auch aus Sicht der Arbeiterklasse eine zentrale Rolle spielt – auch wegen ihrer geographischen Verlagerung aus Westeuropa nach Osten –, wird nicht zu erkennen sein, solange sich kein neuer Zyklus des Klassenkampfs entfaltet. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, dass die Arbeiterklasse nicht etwas Abstraktes, dem Kapital fremd gegenüber Stehendes, sondern ein integraler Bestandteil des Kapitals ist und dass ein enger Zusammenhang zwischen konkreten Formen der Ausbeutung und konkreten Formen des Klassenkampfs besteht. Die Punkte, an denen das Kapital am stärksten ist, könnten sich aus Sicht des Kampfs der Arbeiterklasse also als seine größten Schwachpunkte erweisen.

Um über einen reinen »Lagebericht« hinauszugehen, werden wir vor allem gründlich untersuchen müssen, wo genau sich die wichtigsten Konfliktpunkte mit Bedeutung für potenzielle Kämpfe befinden. Ebenso werden wir herauskriegen müssen, ob und wie die ArbeiterInnen diese neue technische Zusammensetzung gegen das Kapital selbst wenden können und welche Formen des Widerstands entstehen. Offizielle Presse und Statistiken helfen bei diesen Fragen nur begrenzt (auch wenn es ohne sie nicht geht). Eins der wichtigsten Mittel, um die Informationsbarriere zu durchbrechen, können direkte Gespräche mit ArbeiterInnen sein. Sie können auch dazu dienen, Erfahrungen zwischen den einzelnen »Konfliktpunkten« und konkreten Kämpfen zu vermitteln und damit zu ihrer weiteren Entfaltung und zur politischen Selbstreflexion der ArbeiterInnen über ihre Ausbeutungsbedingungen beizutragen. ■

Lustreisen und Schmerzgrenzen

VW-Modell am Ende?

VW nimmt eine Sonderstellung unter den deutschen Autobauern ein. Nein, über Verluste im »operativen Geschäft« klagen sie alle. Besonders ist die Art und Weise der Einbindung der Gewerkschaftsführung in die Geschäftsleitung. Sie basiert wesentlich auf einer staatlichen Existenzgarantie für den Konzern – durch eine Sperrminorität bei VW kann das Land Niedersachsen verhindern, dass jemand größere Aktienpakete aufkauft, wenn der Kurs allzusehr abstürzt. Auf dieser Basis haben es die IGM und der Betriebsrat in der Vergangenheit geschafft, Werkschließungen und Auslagerungen im großen Stil zu verhindern. Aber diese »Erfolge« des BR, die auf den Ängsten der Belegschaft aufbauen, haben ihren Preis gehabt. Um die ArbeiterInnen zu Produktivitätssteigerungen anzuhalten, hat die Firma einen internen Konkurrenzkampf eingeführt. Die Betriebsräte der einzelnen Werke führen regelmäßig Workshops durch, auf denen Möglichkeiten einer weiteren Verdichtung der Arbeit ausgelotet werden. Ein anderer Ausdruck davon sind sowohl konzerneigene Subunternehmen wie AutoVision und Auto 5000 mit eigenen Tarifen, »Spartentarifverträgen« usw. als auch eine Vielzahl von verschiedenen Schichtmodellen.

Mit dieser Politik hat es VW über 50 Jahre lang geschafft, alle größeren Arbeitskonflikte zu umschiffen. Doch langsam stellt sich die Frage, wie lange diese Politik noch zu halten ist. Ohne wirkliche Einschnitte bei den Löhnen und Arbeitszeiten breiter Teile der Belegschaft verlieren die »innovativen Projekte« wie eben Auto 5000 ihren Sinn. Und hier knirscht es im VW-Gebälk: Sie sind vor allem mit dem (vagen) Versprechen durchgesetzt worden, dass man den ArbeiterInnen die Möglichkeit eines Wechsels in die Mutterfirma und damit den Haustarif bietet. Das funktioniert allerdings nur solange, bis die ArbeiterInnen auch die Einlösung der Versprechungen einfordern. Dass Auto 5000 gerade ausläuft und zur Neuverhandlung ansteht, markiert einen solchen Punkt. VW muss dem »jüngeren« Teil der Belegschaft irgendwie verklickern, dass er alle Hoffnungen auf »bessere Zeiten« begraben muss. Was also tun? Zunächst einmal wird die Gewerkschaft diskreditiert. Im Herbst letzten Jahres wird von den Medien der allgemeine Zustand der persönlichen Korruption in den gewerkschaftlichen Vertretungsstrukturen skandalisiert. Lustreisen für die Betriebsräte, Dienstwagen auch für Vertrauenskörperleitung usw. Kurz darauf setzt die Geschäftsleitung nach, die Kündigung des aktuellen »Beschäftigungstarifvertrages« wird öffentlich erwogen. Schließlich sattelt sie um den Jahreswechsel herum noch eins drauf: Ein »hartes Sanierungsprogramm« wird angekündigt und nebulös von »20 000 Stellen« gesprochen, die zur Disposition stünden. Alles gehöre auf den Prüfstand. Das erste Ziel: Angst machen. VW hätte auch klare Vorhaben, etwa die Auslagerung bestimmter Unternehmensbereiche, formulieren können, belässt es aber auch bei Belegschaftsversammlungen bei vagen Andeutungen. Das zweite Ziel: Die Gewerkschaft mit im Boot behalten. Auch das funktioniert: Der politisch geschwächte Betriebsrat tritt umgehend in Verhandlungen ein und hilft mit, ein Sparprogramm überhaupt erst zu formulieren. Das dritte Ziel: Die Belegschaft irgendwie zur Mitarbeit bewegen. Das könnte der schwierigste Punkt werden. Angst kann dazu führen, dass alle nochmal einen Schlag mehr reinhauen, sie kann aber auch zu Resignation führen, und sie kann unvermittelt in Wut umschlagen. Im Moment lässt sich für uns die Situation nicht eindeutig einschätzen, aber es gibt immerhin leise Zeichen, die auf Konflikte schließen lassen – ein Krankenstand von mittlerweile acht Prozent in dem Vorzeigeprojekt Auto 5000 liegt viermal so hoch wie der angepeilte Richtwert und fast dreimal so hoch wie der bundesdeutsche Durchschnitt.

Das folgende **Gespräch mit drei Aktivisten** aus Braunschweig und Wolfsburg, alle um die 30, drehte sich vor allem um drei Komplexe: Zum einen geht es um eine Darstellung der mittlerweile völlig unübersichtlichen Tariflandschaft in den Montagehallen bei VW. Dann stellen sie dar, dass es nicht immer um Löhne geht, sondern die letztlich auch ein Druckmittel darstellen, um die Verdichtung der Arbeit zu erhöhen. Und schließlich geht es um die Reaktionen der verschiedenen Belegschaftsgenerationen.

Kann man angesichts ihrer Vielzahl die einzelen Tarife bestimmten Abteilungen zuordnen oder richtet sich das in erster Linie nach Eintrittsdatum?

A: In vielen Bereichen geht es nach dem Eintrittsdatum, d.h. je später, desto weniger. Allgemein überwiegen im Fachbereich – Entwicklung, Instandhaltung – die alten Haustarife. In der Montage ist der Übergang am flüssigsten, da kann man Hand in Hand mit den verschiedenen Tarifen arbeiten. Die Parole »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« ist da völlig lächerlich.

Gibt es wenigstens für die, die vor relativ kurzer Zeit angefangen haben, z.B. bei der Autovision, die Perspektive, in einen anderen Bereich aufzusteigen?

B: Schwer zu sagen, es ist nicht einfach, diese ganzen Verträge einzulesen. Aber z.B. bei Auto 5000 gibt es überall Klauseln, dass die mal übernommen werden können. Das sind ja Projekte, die über soundsoviele Jahre laufen und dann muss neu verhandelt werden. Auch die Azubis, die jetzt ausgeliehen werden nach Auto 5000, arbeiten da eine gewisse Zeit und werden theoretisch übernommen in den anderen Vertrag, aber das ist nur auf dem Papier.

Geht es nur um Lohnsenkung oder auch um Arbeitsverdichtung?

A: Durch die konzernweiten Ausschreibungen einzelner Aufträge wird immer weiter an der Schraube gedreht. Um die Marrakesch-Produktion zu kriegen, wurde z.B. für den gesamten Bereich der Montage in Wolfsburg eine 20-minütige Erholpause gestrichen und ein besonderes Schichtmodell für den gesamten Haustarif 1 eingeführt. Die haben einen anderen Schichtrhythmus und verpflichten sich zu regelmäßiger mehrwöchiger Dauernachtschicht. Wenn man sich freiwillig verpflichtet hat – z.B. wegen der Zuschläge –, kommt man da nicht so einfach wieder raus. Wer Probleme damit kriegt, muss das schon über einen Arzt regeln.

C: Für das Werk Braunschweig gibt es seit Herbst 2005 das Rationalisierungsprojekt »pro Braunschweig«. An drei Fertigungslinien sollte zunächst für vier Wochen auf Probe mit zwei anstatt mit drei AnlageführerInnen – bisher mit gemeinsamer Pause – produziert werden, verbunden mit zeitweiser erhöhter Stückzahl.

Wie kommen die aktuellen Drohgebärden der Geschäftsleitung bei den Beschäftigten an?

A: Es spricht sich rum, dass die Tendenz dahin zeigt, langfristig in einem Niedriglohnbereich zu arbeiten. Das macht VW nicht unbedingt attraktiver. Wir hatten allein für den Standort Braunschweig mit seinen ca. 100 Ausbildungsplätzen immer 3-4 000 Bewerbungen. Für den Sommer 2006 haben sie bislang 400 Bewerbungen.

Unter den Kollegen ist ganz klar die Stimmung, dass sie ihren Kindern nicht empfehlen werden, eine Ausbildung bei VW zu machen. Die kennen die Arbeit, die sie am Band erwartet und sagen: »Für das Geld, vergiss es!«

C: Die »Alten« haben weniger Angst. Bei den 50jährigen ist das Hasspotential enorm hoch. Sie haben noch die Aussicht, aussteigen zu können, und das momentan zu relativ guten Konditionen. Sie tun das mit dem Bewusstsein, dass alle nach ihnen nicht so gemütlich in Rente gehen werden. Schwierig ist unser Alter, irgendwelche Träumer, die in den letzten Jahren tatsächlich noch angefangen haben, Häusle zu bauen, die sind eher vorsichtig.

B: Momentan ist die Erkenntnis, dass die sich teilweise richtig fett verkalkuliert haben. Die haben jetzt Panik.

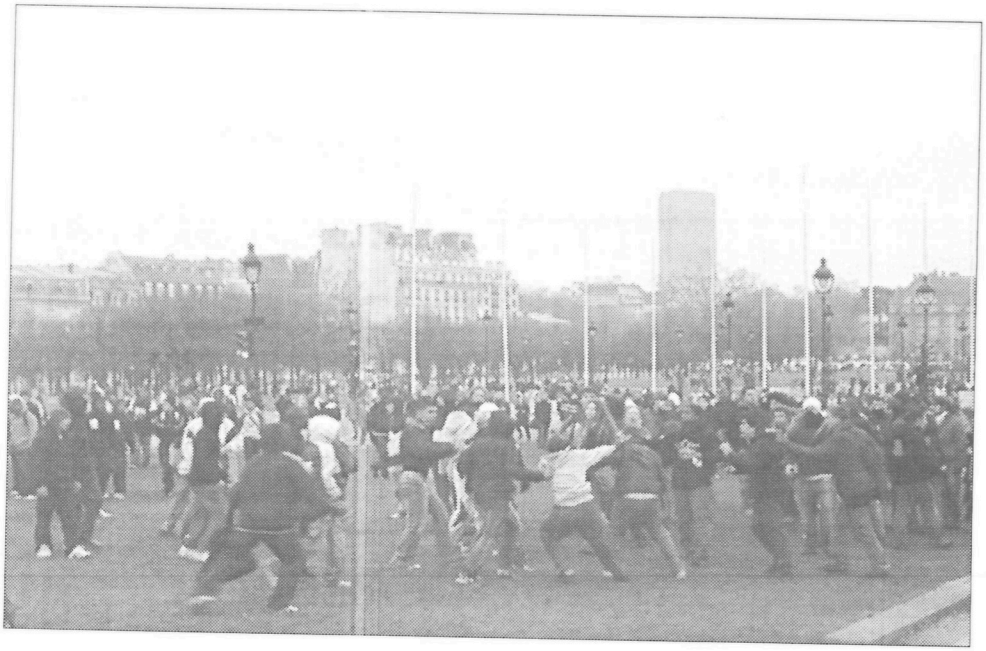
Das Problem ist, dass die nie gelernt haben, nach einer kollektiven Lösung zu suchen und keine entsprechenden Erfahrungen gemacht haben. In der Misere ist der Weg immer, für sich individuell eine günstig Lösung zu finden. Die machen dann Fortbildungen und so weiter, um für sich den Standard zu halten.

Entwickelt sich eine »Jetzt reicht's!«-Stimmung?

B: In diesem kleinem Werk in Braunschweig gibt es eher als in Wolfsburg die Tendenz, mal kollektiv was zu machen. Hier wurde die Erfahrung gemacht, dass man gemeinsam mal laut sein kann. Als die Meldung kam, dass mit dem Komponentenwerk was passieren soll, auslagern, verkaufen, was auch immer, wurde während der Arbeitszeit eine Betriebsratsinfo erzwungen. Der Betriebsrat musste sich vor die komplette Mannschaft stellen und sollte seinen Wissensstand mitteilen. Ein Druck aus der Masse ist in Wolfsburg eher nicht da. Je höher die gewerkschaftliche Organisierung, um so traditioneller und ruhiger sind die Kollegen.

C: Die Leute fühlen sich verarscht und sind dem BR gegenüber sehr ablehnend. Sie haben das Gefühl, sie werden über'n Tisch gezogen, werden nicht informiert. Aber bis jetzt ist da kein Handeln draus entstanden und auch nicht erkennbar. Der Krankenstand ist extrem niedrig. Die Leute murren, aber es fehlt das kollektive Erlebnis. Wenn alle versammelt sind, kann man mal offen den BR angreifen und kritisieren, dann ziehen die Leute schon mit. Die schweigende Masse steht tendenziell eher hinter einem. Sie kommen aber nicht aus sich raus. Jeder ist für sich sauer. ■

Eine zerfallende Gesellschaft oder eine Gesellschaft in Bewegung?



Dossier
Riots in Frankreich
www.wildcat-www.de

Derselbe Feind
von Nicole Thé /
La Question sociale
(deutsch und französisch)

Wir wollen nichts! Zum sogenannten Aufruhr in den Banlieues.
von Gilles Dauvé /
Troploin, 5. Februar 2006

Incendies sans paroles. On nous promettait l'Islam et le terrorisme, on a la question sociale!
von Charles Reeve /
Oiseau Tempête

Dancing with the wolves
von Yves Coleman /
Ni patries ni frontières

Les recentes violences dans les banlieues françaises sont difficilement solubles dans le combat général de classe – resumé des évènements
Mouvement Communiste

In der letzten *Wildcat* trugen wir zusammen, was im November 2005 in den Banlieues in ganz Frankreich geschehen war und wie die Ereignisse in der radikalen Linken in Frankreich diskutiert wurden. Einige längere Texte, die erst später fertig wurden, haben wir inzwischen auf unsere Website gestellt. Kurz danach ging in Frankreich die neue Bewegung gegen das CPE los. Das Gesetz zur Einführung einer zweijährigen Probezeit für Berufseinsteiger bis 26 war am 8. März verabschiedet worden. Bereits vorher waren an einigen Unis Aktionen dagegen gestartet worden, die sich dann im März zu einer großen Protest- und Besetzungswelle an Unis und Oberschulen ausweiteten. Viele hunderttausend Menschen gingen auf die Straße. Im Quartier Latin und anderswo brannten Autos, Barrikaden wurden gebaut.

Die Bewegung hat sich an einem Anlass – dem CPE – entzündet, sie ging von unten los und breitete sich frankreichweit sehr rasch aus. Die großen Gewerkschaftsverbände versuchen, die überraschende Gelegenheit zu benutzen, um wieder mehr Einfluss zu gewinnen – die Regierung hatte den Gesetzesentwurf nicht mit ihnen beraten. Grundsätzlich sind sie bereit zu flexibleren Arbeitsverträgen – sie beraten selbst seit Monaten einen eigenen Entwurf –, fordern aber eine bessere staatliche Absicherung. Die Regierung steht unter dem Druck der Wahlen im nächsten Jahr und ist von Rivalitäten zerrissen. Es ist also jede Menge politischer Taktik im Spiel. Einer Bewegung, der solche Spielchen scheißegal sind, öffnet gerade das den Raum, um sich zu entfalten – und danach sieht es im Moment (Stand: 29. März) aus.

Die Auseinandersetzungen mit der Polizei sind heftig – einerseits spielen darin Jugendliche aus den Trabantenstädten eine Rolle, andererseits gibt es Jugendgangs, die auf die Demos gehen, um die Demonstranten zu beklauen. (Siehe **Seite 40** ff.)

Diese Spaltung der Gesellschaft in Interessengruppen, die für ihre unmittelbaren Ziele kämpfen und nicht zusammen kommen, ist das Thema des Textes von **Gilles Dauvé:** ***Wir wollen nichts!***, den wir in stark gekürzter Form auf **Seite 33** ff. veröffentlichen. Den vollständigen Text findet Ihr auf deutsch auf *www.wildcat-www.de.*

Im Dezember 2005 haben Genossen in Nantes mit jungen Leuten geredet, die bei den Aktionen im November beteiligt waren und verhaftet wurden. Sie wollten kapieren, was sie vorhatten, ob es so was wie Diskussionsstrukturen gibt, und was sie sich überhaupt so über die Gesellschaft denken. Das **Interview** haben *Boby et les Cosaques* mit einem der Verhafteten geführt; er ist 17 und nennt sich hier aus Sicherheitsgründen ACAB. (**Seite 39**)

Gilles Dauvé

Wir wollen nichts!

Zum sogenannten Aufruhr in den Banlieues [Auszüge]

Troploin, 5. Februar 2006

Die Übersetzung des gesamten Textes findet Ihr auf www.wildcat-www.de im Dossier **Riots in Frankreich**

Die Geschichte ist gewalttätig

Die Explosion eines Teils der mittellosesten Jugend entkräftet den Mythos von der allgemeinen Passivität und widerspricht dem herrschenden Pazifismus.

Wer niemals den Wunsch verspürt hat, alles kaputt zu machen – auch auf die Gefahr hin, sich darin zu verlieren – wird niemals die Welt und auch nicht sich selbst verändern. Prinzipielle Ablehnung der Gewalt bedeutet, den herrschenden Zustand zu akzeptieren. Bevor man das Niederbrennen eines Kultur- und Sozial-Zentrums beklagt, sollte man fragen, welche Sozialisation und welche Kultur es denen gebracht hat, die es eingeäschert haben.

Keine Gewalt ist an sich positiv oder negativ

Im November 2005 ging es in Frankreich nicht darum, etwas zu verteidigen, sondern nur um eine Reaktion. Deswegen waren direkte Zusammenstöße mit der Polizei selten. Demonstranten, die entschlossen sind, eine Fabrik, ein öffentliches Gebäude oder die Straße zu besetzen, treffen früher oder später auf Einheiten, deren Aufgabe es ist, sie daran zu hindern. Im vorliegenden Fall legten die Jugendlichen Brände oder zerstörten und versuchten der Polizei zu entkommen, ohne einen Ort zu besetzen oder etwas mitzunehmen.

Da ihre Gewalt kein anderes Ziel fand als ihren eigenen Ausbruch, lehnt sie jede Politik und somit jede Vereinnahmung ab. Die Machthaber standen ohnmächtig vor einer Eruption, die ihre Leere aufdeckte. Parteien, Gewerkschaften und Organisationen fordern mehr Lehrer, mehr Erzieher, mehr Sportplätze, mehr von all dem, was es schon gab und das in dem mündete, was wir gesehen haben. Die Linke hat zu keinem Zeitpunkt andere Lösungen als die Rechte präsentiert.

Aber die Leere ist auch in der Haltung der Bevölkerung dieser Viertel präsent, auf jeden Fall in ihrem öffentlichen Ausdruck. »Tot für nix« konnte man auf den T-Shirts bei den lokalen Demos nach dem Tod der beiden Elektrokutierten lesen. Man machte aus ihnen keine Märtyrer für eine Sache. Es gab keine *Sache*, nur Opfer. Die Reaktion war dieselbe angesichts des Mannes, der getötet wurde, weil er eine Straßenlaterne fotografiert hat. Unfall, Mord, Bande, Polizei, alles entstanden aus dem Absurden, aus einer gesellschaftlichen Tragik, für die es keine andere Erklärung gibt als Ungerechtigkeit, Rassismus und Intoleranz.

Zur Gefahr einer Unterklasse

Seit fast 200 Jahren muss die moderne Gesellschaft eine Bevölkerung verwalten, deren Größe variabel ist, die sich aber periodisch erneuert, oft unruhig ist und die aus dauerhaft, manchmal lebenslang Nichtbeschäftigbaren besteht. Solange sie in ihren Vierteln bleiben, hilft die öffentliche und private Wohlfahrt, ihr Überleben zu organisieren. Wenn sie unruhig werden oder, noch schlimmer, aus ihren Vierteln herauskommen, schickt man die Nationalgarde.

Egal ob der Staat von viktorianischen Bürgern, den Managern des Wohlfahrtsstaats oder den heutigen Liberalen geführt wird, er ist nicht dazu da, alle zu integrieren oder ruhig zu stellen. Die große soziale Feuerwehr rückt nur aus, wenn ein Flächenbrand droht. Für die Interessen des Kapitals ist ein dauerhafter Rand langfristig untragbar, der sich über Generationen hinweg reproduziert und im Widerspruch steht zur für die Verwertung notwendigen Mobilität. Der Kapitalismus kann keine Kastengesellschaft sein.

Das Soziale und das A-soziale

Die Mächte im Amt oder diejenigen, die eines anstreben, beklagen die völlige Auflösung des »gesellschaftlichen Zusammenhalts«. Viele soziale Bindungen wirken zusammen, um eine Gesellschaft zu bilden. Doch wenn das Wort einen Sinn hat, kann *der* soziale Zusammenhang nur der herrschende sein: in der Gesellschaft des Kapitals und der Lohnarbeit sind dies Kapital und Lohnarbeit.
Wer die Auflösung von Beziehungen (zwischen den Klassen und zwischen den Menschen) bedauert, die so viel Unglück und Schrecken hervorgebracht haben, hält es für möglich, die guten Seiten der heutigen Welt zu bewahren und sich nach und nach der schlechten zu entledigen. Doch noch niemand hat ein Mittel gefunden, um die Spreu (die Entfremdung, das Elend ...) vom Weizen (höhere Lebenserwartung, die Möglichkeit, zuhause Mozart

zu hören ...) zu trennen. Ein Reichtum, der auf Armut beruht, ist keiner und verdirbt die Lebenserwartung und die Musik.

Dieser so kostbare soziale Zusammenhang, gegen den angeblich Hirnlose einen neuen Schlag führen, hat zwei Weltkriege und viele kleine Kriege, den Nazismus, koloniale Scheußlichkeiten und die periodische Verarmung der Mehrheit nicht verhindert, eben so wenig wie er den Samstagabendalkoholismus und das Reality-TV verhindert. Er begleitet im Gegenteil all das. Er *ist* all das.

Die revolutionäre Frage dreht sich nicht darum, das Chaos zu vergrößern (damit beschäftigen sich schon andere Kräfte zur Genüge), noch darum, ein zerrissenes gesellschaftliches Gewebe zu flicken. Es geht auch nicht darum, eine Entgesellschaftlichung zu beschleunigen oder zu verhindern, sondern auf der Zersetzung und dem Zerfall der Ordnung eine andere Vergesellschaftung aufzubauen.

Wie kann man einen sozialen Zusammenhang herstellen, ausgehend von einem »tendenziellen Niedergang des sozialen Zusammenhangs«, der Teil der kapitalistischen Entwicklung ist und sich in Zeiten der Krise verschärft? Wenn man von der Solidarität ausgeht, die im Widerstand der Arbeit gegen das Kapital entsteht, wie kann man da gleichzeitig das Kapital und die Arbeit hinter sich lassen?

(Mit denen, die sich diese Frage nicht stellen, ist jede Diskussion unnütz. Mit denen, auf eine historische Periode warten, die selbst die Frage stellt, ist keine Diskussion möglich.)

Wenn eine Gesellschaft unter dem doppelten Schock harter Kämpfe um Forderungen und ökonomischer Störungen in die Krise kommt – wie in den 1970er Jahren –, dann brechen die herrschenden gesellschaftlichen Zusammenhänge auseinander und neue beginnen sich zu formen. Die Schranken zwischen dem Beschäftigten und dem Arbeitslosen, dem Arbeiter und Angestellten, dem Lohnarbeiter und der Hausfrau, zwischen dem, der arbeitet, und dem, der studiert, zwischen dem Einheimischen und dem Ausländer, dem ehrbaren Arbeiter und dem kleinen Delinquenten fallen. Das Bewusstsein spielt dabei zwar eine Rolle, der Prozess lebt aber vor allem von der Fähigkeit der Ausgebeuteten an der »Basis«, durch ihre Aktion – und nicht ohne Gewalt – andere Schichten mitzureißen, einschließlich eines Teils der »Mittelschichten«.

Der streikende Eisenbahner und der auf einem Bahnsteig blockierte Lohnabhängige haben nur dann eine gemeinsame Perspektive, wenn der Kampf des ersten über die Verteidigung seiner Gruppeninteressen hinaus geht und eine Situation hervorruft, in der sich der zweite wiederfindet – als Beteiligter an einer Aktion, die andere Prioritäten setzt, als pünktlich zur Arbeit zu kommen.

Wie stellen die Proletarier ihre Gemeinschaft her, wie gehen sie damit um oder verlieren sie? Wir werden hier nur drei Dimensionen davon ansprechen: Die Beziehung zwischen Einheimischem und Ausländer, zwischen Arbeitendem und Arbeitslosem, zwischen »anständigem« Arbeiter und Straftäter.

Einheimische und Ausländer: Von der Klasse zur Ethnie

In 20 oder 30 Jahren werden die Forscher studieren, wie am Ende des 20. Jahrhunderts die Klassifizierung nach *Rassen* sich disqualifiziert hat, während die *Ethnie* einen herausragenden Rang als Erklärungsfaktor im politischen und wissenschaftlichen Diskurs erlangte. Egal ob in Palästina, in Ex-Jugoslawien, in Ruanda oder in den Midlands, jeder Konflikt wird auf eine ethnische Dimension zurückgeführt, die als entscheidend dargestellt wird.

Der Kapitalismus integriert und desintegriert, eint und spaltet, macht gleich und hierarchisiert. Ende des 19. Jahrhunderts hat es im *Midi* [Südfrankreich] regelrechte Menschenjagden auf Italiener gegeben. Lange Zeit sind die polnischen Arbeiter im Norden ausgegrenzt worden. Die zuletzt auf dem Arbeitsmarkt Eingetroffenen sind immer am verwundbarsten und werden am meisten bekämpft von den besser gestellten Proletariern. Doch am Ende fügen sich die Ausgeschlossenen ein – auch in das politische Leben –, viele italienische und spanische Arbeiter [in Frankreich] zum Beispiel über die Gewerkschaften und den Stalinismus.

Neu ist, dass ein Teil der französischen Bevölkerung sich selbst als Ausländer sieht und auch so betrachtet wird, in einem Land, dessen Staatsangehörigkeit er – teilweise seit langem – besitzt. 1960 hoffte der nordafrikanische angelernte Arbeiter darauf, seinen Slum oder sein Wohnheim zu verlassen und »nach Hause« zurückzukehren. Obgleich der *Beur* von 2006 offensichtlich unter dem kolonialen Erbe leidet, ist er weder Einheimischer noch Immigrant, da er kein anderes Land als Frankreich hat. Hautfarbe und Name fügen der Enteignung nur noch die Diskriminierung hinzu.

Immigranten bringen nicht zwangsläufig Keime von Protest in das Land, wo ihr erstes Anliegen ist, akzeptiert zu werden. Aber ihre Außenstellung ermöglicht ihnen ein weniger angepasstes Verhalten und eine weniger vereinnahmte Sichtweise als die der »Inländer«. Das Maß der Integration der Arbeitsmigranten und ihre Teilnahme an den Kämpfen der einheimischen Proletarier hängt vor allem von der Dynamik des Einwanderungslandes ab. Ethnische Zugehörigkeit wird nur dann zu einer signifikanten sozialen Realität, wenn andere soziale Realitäten ihr den Platz dafür einräumen. In den Jahren um 1968 funktionierte das selbst dort

kaum, wo die Unternehmer versuchten, die Arbeiter entlang des Rassismus zu spalten, beispielsweise bei Simca oder Citroën.

Nicht der Schock der Arbeitslosigkeit, sondern das Scheitern der Kämpfe in der Fabrik und außerhalb, der Zerfall der solidarischen Gemeinschaften, in denen sich Franzosen und Ausländer mischten, der Verlust einer Arbeiteridentität, hat zu einem Rückzug auf sich selbst, einem Zugehörigkeitsgefühl zu einem Unternehmen, einer nationalen Identität oder Religion geführt. Auf sich selbst zurückgeworfen bezieht sich das Individuum auf die Gemeinschaft, die ihm bleibt. Warum haben sich die Pfingstkirchen in 20 Jahren so entwickelt, dass sie heute 300 bis 500 Millionen Gläubige zählen? Warum ist in Palästina die Hamas und nicht eine weltliche Partei gewachsen, indem sie ein breites Netz gegenseitiger Hilfe und Unterstützung geschaffen hat?

Auch wenn »Schwarze« (manchmal auch »Asiaten«) aktiver als die »Araber« waren, die wiederum zahlreicher als Gallier« [weiße Franzosen] beteiligt waren, kann man die Unruhen Ende 2005 nur verstehen, wenn man die Zuschreibungen zurückweist, die ein Phänomen erklären wollen, aber kaum für seine Beschreibung taugen. Dasselbe gilt für den Ausdruck *Bande*. Die Sekte ist eine Kirche, die es nicht geschafft hat, eine terroristische Vereinigung ist eine Partei, deren Gewalt als nicht legitim erachtet wird, genau so ist die Bande eine Gruppe, die zu schwach ist, um von der Gesellschaft akzeptiert zu werden.

Tatsächlich waren die aufständischen »Banden« gemischt: Maghrebiner, Schwarze und Weiße, letztere in der Minderheit, aber im Norden, vor allem in Amiens, häufig in der Mehrheit. Der bisher zur höchsten Strafe Verurteilte hat einen flämischen Namen.

Arbeiter und Arbeitslose: Der Niedergang des großen Integrators

Der Ausschluss von der Arbeit war nicht die alleinige Ursache für diesen November 2005. Ein Teil der Revoltierenden war 13 bis 18 Jahre alt und hatte nur geringe oder schlechte Schulbildung, aber ein anderer wahrscheinlich genauso großer Teil setzte sich aus jungen Erwachsenen zusammen, die in prekären Jobs tätig sind. Citroën (Aulnay-sous-Bois) und die Lagerhäuser von Garonor sind nicht die einzigen Unternehmen, die in den umliegenden Wohnblocks vor allem Zeitarbeiter rekrutieren. Dort ist keine soziale Wüste, die nur von Elend und Bandenwesen bestimmt ist. Es gibt auch viele Vereine, und die Zahl der Niederlassungen von größeren Firmen liegt, genau wie in amerikanischen Ghettos, dank der steuerbegünstigten Zonen im nationalen Durchschnitt. Mindestens ein Unternehmen hat gebrannt, weil es im Gegenzug zu den erhaltenen Subventionen vergessen hatte, Arbeitskräfte vor Ort zu rekrutieren.

Die Kinder und Enkel [des algerischen Massenarbeiters] sind heutzutage Teil der französischen Gesellschaft, unterscheiden sich kaum von den »waschechten Franzosen« in der Schule, im Supermarkt und auf der Straße, tragen die gleichen Klamotten wie andere Jugendliche ihres Alters. Aber den selben Musikgeschmack zu haben oder gemeinsam bei Sportereignissen mitzuzittern, vereint nur für die Zeit des Spektakels. Die Party konstituiert nicht die Gemeinschaft, sie bringt sie nur zum Ausdruck. Das jubelnde Volk am Abend des französischen Fußballweltmeistertitels 1998, der gefeiert wurde als der Sieg einer multiethnischen post-rassistischen und toleranten Gesellschaft, war absolut kompatibel mit dem Sieg Le Pens im ersten Wahlgang bei den Präsidentschaftswahlen 2002. Der Sport bringt, wie das Fernsehen, zusammen ohne zu vereinigen.

Der Großbetrieb brachte mehrere hundert oder mehrere tausend Menschen an einem Ort zusammen, stellte Arbeiter, Angestellte, Ingenieure verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und Qualifikation Seite an Seite. Er schuf einen Ort der Begegnung und des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital, sowieso zwischen den Proletariern. Denn durch die Nähe und Auseinandersetzung unter den Proletariern bildet sich eine Gemeinschaft.

Die Großfabriken haben ihre Beschäftigtenzahlen reduziert (bei Fiat Mirafiori waren es vor 30 Jahren 50 000, heute sind es 7000), [die Betriebe] spalten sich in immer kleinere Einheiten auf. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der französischen Unternehmen ist zwischen 1980 und 1995 um ein Drittel gesunken. Für 20 Beschäftigte ist es einfacher, eine Toreinfahrt zu blockieren, als für zwei eine auch noch so kleine Tür. Die Zusammensetzung der Arbeitskraft wird homogener: Beim Wachpersonal besteht ein großer Anteil aus Schwarzen und Maghrebinern, in der Computerabteilung sind nur wenige von ihnen. Durch die Auslagerung sind Reinigung, Logistik und manchmal Leitung nicht mehr Aufgabe von Beschäftigten »der Firma«. Die Reinigung wird zunehmend von *Frauen* erledigt, die nicht zum Unternehmen gehören. Drei Millionen Arbeitslose erleichtern die »Diskriminierung« bei der Einstellung: Der Unternehmer hat nur noch die Qual der Wahl. Die Deindustrialisierung hat das befreit, was ein Soziologe die »separatistischen Tendenzen unserer Gesellschaft« genannt hat.

Auch wenn der Befund banal ist, seine Konsequenzen sind dies keineswegs. Arbeit ist nach wie vor als Quelle des Selbstwertgefühls und vor allem sozialen Zusammenhalts von Bedeutung. Da die Hochgeschwindigkeitsgesellschaft den unmittelbaren Zugang zum Vergnügen preist, ist es nicht verwunderlich, dass derjenige, der nichts auf seiner Scheckkarte hat, klaut und zerstört.

Die jugendlichen Aufständischen geben der Gesellschaft die Botschaft zurück, die diese uns seit zwanzig Jahren unentwegt predigt: das Loblied auf den Konsum und das schnelle Geld (auf Kredit kaufen, heißt mit Geld zu bezahlen, welches man morgen haben wird), Verachtung für körperliche Arbeit und schwere Maschinen, Kult des Immateriellen und der *New Economy Coolness*. Im Vergleich mit dem Informatiker haben Metallarbeiter, Bergleute und Hafenarbeiter keinerlei Prestige. Beaud und Pialoux haben es in ihren Untersuchungen über Sochaux herausgearbeitet: Die Söhne und Töchter der Peugeot-Arbeiter bei können sich keine Zukunft als ArbeiterInnen vorstellen.

Stéphane Beaud, Michel Pialoux, **Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Belfort-Montbéliard** Konstanz 2004.

Vgl. die Buchbesprechung in *Wildcat* 75: »Die Arbeiterschaft leidet unter einer spezifischen Traurigkeit, die nur durch politische Betätigung geheilt werden kann«

Nicht alle werden zukünftig ihr Leben mit einem Mausklick bestreiten können. Solange so etwas wie sozialer Aufstieg funktioniert, kann man versuchen, der Arbeiterrealität nach oben zu entkommen. Aber wenn selbst die Mittelschichten Angst vor Arbeitslosigkeit haben, wenn zahlreiche Kinder von Führungspersonal Grundschullehrer werden (und damit weniger betuchten Familien eine Aufstiegsmöglichkeit rauben), wenn Fachabiturienten auf Telemarketing machen, führt der Ausweg aus der Arbeiterrealität im allgemeinen in die Marginalisierung. Warum seine Energie in eine Ausbildung verschwenden, von der jeder weiß, dass sie in einem unbezahlten Praktikum enden wird, gefolgt von einer unsicheren Anstellung?

Der rechtschaffene Arbeiter und der Delinquent

Für den benachteiligten Jugendlichen gibt es zwischen legaler Gelegenheitsarbeit, Schwarzarbeit, dem Weiterverkauf eines vom LKW gefallenen DVD-Players oder ihn selbst zu klauen, keine klare Trennungslinie, nur verschiedene Abstufungen. Die am unteren Ende der Skala schaffen ihre eigene Welt mit ihren eigenen Regeln.

Romantisieren wir nicht die Illegalität. Diebstahl heißt Eigentum. Ein Dieb ist ein unrechtmäßiger Eigentümer. Er schafft nicht das Geld ab, sondern transferiert es.

Auf Geld zu verzichten heißt, sich seiner eigenen Rolle zu berauben, ob Bürger oder Delinquent. Als 1966 die *Provos* das Leben in Amsterdam umkrempelten und die Einkünfte der Unterwelt ins Visier nahmen, schlug diese sich auf die Seite der Polizei, um gemeinsam Jagd auf die Unruhestifter zu machen. Der Gangster mag die Ordnung.

Damit sich der Unterschied zwischen »Berufsverbrecher«, der auf illegale Weise zu Geld kommt, und Lohnarbeiter, der es rechtschaffen verdient, verringert, müsste das Geld seine zentrale Rolle im Leben von beiden verlieren. Wenn sich die wilden Streiks vervielfachen, sich von der Fabrik auf die Straße ausweiten und zu einem offenen oder untergründigen Aufstand werden, kommt der Moment, wo die direkte Aktion mehr soziale Genugtuung verschafft als die Objekte der Konsumgesellschaft. Der Lohnabhängige behandelt sich nicht mehr selbst als Werkzeug, das das notwendige Geld verdient, um *nach dem Arbeitstag* leben zu können. Die Erfahrung von Streiks und Unruhe auf der Arbeit zeigt, dass er besser und intensiver leben kann, wenn er kollektiv das Fließband und die Hierarchie bekämpft.

Der Verfall des Geldes wird natürlich den Bankier wie den Einbrecher zwingen, sich eine andere Beschäftigung zu suchen. Doch nur die am wenigsten in der kriminellen Ökonomie verwurzelten Illegalen schließen sich an, um die Gesellschaft als solche in Frage zu stellen. Die Ausweitung nicht marktförmiger und brüderlicher sozialer Beziehungen, die weder in einer Woche noch überall im selben Rhythmus geschaffen werden, wird nicht verhindern, dass einige die vorübergehende Unordnung ausnutzen, um sich individuell zu bereichern. Die Revolution wird darauf eine Antwort finden müssen, vor allem durch die Verallgemeinerung der Vergemeinschaftung, manchmal aber auch durch Gewalt.

Im November 2005 war man weit von diesem Punkt entfernt, doch die Feuer der Revolte konfrontierten die Gesamtheit der Proletarier mit dem, was sie trennt und was sie eint. Man kann nicht von einem »Krieg zwischen Armen« sprechen: auch wenn das Anzünden von Autos, die Unterbrechung des öffentlichen Nahverkehrs und die Zerstörung von Kinderkrippen das Leben derjenigen verkompliziert hat, die eine Anstellung haben, hat es glücklicherweise keine Selbstverteidigungsmilizen gegeben. Die Proletarier ließen sich zwar nicht gegeneinander aufhetzen, kamen aber auch nicht zusammen. Der Graben zwischen denen, die gemäß der Norm zu leben versuchen, und denen, die diese an die Ränder stößt, war weniger tief als es aussah.

Die Gesellschaft erntet das, was sie gesät hat. Sie kann nicht die ökonomischen Regulierungen schleifen, ohne die destabilisierenden Konsequenzen auf sozialer Ebene zu spüren zu bekommen. Sie kann nicht weiter das Gesetz des Dschungels im Wirtschaftsleben favorisieren und sich darüber beklagen, dass ein Teil der Ausgesonderten das Gesetz des Stärkeren anwendet. Die Wagenanzünder

sind Sozialdarwinisten. Deswegen und nicht wegen falscher Absichten werden zumindest auf kurze Sicht die staatlichen Gegenmaßnahmen nur kosmetische und repressive Auswirkungen haben.

Von der »common decency« zum »Respekt«

Ein Hauptmerkmal der Niederlage der Proletarier seit 20 oder 30 Jahren war die Zerschlagung der elementaren Solidarität, die ebenso eine Bedingung, wie ein Ergebnis der Kämpfe war. Es gab nie eine gesellschaftliche Bewegung ohne das, was George Orwell die *common decency* [Anstand] nannte: Seinen Arbeitskollegen oder seinen Wohnungsnachbarn nicht als Konkurrenten oder als Ausländer, sondern als Seinesgleichen zu behandeln. Es versteht sich nicht nur von alleine, seinen Briefkasten nicht zu demolieren, sondern ihm zu helfen und auf seine Hilfe zählen zu können, mit ihm zu interagieren. Ein bescheidenes Beispiel wäre die Fähigkeit der alleinerziehenden armen schwarzen Frauen in den USA, in ihrem Wohnblock eine kollektive Küche und die Hausarbeit zu organisieren. Dieses Minimum wird keine Revolution ausmachen; ohne dieses Minimum wird aber eine Revolution nicht möglich sein. Es entsteht nicht durch Urzeugung, sondern durch gemeinschaftliches Leben und daraus folgenden gemeinsamen Werten an einem gemeinsamen Ort: dem Volks- und/oder Arbeiter-Viertel.

Zwischen dem Besitzer einer kleinen Bäckerei, dem Büroangestellten und dem Grundschullehrer mag es Unterschiede oder Gegensätze gegeben haben, aber sie wohnten an einem Ort, wo die Mehrheit (direkt oder indirekt) von der Industrie lebte, einschließlich sehr kleiner Unternehmen, mit einer relativ wohnungsnahen Arbeit. Dieser Raum war auch ein Zeit-Raum, mit seinen Festen, auch seinen Kämpfen, die eine Zugehörigkeit erzeugten. Aus der Identifikation mit einem *Wir* gegen ein *Sie* folgten auch Regeln. »Man überschreitet keine Streikpostenkette«, hieß es in den Vereinigten Staaten. In dem Film *Looks and Smiles* verbietet einer seinem Sohn, in die Armee zu gehen, die Streiks bricht. Es gibt Dinge, die gemacht werden müssen, andere die man nicht macht, und die Abgrenzung muss nicht gerechtfertigt werden, denn sie liegt auf der Hand.

Die Krise von 1929 hatte die *common decency* übel zugerichtet, aber nicht zerstört. Die Fabriken schlossen, aber man hatte gehört, dass sie wieder aufmachen würden, die Frage war allein *wie*. Heute gibt es möglicherweise in Europa genau so viele Arbeitslose wie 1930, aber jeder weiß, dass eine große Zahl Fabriken geschlossen bleiben werden oder in Osteuropa oder im Osten wieder aufmachen, und dass vor allem ein bestimmter Typ Arbeit verschwindet. 1929 waren Millionen von Arbeitern arbeitslos. Jetzt gibt es Millionen Ex-Arbeiter, Nicht-Arbeiter. Früher wurde jeder große Streik oder jede große Demonstration von der Idee getragen, dass eine andere Welt möglich ist, und dank einer solchen Hoffnung konnte die *common decency* umgesetzt werden.

Bevor dieses mögliche *Anderswo* [*ailleurs*] in die Krise kam, hatte das Volks-Viertel kurze Zeit in der Form der Trabantenstädte als *Grand ensemble* seine Fortsetzung gefunden. Der französische Name geriet außer Mode, als das, was er bedeutete [großes Zusammen], aufhörte zusammenzubringen. Um 1960 haben für wenige Jahre der Arbeiter, der Vorarbeiter, der Angestellte und der Beamte zusammen gewohnt. Mit der Zeit und mit der Krise Mitte der siebziger Jahre wurde das *Grand ensemble* zur Wohnstätte der Ärmsten. Sein Niedergang zeigt sich daran, dass es seinen Namen verlor und *cité* getauft wurde nach Art der früheren Arbeiterstädte, die es übertreffen sollte (die Arbeiter selbst sollten sich als spezifische Schicht auflösen und in einer großen lohnabhängigen Klasse aufgehen). Der Fortschritt und sein Vokabular wichen um ein Feld zurück.

Und deshalb ist euer Aufständischer stumm

Mehr als einer von zehn Franzosen wird wohl sein Blog haben. Wenn morgen die Maschine zum Verfassen von Versen auf den Markt käme, hätte dieses Land sechzig Millionen Poeten. Auf dieses überschwemmende Geplapper haben die Aufrührer mit Leere geantwortet, ohne es zu wollen, denn sie wollen auch schnell leben. Es ist kein Zufall, dass sie sich durch Feuer ausgedrückt haben, ein Feuer, das nicht wärmt, sondern verzehrt. Der Lichtschein blendet, im grauen Morgen danach bleibt nur schwarze Asche. Kein Flugblatt, kein Sprecher und nur selten ein Wort.

Da wo früher der Demonstrant oder Aktivist sich einen Zusammenhang suchten, eine doktrinäre Autorität, da gibt sich der Globalisierungsgegner [*altermondialiste*] oder Radikale des Jahres 2000 pragmatisch und erfindet seine Bezüge nach Bedarf. Der Jugendliche der Cités geht weiter oder ins Diesseits: Es gibt nicht nur keine große Gründungserzählung, sondern gar keine Erzählung mehr.

Der Aktivist vergangener Zeiten hatte auf alles eine Antwort. Dem jungen Aufrührer von 2005 fehlen die Worte, um sich auszudrücken. Alles ermutigt ihn, dass er auf Dauer in einem »Soziolekt« verharrt, was seinen Rückzug auf sich selbst und auf eine Mikro-Gruppe verschlimmert. Alles, einschließlich der Verengung der elektronischen Mitteilungen [SMS] ebenso wie eine Musik, die für eine sehr abgegrenzte Jugend formatiert ist. Der Blues der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Sü-

den der Vereinigten Staaten drückte das Schicksal und die Hoffnungen der Schwarzen aller Altersgruppen aus und nahm Sängerinnen auf (selbst wenn die Blues*men* in der Mehrheit waren). Im Rap kommuniziert nur eine – fast rein männliche – Generation. Der Rap ist ein Spaltungsfaktor mehr.

Eine Sprache von Entwurzelten ist Trägerin von Subversion, wenn diejenigen, die sie – weniger von Blut und Boden gefangen als die anderen – gebrauchen, sich gegenüber den anderen öffnen, um ihnen etwas zu sagen. Die sogenannte Sprache der Banlieue hat zwar ein »mehrheitliches« Erscheinungsbild auf Grund ihrer Anleihen am umgangssprachlichen Französisch, am *Verlan* [eine Art Geheimsprache, bei der die Silben in umgekehrter Reihenfolge gesprochen werden], am Arabischen, am Kreolischen..., aber sie verschließt sich über ihre Singularität. Die Sprache der Cités und ihre modische Beliebtheit in den Medien sind ein ergänzendes Symptom des Zerfalls, der Desaggregation.

Morgen ...

Parzellen-Kämpfe, die sich gegen den Niedergang der Errungenschaften stemmen, sind der Hintergrund für die Implosion der Vorstädte in Frankreich. Nicht dass früher die Mehrzahl der Kämpfe offensiv gewesen wäre, aber man stellte Forderungen mit der Hoffnung, ein kleines bisschen zu einer besseren Zukunft beitragen zu können. Die Einlösung der Forderung krönte eine kollektive Anstrengung, die an sich schon positiv war. Heute enthält die Forderung nichts außer sich selbst. Der Proletarier erkennt sich in kaum einem Kampf wieder, den andere Proletarier führen, vor allem wenn diese zu einer soziologisch weit von der seinen entfernten Schicht gehören. Wer ein greifbares Resultat erzielt, vor allem feste Arbeitsverhältisse, gilt als privilegiert, und wer aus den Randschichten kommt, bleibt noch isolierter. Die Aufrührer der Vorstädte haben nicht mehr oder weniger Solidarität mit dem Rest der Proletarier bewiesen, als diese ihnen gegenüber gezeigt haben.

Was man 1848 als die Bedingungen für eine Revolution ansah, scheint der heutigen Situation ziemlich nahe zu kommen. Sie hat sogar das, was – wie Marx seit 1850 dachte – 1848 fehlte, was aber von der Ausweitung des Kapitalismus produziert werden würde. Eines der Ziele des *Kapital* war es zu zeigen, dass das dem Kapital innewohnende Wesen diese Bedingungen historisch herstellt. Sie scheinen 2006 viel mehr gegeben als 1867: eine starke Verbreitung der Lohnarbeit auf allen Kontinenten (ausgenommen nur Schwarzafrika), eine genauso starke Verschlechterung der Situation der Lohnabhängigen (Intensivierung der Arbeit, sinkendes Einkommen, der Sinn der Arbeit nimmt ab, wird immer abstrakter), d. h. die Vereinigung einer sehr großen Anzahl von Enteigneten, die »endlich« zur Mehrheit der menschlichen Gattung geworden sind, scheint möglich, in einem sichtbar weltweiten System, das die Ausgebeuteten der alten und der neuen Industrieländer ebenso wie die Milliarde von »informellen« Proletariern gegen sich vereinigt.

Doch eine Revolution oder eine Bewegung, die wie wenig konsequent auch immer, in diese Richtung zielt, ist nicht in Sicht. Ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Grund dafür ist, dass das Proletariat nur kollektiv und nur durch bestimmte Handlungen existiert. Es reicht nicht aus, die Besitzlosigkeit zu teilen. Als Individuum kann der Proletarier lange ohne Arbeit sein, aber es ist nicht egal, ob er wieder welche finden kann oder nicht, und ob seine Eltern, Freunde oder Nachbarn eine ähnliche Situation erleben.

Natürlich ist der Kampf gegen die Ausbeutung nicht *ipso facto* [durch die Tat(sache) selbst] revolutionär. Man kann gegen seine Ausbeutung kämpfen und sie dadurch umbauen, abändern. Seit fast 200 Jahren schafft es der Kapitalismus, den Widerstand, den man ihm entgegensetzt, zu seinem Vorteil umzudrehen. Die kommunistische Bewegung, die eigentlich durch den Widerstand der Arbeit gegen ihre Organisierung durch das Kapital siegen wollte, ist in diesen Widerständen ertrunken.

Aber wer dauerhaft oder sogar für immer jede Verbindung zur Arbeit verliert, so losgelöst davon ist, dass er zu ihr nur noch eine negative Beziehung hat, verliert die Verbindung zur möglichen Universalität des Proletarierseins [*condition prolétaire*]. Die Arbeit ist ein Gefängnis – die lebenslange Arbeitslosigkeit ebenfalls.

Keine Enteignung, wie »radikal« sie auch sei, wird die kapitalistische Realität so gut bloß stellen, dass sie den Enteigneten keine andere Möglichkeit mehr lässt, als eine Revolution zu machen, um wieder vergesellschaftungsfähig zu werden. Niemand lebt außerhalb der Gesellschaft. Wer in einer Welt, die um die Arbeit herum strukturiert ist, nicht mehr durch die Arbeit vergesellschaftet wird, wird es durch den Konsum, der spaltet und trennt. Die Zuschauer eines Fußballspiels, die Träger von Markenkleidung haben nichts, was sie vereint, außer eine Gruppe gegen die andere Gruppe zu sein. Fans beleidigen die Fans eines anderen Vereins oder greifen sie an. Die Anhänger von Marken verachten die, die sie nicht tragen, oder, noch schlimmer, reißen einem anderen die schickere Jacke vom Leib. Um eine Solidarität zu erreichen, die über die Familie, die Bande oder den Clan hinaus geht, reicht die kollektive Aktion nicht aus: die Kollektivität muss sich auf mehr gründen als auf die eigene Verteidigung und das eigene Vorwärtskommen. ■

»Ich und meine Kumpel, wir haben uns gesagt, es muss überall brennen, es muss sich was ändern«

ACAB: Seit es angefangen hatte zu brennen, haben ich und meine Kumpel jeden Tag die Zeitungen gelesen. Und wir haben uns gesagt, in Nantes brennt es auf jeden Fall. Dann wäre man nicht mehr ganz alleine. Danach gab es ein Treffen, um darüber zu reden, da waren wir vielleicht so dreißig. Aber eigentlich hat das jeder in seiner Ecke gemacht. Sie sind nicht gekommen, um alle zusammen was loszumachen. Aber nach unserer Festnahme gab es Kumpel, die Aktionen gemacht haben, um uns zu unterstützen.

BELC: *Hattet Ihr vorher schon mal daran gedacht, so was zu machen?*

ACAB: Ja, die ganze Zeit, das war der Traum. – Bei der Fête de la Musique hatten wir ja auch schon was gemacht.

BELC: *Wie war das in den Aktionsgruppen? Wie viele wart ihr in eurer Gruppe?*

ACAB: Wir waren zu dritt, alle, die ich in der U-Haft gesehen habe, sind eigentlich zu dritt verhaftet worden.

BELC: *Wie ist das mit der Organisation abgelaufen, bei der Auswahl der Ziele?*

ACAB: Wir wollten die Bullen in den Arsch treten... Es hat uns nicht interessiert, das Auto unseres Nachbarn abzufackeln. Man brennt nicht das Auto von einem Prolo ab, auch nicht, wenn ihm das vielleicht den Verkehrsunfall erspart... (Lachen) Es gab dann auch welche, die ein bisschen durchgedreht sind: einem Bäcker die Bäckerei abfackeln, obwohl fünf Meter daneben eine Nebenstelle vom Rathaus war. Was wir wollten, war die Bullen oder ihre Autos abfackeln. Alles was wir konnten. Da geht nichts über die guten alten Molotovcocktails.

BELC: *Gab es bei euch denn keine politischen Diskussionen?*

ACAB: Was für politische Diskussionen?

BELC: *Na, zum Beispiel Leute die sagen »los geht's, wir müssen die Revolution machen?«*

ACAB: Doch, bei den Jüngeren, den Kleineren – die sagen sich, dass sich da was ändern muss, dass man nicht mehr die Schnauze halten darf, jedes Mal wenn wieder so eine Sache passiert. Zum Beispiel, wenn du mit 16 arbeitest, und du wirst Scheiße bezahlt, du wirst von den Bullen kontrolliert, du bist ein Stück Scheiße. Die Jugendlichen haben die Schnauze voll, so wie alle immer sagen: »Es gibt da Spielplätze für euch, warum macht ihr die kaputt?« Bah, weil man uns nicht gefragt hat, als man sie gemacht hat, und das gefällt uns nicht.

BELC: *Um auf eure Geschichte zurückzukommen, in eurer Gruppe ist das schief gelaufen?*

ACAB: Wir waren drei, als die uns geschnappt haben, einer hat's geschafft abzuhauen, zwei wurden festgenommen. Der andere, der mit mir drin war, hat alles verraten. Danach, in seinem Viertel haben sie ihm gesagt, dass er Recht hatte, Franzosen zu verraten. Als wir verhört wurden, wussten die Bullen überhaupt nichts von dem, was wir gemacht hatten. Und ich, ich hab irgendeinen erfundenen Scheiß rausgehauen, damit mein Kumpel das hört. Er hat's auch gehört. Aber er hat ausgesagt, wo die Beweise versteckt waren, und er hat denen auch den Namen von dem Dritten gegeben, der abgehauen war. Er hat sich ganz alleine reingeritten.

BELC: *Wie erklärst du dir das?*

ACAB: Ich hab ihn auf der Wache gesehen, der hatte keine Spuren von Schlägen, gar nichts. Ich glaub, der hat Schiss gehabt. Ich auch, die Bullen im Auto haben uns gedroht, sie haben gesagt, sie würden uns Sachen anhängen, die wir nicht gemacht haben... all so was. Nachher haben sie mit den Fingerabdrücken gedroht, so was alles, wie immer.

BELC: *Aber während der Aktion, wie ist das abgelaufen?*

ACAB: Am Anfang wollten wir was Spektakuläres machen: die Straßenbahn. Deswegen haben wir erst mal gewartet, dass der Rest von denen, die wir angerufen hatten, da aufläuft, aber es ist keiner gekommen. Deswegen haben wir mit den Kumpels aus dem Viertel rumgehangen, gesoffen und dann haben wir das mit der Straßenbahn angefangen. Wir wissen, wie man Mollis baut, mit dem was grade da ist, Benzin, Testbenzin... aber das ist nicht so gut.

BELC: *Danach habt ihr dann die Straßenbahn angegriffen – waren da welche drin?*

ACAB: Nee, die war außer Betrieb. Wir haben so vier fünf Stück davon gemacht. Die CRS kamen zurück ins Viertel. Deswegen wollten wir auf die größeren Plätze. Auf dem Weg roch man schon Tränengas und nachher sind wir gelaufen und haben nichts gesehen. Dann wollten wir uns ein Bullenauto vornehmen. Wir sind bestimmt drei, vier Kilometer gelaufen, mit den Mollis in der Hand. Dann – Überraschung! – haben wir die Bullen kommen sehen – und wir hatten bloß ein Feuerzeug für drei!

BELC: *Was habt ihr dann mit den Mollis gemacht?*

ACAB: Ich hab ihn im Laufen gezündet, weil die Bullen schon hinter uns her waren, die andern haben sie in so eine Grube geworfen. Dann gab's noch ne kleine Verfolgungsjagd und dann wurden wir festgenommen. Das war ätzend...

BELC: *Das heißt?*

ACAB: Na, was die einem so reinwürgen. Also, die quatschen mich voll, ich sag »Mit Faschos red ich nicht« und die: »Jau, kein Wunder, nichts als Araber, die die Autos von Weißen anzünden...« so'n Zeugs. Und ich sag ihnen so: »Aber ich bin Franzose, ich hab nicht mal ne nordafrikanische Herkunft!« Und die dann: »Ach ja, ist doch dasselbe, du bist n Araber.« (Lachen)

BELC: *Es gab auch Schläge, oder?*

ACAB: Ja. Also, ich hab das Maul zu weit aufgerissen, ich hab sie dermaßen beleidigt... plötzlich, ich hab gar nichts kapiert, kam ein Bulle und hat mir eins in die Fresse gegeben, ich hab's echt gar nicht kapiert. Dann war er weg und ich hab der Kamera nen Finger gezeigt, und ich hab gar nicht mitgekriegt, wie sie gekommen sind, ich war immer noch benommen von dem ersten Schlag, und dann haben sie mich auf den Boden geschmissen und der schrie »du hörst jetzt auf, du hörst jetzt auf« dann hab ich einen Cowboystiefel abgekriegt, einer hielt mich fest und der andere haute drauf... ich hab den Cowboystiefel an die Stirn gekriegt. Danach bin ich bewusstlos geworden.

BELC: *Wie viele Stunden in U-Haft?*

ACAB: 38 Stunden.

BELC: *Wieviel habt ihr gekriegt?*

ACAB: Mein Kumpel ist ins Heim gekommen. Mich wollten sie auch reinstecken, aber ich hab gesagt, ich muss meiner Mutter helfen. Dazu haben wir noch 50 Stunden gemeinnützige Arbeit und Überwachung bis wir 18 sind. ■

Die Bewegung gegen den CPE

C comme chômage
P comme précarité,
E comme exploitation

(Arbeitslosigkeit, Prekarität, Ausbeutung)

tönte es überall aus den Demonstrationszügen

In Frankreich knallt es wegen des neuen Gesetzes, das erlauben soll, neueingestellte ArbeiterInnen unter 26 zwei Jahre lang ohne Probleme wieder los zu werden. Die Bewegung wurde sehr schnell politisch und stellte vereinheitlichende Forderungen auf, die über den ursprünglichen Protest hinausgehen: Abschaffung des »Neueinstellungsvertrags« CNE, Abschaffung des *gesamten* »Gesetzespaketes zur Chancengleichheit« (wovon der CPE nur ein Teil ist) und die Freilassung der Verhafteten vom November. Die Koordination der Proteste nennt sich »Nationale Koordination der Studierenden/jungen Arbeiter/Prekären«, aber die militanten Auseinandersetzungen im Anschluss an die Demos und die Anwesenheit von Jugendlichen aus der Banlieue bedeuten noch keine Verbindung verschiedener gesellschaftlicher Bewegungen. Die »ethnische« Trennung ist wieder da; denn die Banden, die DemonstrantInnen angreifen, bestehen überwiegend aus Jugendlichen afrikanischer oder arabischer Herkunft, während die Demos eher den »französischen Durchschnitt« darstellen: multikulti mit »weißer« Mehrheit – und mit einem deutlichen Übergewicht von Frauen.

Ein Blick auf Gesetzeslage und Praxis in der BRD

In den letzten 30 Jahren wurden in Frankreich 35 Gesetze zur ›Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit‹ verabschiedet. Sehr oft werden solche Gesetze auf der Straße bekämpft. In der BRD rutschen viel stärkere Angriffe mal eben durch.

Aktuell kann bei uns ein Arbeitsvertrag grundsätzlich auf bis zu 24 Monate befristet werden. Neue Unternehmen dürfen in den ersten vier Jahren ihres Bestehens bis zu 48 Monaten befristen. Innerhalb dieser Befristung kann eine Probezeit von maximal sechs Monaten mit verkürzter Kündigungsfrist von minimal zwei Wochen vereinbart werden. In der Probezeit kann faktisch ohne Begründung gekündigt werden, danach gelten die einschlägigen Mindestbestimmungen (Vierwochenfrist zum 15. oder zum letzten eines Monats) mit Begründung.

Im Koalitionsvertrag vom November 2005 heißt es dazu: »Wir werden ... auf der einen Seite die Möglichkeit streichen, Arbeitsverträge in den ersten 24 Monaten sachgrundlos zu befristen. Gleichzeitig geben wir den Arbeitgebern bei der Neueinstellung die Option an die Hand, anstelle der gesetzlichen Regelwartezeit von sechs Monaten bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses mit dem Einzustellenden eine Wartezeit von bis zu 24 Monaten zu vereinbaren.«

Im Klartext: Abgesehen von weiter bestehenden sachlichen Gründen für eine Befristung, müssen jetzt in der Regel unbefristete Arbeitsverhältnisse abgeschlossen werden, in denen zwei Jahre lang ohne Begründung mit kurzer Frist gekündigt werden kann, egal wie alt die Arbeiterin ist.

Dieses Vorhaben ist noch nicht Gesetz, CDU und SPD sind sich nicht einig, ob der Koalitionsvertrag an der Stelle bindend ist oder ob nicht doch der Kündigungsschutz genereller angegriffen werden soll – am Abend des 28. März meinte Müntefering übrigens, es sei völlig unmöglich, über den Koalititonsvertrag hinauszugehen!

CPE – ein weiterer Schritt zur Prekarisierung

Der CPE (*Contrat première embauche* – Vertrag zur Ersten Anstellung) war schon der zweite Schritt der Arbeitsrechtsreform in Frankreich: Am 2. Au-

gust 2005 wurde der CNE (*Contrat Nouvelle Embauche* – Neueinstellungsvertrag) unter Umgehung des Parlaments eingeführt. Mitten im Hochsommer und in der Urlaubspause wurden sechs Verordnungen auf einen Schlag verabschiedet, u.a. auch die Bedingungen fürs Arbeitslosengeld verschärft. Der *Contrat Nouvelle Embauche* betrifft alle Neueingestellten in Firmen bis zu 20 Beschäftigten, deren Probezeit nun zwei Jahre beträgt. Allein von August bis Januar wurden weit über 300 000 CNE-Arbeitsverträge abgeschlossen.

Anfang des Jahres kündigte die Regierung an, bis Juni 2006 einen *Contrat unique* (Einheits-Arbeitsvertrag) zu verabschieden. Damit wäre das unbefristete Beschäftigungsverhältnis (CDI) endgültig zur Ausnahme gemacht. Bisher gab es daneben noch den befristeten Vertrag (CDD), der nur aus einem besonders schwerwiegenden Grund vor Ablauf der Befristung gekündigt werden kann. Der CDI ist bereits angeschlagen, bei Renault z.B. sind die Hälfte der Fließbandarbeiter über Sklavenhändler eingestellt, ein Drittel der Leute bei der Post hat nicht mehr den normalen Postarbeitsvertrag, insgesamt haben 14 Prozent der Lohnabhängigen keinen unbefristeten Vertrag mehr.

Der CPE ist Teil des Gesetzespaketes »zur Verbesserung der Chancengleichheit«, in dem u.a. Familien, deren Jugendliche straffällig geworden sind, der Entzug bestimmter Sozialleistungen angedroht wird, der Eintritt ins Arbeitsleben mit 14 legalisiert wird und Nacht- sowie Wochenendarbeit ab 15 Jahren erlaubt wird. Am 10. Februar 2006 ging das Gesetz durch die Nationalversammlung, am 7. März durch den Senat, am 8. März wurde es von der Nationalversammlung in zweiter und letzter Lesung verabschiedet. [Am 31. März hat es Staatspräsident Chirac unterschrieben – mit der Aufforderung an die Regierung, ein neues Gesetz zu entwerfen mit einer kürzeren Kündigungsfrist. Die Regierung will Entschlossenheit beweisen, aber auch eine Tür für Verhandlungen offen lassen.]

Kurze Chronologie der Bewegung

Gegen den CPE hatte es bereits am **7. Februar** einen frankreichweiten Aktionstag gegeben. Dann traten einige westfranzösische Unis in den Ausstand. Ab Ende Februar breitete sich die Bewegung rapide aus – die Hochschulferien in Paris waren zuende. Seither ist auch ein politischer Radikalisierungsprozess zu beobachten.

Ende **Februar** beschloss die *Nationale Streikkoordination der Studenten gegen den CPE,* die Forderung nach Freilassung aller Jugendlichen, die im November 2005 im Zusammenhang mit den Riots in den Trabantenstädten inhaftiert worden sind, in ihre Forderungsplattform aufzunehmen.

Am **7. März** waren fast eine Million Menschen auf der Straße. Paris, Marseille, Toulouse, Bordeaux... Parallel dazu gab es Streiks und Arbeitsniederlegungen, vor allem in Post- und Finanzämtern und unter Kommunalbeschäftigten, in geringerer Zahl auch im Transportsektor und eher vereinzelt unter LehrerInnen. Auf den Demos waren auch Abordnungen von Citroën- und Renault-Abeitern.

Am **8. März**, dem Tag der Verabschiedung des »Gesetzespaketes zur Chancengleichheit«, blockierten Studierende und Oberschüler/innen über eine Stunde lang den Verkehr direkt vor der Nationalversammlung. An vielen französischen Unis gab es Widerstands- und Protestaktionen, am heftigsten in Paris.

Am **9. März** ist knapp der Hälfte der 90 Unis in Frankreich in Aufruhr, 20 sind durch Studis blockiert, die in Rennes bereits in der fünften Woche.

Am **11. März** morgens um vier Uhr wird die Sorbonne von den Bullen geräumt.

Die westfranzösische Stadt Poitiers wird zu einer Hochburg des Protests: Die Hörsäle der Uni sind zu klein für die Vollversammlungen, 3000 Studis machen ihre VV im Rugby-Stadion. Auch andere Beschäftigtengruppen bewegen sich. In Marseille kommt es nach einem Konflikt um eine Kündigung im größten Fastfood-Restaurant der Kette *Quick* zu Streiks in sämtlichen *Quick*-Niederlassungen.

Am Wochenende **11./12. März** benennt sich die »Nationale Streikkoordination der Studierenden gegen den CPE« auf einer Tagung in Poitiers in *Nationale Koordination der Studierenden, jungen Arbeitenden und Prekären* um.

Am **14. März** sind zwei Drittel der Unis besetzt, bei den Demos sind inzwischen die OberschülerInnen in der Mehrheit.

16. März: Eine halbe Million auf den Straßen in Paris, Bordeaux, Marseille, Rennes, Lille, Clermont-Ferrand, Angers, Lyon. Studierende, OberschülerInnen, aber auch andere jüngere Leute (Arbeitslose, Prekäre) sowie Angehörige von Lehr-

Contrat Plein d'Emmerdes
(Vertrag, bei dem man voll angeschissen ist) hatte ein anderer Teilnehmer auf sein Schild gemalt

Couillonné Par l'Etat
(Vom Staat für dumm verkauft)

Crevez Pour Eux
(Krepiert für die!)

Cadeau Pour Exploiteur
(Geschenk für Ausbeuter) hatte eine Studentin auf ihr Schild geschrieben.

berufen in Schulen und Hochschulen. Positiv auffällig sind große Demo-Blöcke von den Oberschulen der Pariser Trabantenstädte Nanterre, Cergy, Satrouville. Es gibt Randale, Dutzende Sicherheitskräfte werden verletzt, die Polizei nimmt mehr als 300 Demonstranten fest.

Am **18. März** sind anderthalb Millionen auf der Straße. Landesweit sind zwei Drittel der Unis besetzt, etwa 300 Oberschulen befinden sich im Streik.

Am **20. März** beschließen die Gewerkschaften einen weiteren Aktionstag und evtl. einen Generalstreik Ende März (der vorher immer für den 23. gefordert worden war) – die übliche Taktik, um eine Bewegung versickern zu lassen. Aber: die Bewegung weitet sich aus.

23. März: Im Anschluss an eine Demonstration kommt es in Paris zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten, Autos werden umgekippt, Stühle fliegen in Schaufensterscheiben und Steine auf die Bullen.

In Tours unterbrechen 600 Schüler mit Gleisbesetzungen den Zugverkehr. In Marseille kommt es am Rande einer Schülerkundgebung zu einer Straßenschlacht. In Rennes geht die Polizei erneut mit Tränengas gegen Hunderte von Randalierern vor. In Vitry haben OberschülerInnen mit Barrikaden eine wichtige Durchgangsstraße blockiert. Da beginnt etwas Neues.

Am Wochenende **25./26. März** beschließt die »Nationale Koordination«: sollte die Regierung nach dem Streiktag am 28. das Gesetz nicht zurücknehmen, wird es am 30. März (Mobilisierung von Studierenden und Oberschülern) und am 4. April (allgemeiner Ausstand unter Teilnahme der Lohnabhängigen) zu weiteren Aktionstagen kommen. Die Koordination fordert nun auch explizit den Rücktritt der »illegitimen« Regierung Villepin. Damit hat sie von ihrer Seite die Türen für ein »Kompromissabkommen« geschlossen.

28. März – nationaler Streiktag, Vorstufe zum »Generalstreik«, laut Veranstaltern waren drei Millionen Menschen auf den Straßen; selbst wenn man realistisch von zwei Millionen ausgeht, ist das die größte Demo in Frankreich seit Jahrzehnten. Die Bullen machen diesmal strenge Kontrollen vor der Demo (in der BRD üblich, in Frankreich in dieser Form neu!), wobei sie vor allem junge Schwarze belästigen. Die Demo in Paris ist riesig, sie braucht fünf Stunden, um an einer Stelle vorüberzuziehen. Am Ende der Demo gibt es einen Block von 500 Air France-ArbeiterInnen, von anderen Firmen sind nur Abordnungen da: 20 von Citroën, 20 von Renault usw. Dei CGT hat stark moblisiert. Doch die Erwachsenen auf der Demo sind größtenteils RentnerInnen oder Leute aus dem Öffentlichen Dienst (LehrerInnen). Privatunternehmen werden kaum bestreikt, im Nahverkehr ist der Streik relativ schwach.

Ein sehr wichtiger Punkt: in Caen und Rouen greifen die Bullen jugendliche DemonstrantInnen an, als diese sich öffentlichen Gebäuden nähern. Diese laufen aber nicht weg, sondern leisten eine Zeitlang effektiven Widerstand – das ist eine neue, sehr wichtige Entwicklung!

29. März: Die Blockaden von Hochschulen und Straßen werden fortgesetzt. In Rennes, Nantes, Brest und Lannion in der Bretagne sperren Studenten die Einfallstraßen. Es kommt zu kilometerlangen Staus.

Das Problem der Gangs

Vor einem Jahr, am 8. März 2005, musste in Paris eine SchülerInnen-Demo gegen die Schulreform (»Reform Fillon«) kurz nach der Hälfte der Route abgebrochen werden: 9000 OberschülerInnen *ohne* funktionierenden Ordnerdienst waren von ca. 500 Leuten aus Jugendgangs angegriffen worden. Die Demos haben inzwischen gelernt, sich gegen solche Angriffe zu schützen. Aber wenn es am Ende des Umzugs zur Randale kommt – dann ist das die Gelegenheit für die Gangs.

Unter den Jugendlichen aus den Vorstädten operieren etwa 20 Gangs mit jeweils etwa einem Dutzend Mitglieder, die es darauf angelegt haben, Handies, Geld, Kreditkarten usw. von jugendlichen Demonstranten zu klauen. Sie gehen offensichtlich nur auf Jüngere und Gleichaltrige los. Die Banden agieren ziemlich unterschiedlich, einige sind äußerst brutal den jungen DemonstrantInnen und erst recht Mädchen gegenüber und treten auch mal bereits auf dem Boden Liegende »aus fun« heftigst zusammen. Sie sind strikt hierarchisch um einen Boss rum organisiert, der von Leibwächtern geschützt wird usw. Mit ihnen sind keine Diskussionen möglich, gegen sie kann man sich nur offensiv schützen.

Sie sind allerdings eine Minderheit innerhalb der etwa tausend Jugendlichen, die aus den Vorstädten auf die Demos in Paris kommen, weil sie Bock auf Randale mit den Bullen haben, und den

großen Blocks aus den Banlieue-Oberschulen. Am 23. März kam es in Paris wieder zu Angriffen auf DemonstrantInnen. Augenzeugen berichten von der erschreckenden Passivität von Umstehenden, wenn Leute angegriffen werden (siehe Foto auf Seite 13), und meinen, die demoralisierende Wirkung auf junge DemonstrantInnen dürfe nicht unterschätzt werden. Damit bekam die gewachsene gemeinsame Front gegen die Brutalität der Bullen in Paris erstmal einen Knick.

Die Regierung benutzt diese Widersprüche so weit es geht, um die Bewegung kaputt zu machen. Die Bewegung hat aber dazu gelernt und sich nicht einschüchtern lassen. Wichtig ist auch, dass sie sich nicht auf den Ordnungsdienst der CGT verlässt, der »Casseurs« jagt und an die Polizei ausliefert.

Frankreich ist eine Gesellschaft in Bewegung...

Die Bewegung gegen den CPE hat sehr schnell die Ausbeutung in den Mittelpunkt gestellt und damit eine studentisch-korporatistische Orientierung überwunden. Das ist der Grund für die große Sympathie, auf die sie stößt. Die verbreitete soziale Unzufriedenheit hat zur raschen Ausbreitung der Bewegung in ganz Frankreich geführt. Seit dem abgebrochenen Streik der LehrerInnen und der gescheiterten Bewegung gegen die Rentenreform 2003 hatte es nur Niederlagen gegeben. Die Versammlungen und Aktionen auf der Straße haben die Atmosphäre gerade auch in vielen mittelgroßen Städten erkennbar verändert.

Angesichts der brennenden Autos im Quartier Latin werden in den Medien (und bei den älteren Aktivisten) immer wieder Vergleiche zu 1968 gezogen. Augenfällig ist zuallererst die völlig andere Zusammensetzung der Studierenden heute. 1968 hatten 12 Prozent der jungen Leute Abitur, heute sind es 70 Prozent. Entsprechend weniger ist es oft wert und entsprechend geringer sind die Chancen, damit aufzusteigen. Die meisten Studierenden haben heute keine wohlhabenden Eltern. Viele zögern, beim Streik mitzumachen, weil sie Angst haben, ihre berufliche Zukunft zu gefährden. Andererseits befindet sich beispielsweise an der Uni in Tours zum allerersten Mal die bisher von der militanten Rechten beeinflusste Jura- und Wirtschaftsfakultät im Streik. Die Studierenden kämpfen für ihre Zukunft; für die Jugendlichen aus den Banlieues ist der CPE nicht schlimmer als ihre bisherigen prekären Jobs. Sie kämpfen für eine erträgliche Gegenwart – dieser Unterschied wird sich nicht so schnell aufheben.

Die Organisation der Aktionen läuft über die nationale Koordination, die in unterschiedlichen Städten regelmäßig tagt und inzwischen 400 Delegierte hat, die von den Vollversammlungen an den

Unis gewählt wurden. Die AktivistInnen der Schüler- und Studentengewerkschaften mit trotzkistischem oder SP-Hintergrund spielen eine wichtige Rolle, aber auch sie haben sich den selbstverwalteten Koordinationen unterzuordnen. Die TeilnehmerInnen der Vollversammlungen legen großen Wert auf basisdemokratische Entscheidungen. So dürfen Vertreter politischer Organisationen häufig nur in erster Person, für sich selber sprechen – was sie häufig gar nicht können!

Auffällig ist aber auch, dass nur eine kleine Minderheit ständig aktiv ist. Zum Beispiel studieren an der Pariser Uni Jussieu offiziell 30 000 Leute, real vielleicht 10 000, auf den Versammlungen sind 600 bis 800, die z.B. einstimmig eine Blockade beschließen. Am nächsten Morgen um 6 Uhr laufen dann aber nur 60 Leute auf, um die Uni tatsächlich zu blockieren. Positiv fällt auf, dass diese AktivistInnen in der Regel sehr gut drauf sind, kein Vertrauen in Institutionen wie Parteien und Gewerkschaften und einen Blick für die gesamtgesellschatlichen Dimensionen ihres Kampfs haben.

In den Städten im Süden beteiligen sich wohl proportional sehr viel mehr Leute an den Vollversammlungen und Straßenaktionen. In Städten wie Rennes, Nantes, Poitiers, Dijon oder Grenoble scheinen die Leute viel besser organisiert zu sein – dort gibt es starke selbstorganisierte Strukturen mit besetzten Häusern usw. Und dort scheint es auch die oben erwähnten Probleme mit Banden, die Demonstranten angreifen, nicht zu geben.

Wie geht's weiter? Das Gesetz ist erstmal unterschrieben, die nationale Koordination ruft weiterhin zu Blockaden und anderen Aktionen auf. Die Regierung versucht, die Sache bis zum Beginn der Osterferien am 8. April auszusitzen – was in den letzten Jahren immer geklappt hat! Appelle an die Gewerkschaften, endlich zum Generalstreik aufzurufen, erinnern an Juni 2003, als der monatelange LehrerInnenstreik einfach ausgesetzt wurde. Wenn Ihr das hier lest, wisst Ihr mehr als wir im Augenblick. ■

Am Samstag durfte man weitere Wortschöpfungen kennenlernen:

Citrons Pressurés Essorés
(Ausgequetschte und ausgepresste Zitronen)

Champagne Pour l'Elite – Cacahuètes Pour Etudiants
(Champagner für die Elite, Erdnüsschen für Studenten).

Contrat Pour Esclavage
(Vertrag für Sklaverei)

Cocktail Pour Emeutes
(Mischung für Krawalle)

Cherche Pigeons à Embaucher
(Suche dumme Opfer einzustellen)

Contrat Pour l'Enfer
(Vertrag für die Hölle)

Contrat Pour Extraterrestres
(Vertrag für Außerirdische), begleitet von dem Spruch »Das hat nichts Menschliches an sich« und getragen von in Grün – als »Marsmännchen«– verkleideten Demonstranten.

[aus der Sammlung von Bernard Schmid, von dem auch die Fotos sind]

Wie weiter in New Orleans?

»Wir waren auf uns selbst gestellt, als es um unsere Rettung ging. Heute wissen wir: Wir sind auf uns gestellt, wenn es um den Wiederaufbau unserer Häuser und unserer Leben geht – zur Not auch gegen die Regierung.«

Malcom Suber, Aktivist gegen Polizeigewalt,
auf dem diesjährigen Martin-Luther-King-March

Ein halbes Jahr nach der Sturmflut, die Ende August drei Viertel der Stadt überschwemmt hatte, sind 1280 Menschen immer noch vermisst. Weniger als die Hälfte der 450 000 früheren BewohnerInnen lebt wieder in New Orleans. Drei Viertel der Vertriebenen sind AfroamerikanerInnen, während die meisten Rückkehrer weiße Hausbesitzer und Besserverdienende sind – und das ist kein Zufall.

In seiner Rede zum offiziellen Martin-Luther-King-March am 16. Februar wollte Bürgermeister Ray Nagin der schwarzen Restbevölkerung von New Orleans den Bauch pinseln: *»Am Ende wird diese Stadt aus Schokolade sein… Sie wird eine Stadt mit afroamerikanischer Mehrheit sein. Das ist Gottes Wille.«* Überraschenderweise wurde er ausgebuht – nicht von den Weißen, sondern von eben der »Schokolade«, die New Orleans laut Nagin so einzigartig macht. Niemand nimmt ihn mehr ernst. Zu offensichtlich misslingt ihm der Spagat zwischen Rückkehr- und Durchhalteparolen an die verarmte, hauptsächlich schwarze Bevölkerung, die vor Katrina fast zwei Drittel der StadtbewohnerInnen ausmachte, und einer Politik, die genau darauf hinaus läuft, dass diese Leute nicht zurückkommen können.

Ein Blick auf Stadtplanung, Wohnungspolitik und die Verteilung öffentlicher Gelder legt nahe, dass die Stadtoffiziellen die Gunst der Stunde nutzen wollen, um die Stadt *»demographisch, geographisch und politisch neu zu ordnen«* (James Reiss, Mitglied der *»Bring New Orleans Back«*-Kommission im September 2005). Man will der bisherigen Arbeiterklasse von New Orleans gezielt den Heimweg abschneiden und sie durch eine neue ersetzen. Arbeitslose, politisch organisierte ArbeiterInnen, Arbeitsverweigerer, generell NutzerInnen von öffentlich finanzierten Schulen und Krankenhäusern – bei der gezielten Wiederbesiedlung werden diese (oft schwarzen) Bremsklötze des wirtschaftlichen Aufschwungs gezielt aussortiert. Man braucht sie nicht (mehr). Die Lücke, die der Wiederaufbau in den Arbeitsmarkt gerissen hat, wird billiger mit MigrantInnen aus Mexiko gefüllt, die nach getaner Arbeit wieder abgeschoben werden können.

Die von Nagin unter dem Slogan *»Bring New Orleans Back«* einberufene Wiederaufbaukommission schlug Anfang Januar vor, die tiefer gelegenen schwarzen Arbeiterviertel abzureißen und Grünflächen daraus zu machen. Der Plan sah für diese am stärksten zerstörten Stadtteile ein viermonatiges Sanierungsverbot vor. Bis Juni hätten die betroffenen *Communities* dann Zeit, gehabt der Stadt einen Plan vorzulegen, wie sie ihre *Neighborhoods* wieder bevölkern und »lebensfähig« machen wollen. Die Stadt entscheidet daraufhin über Baugenehmigung oder Abriss – je nachdem, ob eine *Community* die kritische Masse an Bewohnern erreicht hat oder nicht.

Inzwischen werden »auf eigene Verantwortung« wieder Baugenehmigungen erteilt, aber wenn dieser Plan doch noch umgesetzt wird, ist der Wiederaufbau der meisten der 150 000 zerstörten oder schwer beschädigten Häuser ausgehebelt. Laut einer Studie der Brown University würde New Orleans etwa die Hälfte seiner weißen und 80 Prozent seiner schwarzen Bevölkerung verlieren, wenn nur die unbeschädigten Wohngebiete der Stadt zur Wiederbesiedlung freigegeben würden.

Den Rückkehrwilligen werden ohnehin allerhand Steine in den Weg gelegt. Da die traditionellen Armenviertel am stärksten heimgesucht und als letztes trockengelegt wurden, sind hier die Schäden am größten. Gas und Strom gibt es noch längst nicht überall. Die Mieten in den noch bewohnbaren Teilen der Stadt haben sich im letzten halben Jahr oft verdoppelt oder sogar verdreifacht. Alle städtischen Sozialwohnungen im Überschwemmungsbereich wurden evakuiert und gesperrt. In die wenigen, die wieder freigegeben werden, sollen keine Arbeitslosen und Arbeitsunwilligen einziehen. *»Wir können jetzt keine Fernsehzuschauer brau-*

In der Region um New Orleans leben seit Dezember etwa 30 000 hauptsächlich lateinamerikanische Arbeiter. Sprachprobleme, ihre demoralisierenden Lebensbedingungen, keine Rechtskenntnisse und der geringe Rückhalt in der fremden Stadt machen diese Leute leicht angreifbar. Allein über 100 leben im New Orleans City Park in New Orleans. Die Betreiber des Zeltplatzes hatten die Arbeiter dort ohne Licht und fließendes Wasser, und trotz bezahlter Miete ohne schriftliche Mietverträge zusammengepfercht. Nach einigen Wochen erzwangen sie aber in einer dreistündigen Konfrontation mit den Verantwortlichen eine Verbesserung dieser Zustände. Außerdem laufen derzeit Verfahren gegen mehrere Vertragsfirmen der Bundesregierung, die ihre Arbeiter unterbezahlt oder ganz um ihren Lohn geprellt hatten.

chen. Wir konzentrieren uns auf die arbeitende Bevölkerung«, so der Stadtratsvorsitzende Oliver Thomas. Das Bewerbungsverfahren bei der »Housing Authority New Orleans« (HANO, die städtische Wohnungsbehörde) wurde unter dem Schlagwort »Arbeitsbereitschaft« (working preference) um einen Fragenkatalog über das bisherige Berufsleben und die künftigen Pläne der Antragsteller erweitert. HANO-Leiterin Nadine Jarmon erklärt die Arbeit ihrer Behörde so: *»Unter anderem gibt es Fragen zur Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft der Menschen. Wenn jemand sagt: ›Naja, wegen meines Einkommens habe ich Anspruch auf eine Sozialwohnung, und ich will zurück nach Hause‹, aber nicht deutlich macht, dass er arbeiten will, oder wenn er keine Ausbildung hat oder vor Katrina arbeitslos war, dann wird er eben übergangen.«* Von der Hälfte der ehemaligen Einwohnerschaft ohne eigenes Haus können also nur diejenigen nach New Orleans zurückkehren, die die explodierenden Mieten berappen können.

Auch bei den Hausbesitzern wird fein unterschieden. In der Lower 9th Ward plant die Stadt die Zwangsenteignung der afroamerikanischen Hausbesitzern (siehe das nachfolgende Interview mit Greg Griffith vom *Common Ground Collective*) und die erneute Durchsetzung der Eigentumslosigkeit des Proletariats (auch wenn dafür ein neues Proletariat her muss). Wer sein Haus behalten darf, kann in Louisiana zwar staatliche Fördermittel für den Wiederaufbau von Eigenheimen beantragen, muss aber strikte Bedingungen erfüllen: *»Das Haus muss an einem sicheren Ort stehen, und zwar im Sinne der Flutzonenpläne der Bundeskatastrophenschutzbehörde (FEMA). Außerdem muss sich eine Reparatur oder ein Neubau lohnen. Dann können in Louisiana ähnlich wie im Staat Mississippi Wiederaufbauleistungen mit bis zu 150000 Dollar gefördert werden.«* (Shawn Riley von der »Lousiana Recovery Authority« – Behörde für Wiederaufbau des Staates Louisiana) Da diese Bedingungen ganz offensichtlich nur für »Uptown New Orleans« und nicht für die Holzhütten der Lower 9th Ward zutreffen, profitieren hauptsächlich weiße Hausbesitzer davon. Immerhin können sie dann während ihrer Sanierungsarbeiten in von der FEMA zur Verfügung gestellten Trailern hausen, während Tausende von obdachlos gewordenen Mietern nach dem Auslaufen ihrer kurzfristigen Hotelunterbringung durch die FEMA am 13. Februar von der Nationalgarde mit vorgehaltener Waffe geräumt wurden und mit einem Schlag auf der Straße saßen.

Wer trotzdem irgendwie in New Orleans Wohnraum gefunden hat, ist mit einer stark reduzierten und privatisierten Infrastruktur konfrontiert. Von früher 22 Krankenhäusern waren Ende Februar nur sieben wieder geöffnet – darunter kein öffentliches. Von früher 60000 Schulplätzen gibt es jetzt noch 13000. Fast alle Schulen wurden – nach Entlassung der gesamten Lehrerschaft – geschlossen und vom Staat übernommen, der damit nun nach Belieben verfahren kann. Von den ehemals 117 öffentlichen Schulen sind 19 übrig, acht davon privatisiert.

Bei den Kommunalwahlen am 22. April werden wahrscheinlich politisch noch eindeutigere Verhältnisse hergestellt werden, da nur die Zurückgekehrten wählen dürfen. Die neuen WanderarbeiterInnen sind nicht wahlberechtigt, und für die Vertriebenen ist weder Briefwahl noch die Einrichtung von Wahlstationen außerhalb von New Orleans vorgesehen.

All das ruft landes- oder bundesweit keine nennenswerte Empörung oder politische Interventionen hervor. Wie schon während des Sturms und der anschließenden Überschwemmung der Stadt identifizierten sich die wenigsten US-AmerikanerInnen mit den Einwohnern von New Orleans. Ein Grund dafür ist die von Chris Wright im letzten Heft beschriebene politische Zersetzung der Arbeiterklasse. (*siehe dazu »New Orleans war keine Naturkatastrophe«, Wildcat 75*)

Aber es gibt in New Orleans einen starken Willen, Widerstand gegen die Vertreibungen und die Schikanen zu leisten und die eigenen Lebensumstände selbst in die Hände zu nehmen. Das

Verteilung der FEMA-Hilfsgelder

Auf seiner Homepage veröffentlichte der *PHRF* Angaben der Methodisten-Kirche über die Verteilung der FEMA-Gelder:

Heilsarmee
$ 12.626.054

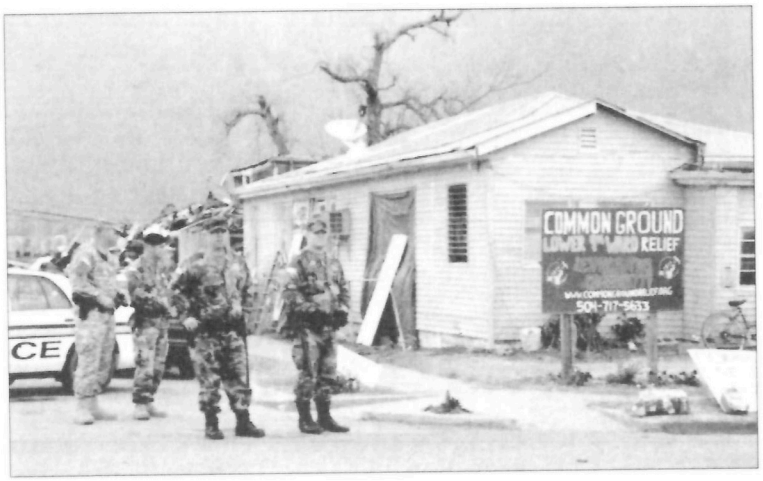
Catholic Charities
$ 12.201.927

Luth. Disaster Response
$ 6.250.000

Volunteers of America
$ 6.000.000

National Disability Rights Network
$ 5.417.219

Boat People
$ 4.438.649



zeigen u. a. die Versuche von *grassroots*-Gruppen, über die wir auch schon im letzten Heft geschrieben haben (*»Vertreibung und Selbstorganisation«, Wildcat 75*). Im *Common Ground Collective* z.B. befassen sich etwa 300 Menschen kontinuierlich damit, zerstörte Gebiete wieder bewohnbar zu machen. Dem *People's Hurricane Relief Fund* haben sich mittlerweile über 60 Kirchen, Parteien, Interessenverbände und Basisorganisationen angeschlossen. Hier arbeiten verschiedene Themengruppen vor Ort zusammen mit den Vertriebenen an einem Plan, ihre *Communities* nach ihren eigenen Bedürfnissen wieder aufzubauen und sich gemeinsam zu wehren. Dafür verhandeln sie mit den Behörden über kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Wiederbelebung der Stadt und die Verteilung der FEMA-Hilfsgelder. Solche Versuche werden auch von außerhalb unterstützt: So halfen Hunderte von Studierenden aus dem ganzen Land in ihren Semesterferien bei Sanierungsarbeiten an Häusern, beim Aufbau einer Infrastruktur, in den selbstorganisierten medizinischen Zentren usw. und unterstützten die Bewohner beim Erstellen von Gutachten, in juristischen Fragen und bei der Bewältigung des Alltags.

Auffällig ist, wie unkritisch die AktivistInnen den Begriff *Community* (wörtlich übersetzt: Gemeinschaft) verwenden. Damit kann sowohl eine bestimmte »ethnische« oder »rassische« Gruppe als auch der Stadtteil gemeint sein – aber auch fast jede andere politisch mobilisierbare Gruppe von Menschen. Angesichts der starken Trennung der Wohngebiete nach Hautfarbe, Sprache und Herkunft funktioniert die politische Ineinssetzung von Stadtteil, Hautfarbe, Sprache und manchmal auch religiösen Institutionen politisch auch ziemlich gut. Allerdings ist diese Art von »Gemeinschaft« zwangsläufig klassenübergreifend: Sie verwischt die Verhältnisse, in denen einzelne »Mitglieder« der *Community* untereinander stehen, blendet Klassengrenzen aus und erschwert den Bezug auf Situationen und Bewegungen außerhalb der eigenen unmittelbaren Erfahrbarkeit.

Diese Widersprüchlichkeit zeigt sich anhand der vietnamesischen *Community* in »ihrem« Stadtteil Versailles Village. Sie konnte den Wiederaufbau ihres Viertels erfolgreich durchziehen, weil sie nicht auf staatliche Genehmigungen oder gar Maßnahmen wartete, sondern ihn vollständig selbst organisierte. Dafür wurden vietnamesische Netzwerke aktiviert, die Geld spendeten und freiwillige Helfer schickten. Block für Block wurde, von der katholische Kirche als kulturellem und organisatorischem Zentrum ausgehend, gemeinsam saniert. Nach Verhandlungen des Pastors mit der zuständigen Stromgesellschaft wurden die fertigen Häuser wieder an das Stromnetz angeschlossen. Diese Geschlossenheit und diese praktischen Erfolge haben andere – weniger homogene und durchorganisierte – *Communities* nicht hingekriegt. Andererseits ist fraglich, ob durch diesen Erfolg lokale Hierarchien und soziale Unterschiede in Frage gestellt oder nicht vielmehr reproduziert und verstärkt worden sind. ■

»Die AfroamerikanerInnen werden zwangsenteignet.«

Interview mit Greg Griffith vom *Common Ground Collective*

Die herrschende Klasse will ganz offensichtlich, dass große Teile der armen Bevölkerung nicht zurückkommen. Andererseits brauchen sie ja irgend jemanden für die Drecksarbeit. Warum wollen sie denn gerade diese Armen nicht haben?

Sie können doch immer andere Arme finden. Und sie können durchdrücken, dass die Leute, die sie holen, ihre Regeln befolgen. Das tun die BewohnerInnen von New Orleans nämlich nicht unbedingt. Also war das eine hervorragende Gelegenheit, so viele Leute wie möglich loszuwerden. Die AfroamerikanerInnen leben hier seit Generationen. Also wollen sie die AfroamerikanerInnen loswerden und durch irgendwelche anderen Leute ersetzen, die für sie besser funktionieren, ob aus New Orleans jetzt ein Feriengebiet oder eine Freihandelszone oder sonstwas gemacht wird.

Das hat natürlich auch etwas mit dem Rassismus zu tun. Historisch sind New Orleans, Louisiana und der ganze Deep South der USA extrem rassistisch. In der Innenstadt von New Orleans gibt es zum Beispiel ein Denkmal für den Südstaatengeneral Robert E. Lee – am Lee Circle.

Handelt die herrschende Klasse also letztlich irrational, indem sie sich von ihrem eigenen Rassismus leiten lässt?

Das wäre viel zu einfach. Der Rassismus spielt eine große Rolle, aber auch ganz viele andere soziale und ökonomische Aspekte, zum Beispiel die Tatsache, dass die BewohnerInnen der 9th Ward und der Lower 9th Ward die größte afroamerikanische Bevölkerung in den USA mit eigenen Häusern und eigenen Grundstücken sind. Die Häuser und Grundstücke sind seit Generationen in Familienbesitz und sollen jetzt zwangsenteignet werden.[1] Die Regierung behauptet, die Grundstücke würden verfallen, weil die Eigentümer sich nicht drum kümmern, und schiebt sie dann irgendeinem Konzern zu, der sie angeblich besser nutzt.

Letztlich würde das auf eine Massenenteignung hinauslaufen, oder?

So sieht es gerade aus. Heute morgen und gestern waren sie gerade wieder mit Bulldozern zugange. Und ob die Leute zurückkommen und auf ihren Grundstücken neu bauen können, ist auch noch offen. Und viele fragen sich, ob sie einen fairen Preis für das Grundstück bekommen, falls sie nicht zurückkommen wollen.

Und angesichts der Repression durch Polizei und Justiz ist es schwer, überhaupt zurückzukommen. Es gibt ständige Übergriffe durch die Polizei – das habe ich selbst schon mehrmals erlebt. Bei einer Festnahme wurde ich als einziger Schwarzer aus einer Gruppe von Weißen herausgezogen. Im Streifenwagen haben sie mir dann gedroht, sie würden mich erschießen und meine Leiche in den Mississippi werfen. Im Wagen saß übrigens auch einer von der Ausländerabteilung der Homeland Security. Am nächsten Tag haben sie mich laufenlassen, nachdem ich unterschrieben hatte, dass ich keine rechtlichen Schritte gegen die Polizei unternehmen würde. Aber laut einer Statistik werden 85 bis 90 Prozent der vor Gericht gestellten Nicht-Weißen verurteilt, einfach weil sie keinen Rechtsbeistand haben.

Gleichzeitig gibt es in dieser Situation einen massenhaften Zustrom von Latino-ArbeitsimmigrantInnen nach New Orleans. Was für Leute ließen sich besser ausbeuten, was für Leute sind schutzloser als diese ArbeitsimmigrantInnen? Sie haben kaum Mittel, um sich zu wehren, und dann gibt es noch die Sprachbarriere. Und die Illegalen sind schon allein deswegen sehr prekär gestellt, weil sie ständig auf der Hut vor den Ausländerbehörden sein müssen. ■

[1] In den USA kann der Staat Grundstücke »im öffentlichen Interesse« zwangsenteignen. Die betroffenen Grundstücksbesitzer müssen zu (meist niedrigen) Schätzpreisen entschädigt werden und können natürlich gegen die Enteignung klagen. In der Praxis wird das »öffentliche Interesse« allerdings sehr weit ausgelegt: Seit der höchstrichterlich abgesegneten Zwangsenteignung von 1.400 Eigenheimbesitzern und 100 Betrieben durch die Stadtverwaltung von Detroit für den Bau eines GM-Automobilwerks im Jahr 1981 ist in diesem Bereich juristisch fast alles möglich.

Arbeiterkämpfe und Krieg

Ein Interview zur Situation im Iran

Unser Artikel vom Sommer 2005 zur Situation im Iran direkt nach der Wahl von Ahmadinedschad hatte einen Überblick über die Situation der ArbeiterInnen im Iran und neuere Entwicklungen des Klassenkampfes gegeben. Ungefähr acht Monate später haben wir bei einem iranischen Genossen im Exil nochmal nachgefragt: nach den Wahlen, dem Atomstreit, dem drohenden Krieg ...

Zunächst ist seine Einschätzung überraschend, dass im Iran die Kriegsgefahr anscheinend weniger zugespitzt gesehen wird als in Teilen der hiesigen Friedensbewegung (z.B. im *Freitag* vom 10.3.06), bzw. das Alltagsleben von anderen Fragen bestimmt wird. Im Verlauf des Gesprächs wird allerdings deutlich, dass die Lage womöglich noch gefährlicher ist und Appelle an ein angeblich »zivileres Europa« naiv sind: Vor dem Hintergrund der sozialen Situation, der Polarisierung der iranischen Gesellschaft, der Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit und der fast täglich stattfinden Streiks scheint die Einschätzung zuzutreffen, die wir zu Beginn des Irakkrieges 2003 hatten: Seit der iranischen Revolution von 1979 kann in dieser Region Herrschaft nur mittels Krieg aufrecht erhalten werden.

Der Countdown läuft, Mohssen Masserat im Freitag, *www.freitag.de/2006/10/ 06100101.php*

Im Sommer 2005, nach den Wahlen im Iran, schrieben wir in der Wildcat 74, dass der Wahlsieg Ahmadinedschads nur diejenigen überraschen konnte, die die innere Situation des Iran nicht ausreichend berücksichtigten. Kannst Du das rückblickend nochmal verdeutlichen, wie Du Dir das Wahlergebnis erklärt hast?

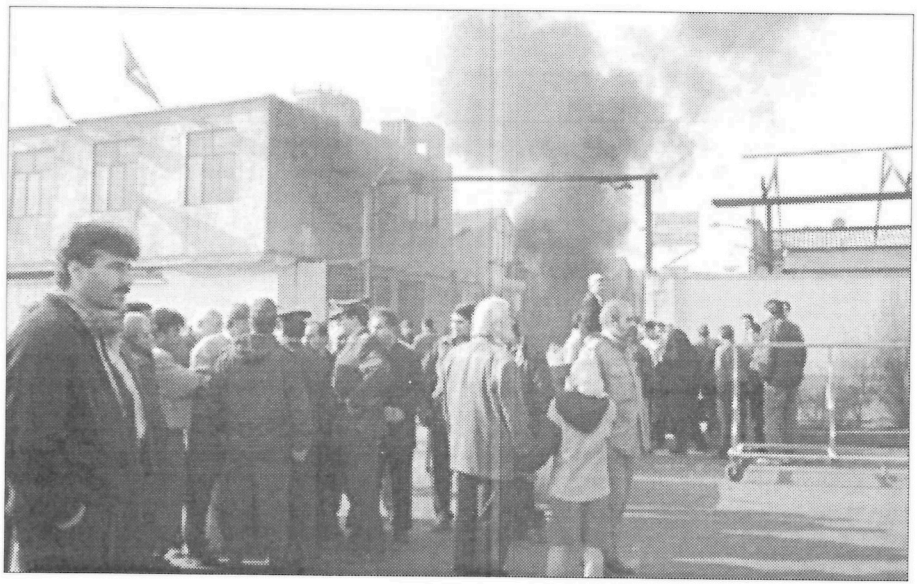
Nach dem Iran-Irak Krieg hat es seit Ende der 80er Jahre im Iran viele Arbeiterkämpfe, Aufstände in den Städten, insgesamt viel Bewegung gegeben. Auch die Jugendlichen (und das sind im Iran viele!) äußern mal mehr, mal weniger offen ihre Ablehnung gegenüber den Herrschenden. Das Regime hat zwar viele Bewegungen niedergeschlagen oder ihre Führer in den Aufbau der »Zivilgesellschaft« integriert – an den gesellschaftlichen Zuständen hat sich wenig geändert. Rafsandjanis »wirtschaftliche Liberalisierung«, Chatamis Kurs der »politischen Entwicklung« haben das Regime weitergebracht, es ist aber bei der instabilen Lage, die ihre Ursachen in der Massenarmut und der enormen Arbeitslosigkeit hat, an seine Grenzen gestoßen. Die Hoffnung auf umfassende politische Reformen »von oben« sind weg, die allgemeinen Lebensbedingungen, die Preise, die Mieten usw. bestimmen die Alltagsdiskussionen. Ahmadinedschad versprach im Wahlkampf, das Ölministerium aus den Klauen des Familienclans um den Milliardär Rafsandjani zu lösen und »die Armen« am Ölreichtum teilhaben zu lassen. In den letzen Jahren hatte seine konservative Partei die Stadträte und die Mehrheit im Parlament erobert und gegen den Widerstand der Regierung Chatami eine Politik der Preisstabilität erzwungen.

Außerdem rechnete im Unterschied zu 2003/2004 niemand wirklich mit einem Angriff der USA. Die – bekannten und erwarteten – Provokationen gegen die USA und Israel wurden als der übliche Macht- und Propagandakrieg abgetan. Die Gegenparole zu Ahmadinedschads »Standhaftigkeit gegenüber den USA«, Rafsandjanis »Ausgleich mit dem Westen« zog diesmal nicht. Ahmadinedschad wurde nicht nur von einem Teil der Armen gewählt, sondern auch von den Technokraten und den Teilen der Bevölkerung, die direkt oder indirekt von der Entwicklung der Atomtechnologie zu profitieren glauben (nicht zur Wahl zu gehen, ist im Iran ein Risiko, da du ohne Wahlstempel auf dem Perso Schwierigkeiten kriegen kannst).

Man darf auch nicht vergessen, wie die Pasdaran, die Revolutionswächter, eine Gardetruppe neben der Armee, zusammen mit den Basij, einer zivilen Miliz-Truppe (mit etwa einer Million Mitglieder, Ahmadinedschad war dort lange Jahre Ausbilder), im Iran Wahlen organisieren: die Basij sind massenhaft in den Dörfern, Stadtteilen und Unis auf Stimmenfang. 1997 hatten sie das für Chatami gemacht. Ihr Einfluss und die Zusammenarbeit der Pasdaran und der paramilitärischen Basij basiert auch auf ihrer Haltung gegenüber der US-amerikanischen Angriffsdrohung.

Man könnte die Stimmung aber auch so zusammenfassen: Mal schauen, ob tatsächlich was von der Ölrente umverteilt wird – und dann weitersehen.

»Inzwischen sind ca. 4000 Ingenieure und Wissenschaftler in der iranischen Nuklearindustrie beschäftigt, die – ganz in Übereinstimmung mit der Propaganda der europäisch-amerikanischen Nuklearindustrie – den Atomstrom als die einzige Alternative zu erschöpfbaren fossilen Energiequellen erklären und dafür plädieren, die Atomenergie zum zweiten Standbein der iranischen Energieversorgung zu machen ... Diese einflussreiche Gruppe kann die iranische Regierung für ihre Ziele sogar unter Druck setzen. Das Atomprogramm hat mittlerweile insofern auch den Zweck, die große Expertenschar weiterzubeschäftigen, um ihre Auswanderung nach Europa und vor allem in die USA zu verhindern, wo die meisten von ihnen ausgebildet wurden ...«
Mohssen Massarat, Motive der Konfliktparteien im Iran-Atomkonflikt (Graswurzelrevolution, bzw. *http://www.linksnet.de/artikel.php?id=2230*)



Alle Bilder in diesem Artikel stammen vom Streik der ArbeiterInnen der *Miral-Glashütte* in Teheran.

Wie hat sich die Situation seit dem letzten Sommer entwickelt?

Die neue Regierung will die inländische Produktion und das einheimische Kapital fördern, dazu hat sie für die Unternehmer die Sozialabgaben gesenkt. Ein Teil der Aktien der staatlichen Betriebe soll an ärmere Familien verkauft werden, es soll »Subventionen im Interesse der ärmeren Schichten« geben. Über die Reduzierung von Subventionen für Energie und Wasser und über die Rationierung von Benzin wird gestritten. Der Staat gibt vier Milliarden Dollar seiner Öleinnahmen für die Subventionierung von Importbenzin aus. Trotz Widerspruch im Parlament und Warnungen vor einer Steigerung der Inflation von jetzt offiziell 13 auf über 30 Prozent will die Regierung an diesen Subventionen festhalten und mit den Öldevisen die Staatsausgaben erhöhen. Sie argumentiert, eine jährliche Zunahme der Arbeitslosen um 700 000 könne nicht einfach hingenommen werden. In der Atompolitik zeigt sich die neue Regierung »standfest«. Sie spricht von »Würde« und »Prinzipientreue« und versucht mit Taten (Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage) und scharfen Worten in offenen (mit Russland) oder verdeckt weiterlaufenden Verhandlungen (z.B. mit den US-Abgeordneten während der Sicherheitskonferenz in München) die eigene Position zu stärken.

In den hiesigen Medien bestimmen »Atomkonflikt« und »Karikaturenstreit« die Berichterstattung über den Iran. Es kursieren Bilder von IranerInnen, die das »Recht auf eigene Atomenergie« fordern. Die iranische Regierung scheint mit dem »Atombombenstreit« vor dem Hintergrund der instabilen inneren Situation den Versuch zu starten, einen neuen Nationalismus zu mobilisieren. Welche Schichten der Bevölkerung erreicht das? Wie breit sind solche Mobilisierungen für das »nationale Atomprojekt«? Gibt es Parallelen zur Verstaatlichung der Erdölindustrie unter Mossadeq in den 50er Jahren?

Parallelen nicht! Damals gab es eine breite nationale Bewegung und zwar nicht nur im Iran. Die materielle Basis ist heute eine andere: Die Atomenergie kann nicht wie damals die Ölrente zur Grundlage der »nationalen Entwicklung«, der Spaltung und Einbindung der Arbeiterklasse werden. In den 50er Jahren hatten wir im Iran noch eine quasi vorkapitalistische Produktionsweise, Bauern und Arbeiter waren in der Öl-Frage mehr oder weniger einig mit der nationalen Bourgeoisie. Seit den 60er Jahren ist der Iran ein kapitalistisches Land. Die Arbeiterklasse sieht in der Entwicklung der Atomprojekte keine Perspektive. Rund um die Atomanlagen gab es Demos, aber da geht es um wenige hundert Beteiligte, und natürlich sind das keine spontanen Sachen, das ist von oben organisiert.

Seit 2004 schiebt der Staat immer wieder eine Debatte an, die natürlich das »nationale Wir« mobilisieren soll: dem Iran wird etwas »verboten«, was »alle Staaten« haben. Und das zieht sich bis in die Linke hinein. Bis vor ein paar Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass die Linke so eine Position einnimmt. Jetzt wird im Hauptsatz die Ablehnung des Staates betont, um im Nebensatz zu sagen, dass

Seit Mitte 2003 werden unter dem Begriff »Greater Middle East« die Vorstellungen der USA für diese Region mehr oder weniger offen diskutiert. Im Kern geht es um Kontrolle dieser zentralen geostrategischen Region durch die USA. Eine Kontrolle, die durch die zunehmende Instabilität regionaler Verbündeter wie Saudi Arabien neu gefestigt werden muss (siehe z.B. *http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19379/1.html*).

Im Januar 2005 beschrieb Seymour Hersh unter dem Titel »The Coming Wars« den Stand der Kriegsvorbereitungen (siehe *www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/iran/hersh.html*).

Arbeiterkämpfe im Iran:

Ein erfolgreicher Streik fand auf der *Iran-Sadra-Werft* in Behshahr statt. 1700 Arbeiter haben in einem dreiwöchigen Streik die Auszahlung rückständiger Löhne und Sonderzahlungen, sowie die Einführung eines Sozialversicherungsschutzes für die 1200 Vertragsarbeiter erreicht. Aufgrund der radikalen Proteste und wiederholten Streiks musste das Management auch die Löhne für die Streiktage zahlen. Das Schiffsbauwerk ist für die Herstellung und Reparatur von Seehafenanlagen und Bohrinseln (im Kaspischen Meer für das iranische Ölministerium) zuständig. Es werden auch Schiffe für Deutschland gebaut.
Im Internet ist meist von Bushehr die Rede – einer Stadt am persischen Golf im Süden, wo ein Atomkraftwerk gebaut wird. Hier geht es aber um Behshahr am kaspischen Meer im Norden. Hier hatte es im Juni 2003 eine Arbeiterrevolte gegeben, von der in der *Wildcat 66* berichtet worden war.

er wie alle anderen Staaten Atompolitik betreiben und sich nicht dem Diktat der USA beugen solle.

Trotz aller Propaganda und Rhetorik scheint es unwahrscheinlich, dass der Iran einen Krieg mit Israel und/oder den USA riskiert. Und die USA scheinen angesichts der Situation im Irak nicht zu einem solchen Krieg in der Lage zu sein – auch wenn er »nur« aus der Luft geführt werden sollte. Andererseits könnte gerade das Geplänkel vor der UNO und eine Phase von Sanktionen und diplomatischem Druck den USA und dem Iran die Möglichkeit bieten, ihre jeweiligen Krisenherde – das sind für die USA die wirtschaftliche Situation und der Irakkrieg und für den Iran die Situation im Inneren – zu kontrollieren oder davon abzulenken. Aber liegt nicht gerade in diesem Mechanismus die Möglichkeit eines Krieges? Wie wird das im Iran diskutiert, was denkst du?

Mit dem Irakkrieg wurden die Vorstellungen der USA für die gesamte Region deutlich. Nach Beginn des Irakkriegs war ein Angriff auf den Iran von vielen erwartet, von einem Teil der Jugendlichen auf eine ganz widersprüchliche Art sogar erhofft worden. Heute sind solche Stimmen gar nicht mehr zu hören, was natürlich auch etwas mit der Entwicklung im Irak zu tun hat.

Die Auseinandersetzungen in der Atomfrage, der Karikaturenstreit und die verbalen Attacken Ahmadinedschads gegen Israel scheinen der Vorbereitung eines Krieges zu dienen – das bedeutet weder, dass es dazu kommen muss, noch, dass mit verbalen Attacken ein Krieg vorbereitet werden soll. Ich denke, die Frage »Krieg oder kein Krieg?« ist falsch gestellt. Der Iran befindet sich spätestens seit 2003 inmitten eines Kriegsgebiets. Die Kriegsvorbereitungen sind seit langen am Laufen, Ziele werden recherchiert, festgelegt. Inzwischen wurden einige US-Internetdienste für den Iran ausgeknipst, Google und Yahoo drohen, dies auch zu machen. Das macht es den Leuten noch schwieriger, an Informationen ranzukommen oder sich auszutauschen.

Du hast die Karikaturen erwähnt. Welche Rolle spielen sie, wer hat sich an den Mobilisierungen beteiligt?

Von der BRD aus ist das nicht ganz einfach zu beurteilen, aber die Mobilisierungen im Iran waren klein, vor der dänischen Botschaft in Teheran waren nur hundert Leute. Es erinnert mich ein wenig an die Geschichte mit Salman Rushdi. Den kannten im Iran nicht viele, und hier war es in den Medien ein Riesending. Damit ist noch nichts zur aktuellen Funktion oder Dimension der Religion, des Islam gesagt. Und auch nicht dazu, dass dieser Karikaturenstreit von verschiedenen Seiten instrumentalisiert wird. Hier kommt es so an, als hätten die Leute sonst keine Probleme, als sich über Karikaturen zu empören, während es eigentlich andersrum ist.

Mit seinen großen Öl- und Gasreserven, den Energieabkommen mit Indien/Pakistan und China, der Absicht eine »Euro-Ölbörse« im Iran zu installieren, könnte der Iran den für die USA zentralen Erdölmarkt – den sie mit dem Irakkrieg absichern wollten – erschüttern. Könnte der Atomkonflikt nicht auch ein Versuch sein, den Iran als Hegemonialmacht zu stärken und als Atommacht gegen Militärschläge abzusichern?

Nach allen abgeschlossenen und abgebrochenen Verhandlungen kann man eines festhalten: vor dem Hintergrund der strategischen Pläne der USA für die gesamte Region wird es die vom Iran geforderte Sicherheitsgarantie für einen Verzicht auf die Urananreicherung nicht geben – trotz der stillen Zusammenarbeit des iranischen Staates mit den USA bei den Kriegen in Afghanistan und im Irak. Mit dem Rückenwind der gestiegenen Öleinnahmen und vor dem Hintergrund der Entwicklungen im

Die 150 Arbeiter der *Miral-Glashütte* im Süden Teherans befinden sich in einer weniger machtvollen Position. Trotzdem machten sie Druck. Auch sie hatten seit elf Monaten keinen Lohn mehr bekommen. Nach monatelangen Streiks, Demos und Straßenblockaden mit brennenden Reifen vor den Fabriktoren steckten sie am 4.3.2006 die Fabrik in Brand. Sie stellten sich gegen die Sicherheitstruppen und verhinderten die Löscharbeiten. Sie drohten die Fabrik gänzlich abbrennen zu lassen, wenn die Löhne nicht gezahlt würden. Das Management erschien schließlich in Begleitung von Staatsbeamten mit der Zusage, innerhalb einer Woche die Forderungen zu erfüllen (Bilder vom 31.12.2005 unter *http://www.iranfocus.com/modules/news/article.php?storyid=5088*).

Irak und in Palästina wird die iranische Regierung ohne solch eine Garantie an der Urananreicherung festhalten. Ein Verzicht würde eine vollständige Abhängigkeit von Europa oder Russland in Sachen Atomtechnologie und Brennstoffversorgung bedeuten. Keine gute Grundlage für die Ambitionen, die regionale Hegemonie auszubauen.

Angesichts der gestiegenen Ölrente, des Einflusses im Irak, der Aussicht, auf dem chinesischen Energiemarkt zum Zug zu kommen, sieht der iranische Staat sicherlich Möglichkeiten, seine Position zu stärken – und das muss in dieser Logik dann auch abgesichert werden. Die Möglichkeit einer eigenen Atombombe wird seit dem Iran-Irak Krieg in den 80er Jahren in Betracht gezogen. Schon damals wurde argumentiert, dass es mit der Bombe vielleicht nicht zu diesem Krieg gekommen wäre. Das gesamte Atomprojekt ist ja nicht neu, es begann in den 60er Jahren unter dem Schah mit Hilfe der USA. In den europäischen Ländern gibt es die Position, dass der Iran die Atomtechnik haben könnte, wenn sie nicht so eine »durchgeknallte« Führung hätten. Abgesehen davon, dass ich diese nicht für verrückt halte, ist das natürlich eine heikle Argumentation angesichts eines Präsidenten Bush. Warum die USA so heftig reagieren, ist klar: sollte der Iran Atomwaffen bauen können, wäre dies ein weiterer Angriff auf die hegemoniale Macht der USA.

Zurück zum Klassenkampf im Iran. Seit dem Iran-Irak-Krieg wurden die ArbeiterInnen, die den Schah ins Exil getrieben hatten, mit Krieg und Unterdrückung überzogen. 1997 gab es wieder erste Aktionen der vormals starken Ölarbeiter – die wieder mit heftiger Repression überzogen wurden. In der Wildcat 74 berichteten wir von der Gründung zweier Komitees zur Organisierung freier Arbeiterorganisationen. Was ist seither passiert? Die Entwicklung scheint sich seit Juni 2005 rund um die Gewerkschaft des Öffentlichen Nahverkehrs Teheran (Vahed) zugespitzt zu haben?

Die beiden Komitees entstanden aus Initiativen von ArbeiterInnen und intellektuellen Kreisen. Organisatorisch ist nicht viel geblieben. Hin und wieder berichten die Initiatoren von Streiks oder unterschreiben Solidaritätserklärungen für die Arbeiter- und Gewerkschaftskämpfe. Die Vorbereitungen zur Wiederbelebung der Busfahrergewerkschaft sind eine andere Geschichte. Sie begann schon etwa zwei Jahre vor der Gründung der beiden Komitees. Der Impuls kam von Mitgliedern der »Gründungsinitiative der Gewerkschaften«, die es seit vier Jahren gibt. Diese Initiative wollte auf dem Boden der iranischen Arbeitsgesetzgebung neue Arbeiterorganisationen gründen. Beteiligt waren Handwerker, Arbeiter, alte KPler der Tudeh Partei und auch religiöse Kreise. Diese Initiative hatte im Unterschied zu den beiden erwähnten Komitees keine Probleme mit dem Staat. Die Komitees bezogen sich zwar auch auf vom iranischen Staat unterschriebene internationale Konventionen rund um die ILO, um den internationalen Gewerkschaftsbund mit ins Boot zu holen – gleichzeitig betonten sie aber eine politische, antikapitalistische Organisierung. So etwas hört man aus den Kreisen rund um die *Vahed* Gewerkschaft nicht. Diese Initiative traf sich im Gebäude der Bäckergewerkschaft – die im Unterschied zu vielen anderen Gewerkschaften nie verboten gewesen war. Das lag daran, dass in den handwerklichen Berufen – wie Bäcker oder Schuhmacher – die Organisationen weniger Gewerkschaften als Genossenschaften sind, denen auch die Kleinunternehmer angehören. Diese Genossenschaften wurden anders als die Arbeitergewerkschaften nur selten verboten, was natürlich auch damit zusammenhängt, dass sie kaum aktiv waren, zumindest nicht für Arbeiterinteressen.

Die *Vahed*-Gewerkschaft hat diese legale Struktur als Sprungbrett benutzt. Dort diskutieren die Gewerkschafter auf Bildungstreffen und in Seminaren die iranische Verfassung, Arbeitsgesetze und internationale Konventionen, aber auch über »ein-

fache« Arbeiterforderungen wie Lohnerhöhungen, Arbeitskleidung oder die Einstellung von Hilfspersonal für die Busfahrer. Aber im Grunde ging es vor allem um die Wiederbelebung der Gewerkschaft, die vor etwa 20 Jahren zerschlagen, aber nicht offiziell verboten worden war.

Die heiße Phase der Präsidentschaftswahl wurde als günstiger Zeitpunkt für die Wiedergründung gesehen, und nach einer Urabstimmung wurde die *Gewerkschaft der ArbeiterInnen des Öffentlichen Nahverkehrs Teheran – Vahed* neu gegründet, trotz Drohungen und Überfällen durch Schlägertruppen der »Islamischen Arbeitsräte« und das »Haus der Arbeiter« (das organisatorische und repräsentative Dach der Arbeitsräte).

Bevor wir zu dieser Gewerkschaft, bzw. den Auseinandersetzungen kommen: Welche Streiks hat es im letzten Jahr noch gegeben?

Im Iran wird fast ständig irgendwo gestreikt. Meist geht es um ausstehende Löhne oder um Lohnforderungen. Der Mindestlohn wurde zwar gerade von 120 auf 150 Euro erhöht, aber angesichts der Preissteigerungen braucht man mindestens 450. Mit 150 Euro kann man in Teheran nicht einmal eine 2-Zimmer Wohnung mieten. Die Busfahrergewerkschaft fordert einen Mindestlohn von 350 Euro. Selbst nach offiziellen Statistiken gibt es eine Million ArbeiterInnen, denen zwischen 3 und 36 Monatslöhne nicht gezahlt wurden. Für die zweite Hälfte 2005 wurden über 2000 Streiks oder Arbeitskonflikte offiziell registriert. Deshalb will ich nur auf herausragende Beispiele eingehen. In Kurdistan gab es Ende 2005 einen zweimonatigen Streik in einer Textilfabrik. Folgende Forderungen wurden durchgesetzt: 36 entlassene ArbeiterInnen wurden wieder eingestellt, die Streiktage wurden zur Hälfte bezahlt. »Tod oder zurück zur Arbeit« war auf Transparenten zu lesen, das ist natürlich eine heikle Argumentation! Ein wichtiger Hintergrund war die Jugendrevolte in Kurdistan im August 2005 nach der letzten Wahl. Der Streik fand kurz darauf statt, viele waren noch immer wütend.

Während die Repression gegen die *Vahed*-Gewerkschaft auch in Deutschland wahrgenommen wurde, gilt dies nicht für diese Jugendrevolte in Kurdistan. Es hatte wie so oft begonnen: ein Jugendlicher wurde verhaftet und gefoltert. Als sein Tod bekannt wurde, kam es zu Protesten in verschiedenen Städten, Kämpfen mit den Bullen und dem Militär. Innerhalb weniger Wochen wurden ca. zwanzig Leute getötet. Schließlich fand noch ein Generalstreik statt, der allerdings der Abschluss der Revolte war.

Wie ging es mit der Vahed-Gewerkschaft weiter?

Mit der Gründung im Sommer 2005 waren die Auseinandersetzungen mit dem Staat um die Anerkennung nicht beendet. Die Arbeiter forderten mehr Lohn und mehr Personal für die Busse, damit die Fahrer nicht mehr alles machen müssen. Am 22. Dezember 2005 wurden zwölf Vorstandsmitglieder, darunter der Gewerkschaftsvorsitzende Mansour Ossanlu, verhaftet und ins Teheraner Hochsicherheitsgefängnis Ewin gebracht. Gleichzeitig wurden die Konten der Busfahrer-Gewerkschaft gesperrt. Am 25. Dezember rief die Gewerkschaft zum Streik auf und forderte die Freilassung aller Gefangenen, die Bezahlung der Überstunden und Ausgleichszahlungen für Mehrarbeit. Die Hälfte der 6000 Teheraner Busse stand still. Nachdem der Oberbürgermeister von Teheran in einem Stadion vor 10 000 Beschäftigten der Verkehrsbetriebe die Erfüllung der Forderungen versprach, wurde der Streik beendet. Allerdings wurde dann nur die Leitung der Busbetriebe ausgetauscht. Die Vorstandsmitglieder, aber nicht der Gewerkschaftsvorsitzende, wurden freigelassen, die anderen Forderungen blieben unerfüllt.

Am 7. Januar 2006 gingen die Proteste weiter, viele Busse fuhren den ganzen Tag mit eingeschaltetem Licht, wieder ging es um die Freilassung von Ossanlu. Das mit dem Licht hört sich für Euch wahrscheinlich eigenartig an, aber zu Zeiten der Revolution war das Licht an den Autos ein Zeichen an alle, dass was gemacht werden sollte, eine Art »Rauchzeichen«, eine Vorstufe für Demonstrationen. Das haben die Herrschenden natürlich auch heute kapiert.

Am 24. Januar 2006 kündigte die Gewerkschaft einen Streik für Samstag, den 28. Januar an und forderte wieder die Freilassung von Ossanlu, die rechtliche Anerkennung der Gewerkschaft und den Abschluss eines Tarifvertrags. Die Gewerkschaft betonte, alle legalen Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben und dass nun die Arbeiter zum Streik drängten.

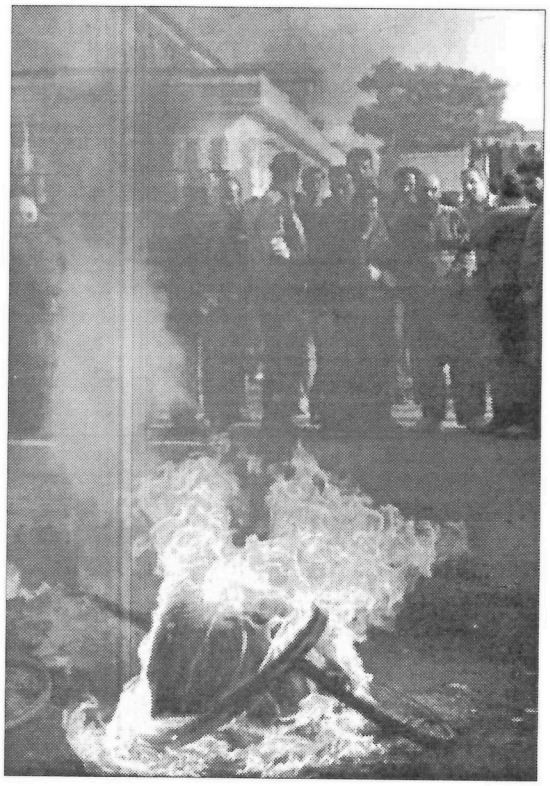
Am frühen Morgen der 28. Januar wurden mehr als 500 Gewerkschaftsmitglieder, Busfahrer, Arbei-

Revolte im Kurdistan

Über das Vorgehen der iranischen Sicherheitskräfte gegen die Proteste war hier wenig zu hören. Dabei geht es nicht nur um iranischen oder kurdischen Nationalismus, sondern auch um eine »Reservearmee« an billiger Arbeitskraft für den Iran vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit und breiter Armut. Der Einfluss der Linken ist hoch und die Religion ist Sunni – im Unterschied zur Schii im Iran. Am 9.7.2005 versuchten die Pasdaran einige Jugendliche in Mahabad zu verhaften. Einer der Jugendlichen wurde durch Schüsse verwundet und starb später unter der Folter. In den nächsten Tagen demonstrierten Tausende Jugendliche vor den Regierungsgebäuden, die Protestwelle erreichte andere Städte. Das Regime setzte Millitär und Spezialeinheiten ein. Etwa 20 Menschen werden getötet, über 200 verwundet, Hunderte festgenommen.

Die kurdische Regierung in Irakisch-Kurdistan verbot Unterstützungsdemos im Nordirak, Sicherheitskräfte der PUK/Patriotische Union Kurdistan verhinderten eine Demonstration durch Schüsse. Die Demokratische Partei Kurdistan/Iran (KDPI), die den Irak-Einsatz der USA begrüßt hatte, wollte die Jugendlichen mit dem Hinweis auf die Regierungsbeteiligung der kurdischen Parteien im Irak zur Ordnung rufen. Radikalere Teile der linken Parteien, etwa Komalah (Teil der KP Iran), beklagten die Führungslosigkeit des Widerstands.

Nachdem die iranische Bevölkerung die Revolte auch nach Wochen nicht unterstützte, wurde für den 7.8.2005 ein eintägiger Generalstreik in ganz Kurdistan organisiert. Mit diesem »symbolischen Sieg« flaute die Bewegung ab.



ter und Unterstützer der Streikenden verhaftet. Uniformierte und zivile Sicherheitskräfte setzten Tränengas ein und drohten, die Fahrer zu erschießen. Durch diesen agressiven Einsatz konnten die Sicherheitskräfte die Busfahrer in die Busse bzw. zur Arbeit zwingen. Wer sich wehrte, wurde niedergeknüppelt und festgenommen. Gleichzeitig wurden viele Streitkräfte als Fahrer eingesetzt. Der Leiter der Öffentlichen Busbetriebe Teheran und Umgebung bezeichnete alle Inhaftierten als subversiv und arbeiterfeindlich und drohte mit Entlassung.

Die Gewerkschaft, die ihre Gründung im Rahmen der iranischen Arbeitsgesetze vollzogen hatte, wurde von dieser Brutalität überrascht. Viele Verhaftete wurden wieder freigelassen, nachdem sie eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hatten, auf weitere (Gewerkschafts-)Aktivitäten zu verzichten. Das ändert allerdings nichts an den Kündigungen. Acht Leute sind noch immer im Knast. Das islamische Regime will wie üblich, dass sie sich in einem Showprozess im Fernsehen von ihren Aktivitäten distanzieren.

Am internationalen Solidaritätstag, den die ICTFU für den 15. Februar ausgerufen hatte, passierte im Iran wenig. Die Gewerkschafter sagten den ausländischen Sendern, dass sie aufgrund des starken Regens, vor allem aber wegen des massiven uniformierten und zivilen Polizeiaufgebots nicht vor das Islamische Parlament ziehen konnten. Nur in den umliegenden Straßen fanden kleine Kundgebungen statt.

Die Aktionen und die Repression gegen die Vahed-Gewerkschaft ist hier zumindest in linken Kreisen angekommen – auch der Solidaritätstag der ICFTU. Es wird von einem »neuen Aufbruch« geredet. Wie schätzt Du das ein?

Nach der Repressionswelle ist erst mal Ruhe, bzw. gibt es keine offenen Aktionen, obwohl die Forderungen nicht erfüllt sind. Die freigelassenen Arbeiter dürfen nicht wieder arbeiten. Mitte März versammelten sich über hundert Arbeiter vor Regierungsgebäuden und dem Sitz der Unternehmensführung, um die Wiedereinstellung der Entlassenen zu fordern. Die Unternehmensleitung drohte den Arbeitern mit der Streichung von Sonderzahlungen, wenn sie ihre gefeuerten Kollegen nicht am Betreten des Betriebsgeländes hindern würden. Gleichzeitig waren nach dem Streik an Arbeiter, die nicht gestreikt hatten, Prämien ausgezahlt worden.

Der Kampf der Busarbeiter war im Grunde wie viele andere Kämpfe. Seine Besonderheit war die Gründung der Gewerkschaft und die lange Vorbereitung. Viele Arbeiterkämpfe waren und sind ähnlich intensiv, der Unterschied ist der Versuch, eine gewerkschaftliche, bzw. legale Organisationsstruktur aufzubauen. Das ist der Grund, warum von einem »neuen Aufbruch« gesprochen wird. Die beiden oben erwähnten Komitees spielen für die Kämpfe keine große Rolle. Natürlich beteiligen sich Leute von ihnen an den Aktionen in den Betrieben, aber bis jetzt sind sie vor allem ein Anlaufpunkt für verschiedene Linke, die Flugblätter und eine Webseite machen und Anlaufpunkt der Exillinken. Seit den Erfahrungen nach der Revolution 1979 hat ein Großteil der Linken im Iran Angst vor unkontrollierten Bewegungen »von unten«, vor den »Massen ohne Führung«. Ein Teil der linken Intellektuellen hat für »die Unterschichten« nur noch Verachtung übrig und setzt auf politische Reformen, sucht seinen Platz in der »Zivilgesellschaft«, und sieht seine Aufgabe darin, revolutionäre Umstürze zu verhindern. ■

P.S. Vom 21.3.2006: Am 18./19.3.2006 wurden fünf Vorstandsmitglieder der *Vahed*-Gewerkschaft und ein Metallarbeiter aus dem Knast entlassen. Gewerkschaftschef Ossanlu und der Autoarbeiter Afshin Bahrami sind weiterhin inhaftiert. ■

Streikwelle in Vietnam:

Nirgendwo sicher

Im Jahr 2000 bestand ein guter Teil des indonesischen Exporterfolgs aus *»gebrauchten Textilmaschinen«*. Die Bekleidungsindustrie floh vor den indonesischen ArbeiterInnen, die nach dem Sturz der Soeharto-Diktatur ihre neuen Möglichkeiten mit einigem Erfolg dafür einsetzten, die Folgen der Asienkrise von 1998 zu mildern. Bis heute sind sie wohl die streikfreudigsten in ganz Südostasien. Die Industrien, die in der Ausbeutung von Massenarbeitskraft bestehen, haben naturgemäß einen relativ geringen Kapital- und Maschineneinsatz. Eine Nähmaschine oder manchmal nur ein Pinsel zum Auftragen des Leims auf die Schuhsohlen – und fertig ist ein Arbeitsplatz. Diese Art von Industrie ist mobil. Textil- und Schuhindustrie zogen damals schon zum Teil nach Vietnam, vor allem aber nach China.

Auf der Suche nach der aktuell billigsten Arbeitskraft können die Fabriken jetzt noch von den Küstenprovinzen ins Landesinnere von China ziehen. Aber es ist klar: Die chinesischen WanderarbeiterInnen stehen nicht mehr ganz oben auf der Skala. Vietnam ist neuerdings hoch im Kurs, nachdem es in noch billigeren Ländern (wie etwa Nordkorea, Laos, Teilen von Afrika) entweder an Infrastruktur mangelt, politische Risiken bestehen oder die Arbeiterklasse dort schon ihre Streikfähigkeit unter Beweis gestellt hat, wie etwa in Kambodscha.

Es ist schwer, Löhne zu vergleichen. Zum Teil, weil systematische Untersuchungen nicht vorliegen. Zum Teil, weil Kaufkraft verglichen werden müsste. Ein alternatives Projekt, das weltweit versucht rauszukriegen, wie viele Burger sich eine Verkäuferin bei McDonalds von ihrem Lohn kaufen könnte, ist leider noch nicht sehr weit gekommen. In Asien sind die Lohnunterschiede zwischen Branchen, Regionen, Gruppen sehr viel extremer als bei uns. So kann eine Vorarbeiterin schon mal das fünffache einer einfachen Arbeiterin verdienen. Wir schätzen grob, dass eine besser bezahlte Industriearbeiterin einschließlich Überstunden in China 1000 Yuan im Monat (104 Euro), in Indonesien 1 Million Rupiah (91 Euro) und in Vietnam 1 Million Dong (53 Euro) verdienen kann. Das vergleicht nicht den Lebensstandard, wohl aber die Kosten, die für das Weltkapital anfallen. Hinzu kommt, dass es in den letzten 10 Jahren schon immer Streiks gegeben hat, dennoch der Chef der Europäischen Handelskammer in Vietnam den wichtigsten Wettbewerbsvorteil darin sieht, dass vietnamesische ArbeiterInnen *»nicht so gerne streiken«*.

Nike, *Adidas* oder *H&M* haben keine eigenen Fabriken, südkoreanisches und taiwanesisches Kapital organisiert weltweit die Produktion. Die Textil- und Schuhindustrie sind schon länger in Vietnam und beschäftigen da vorwiegend Frauen, die aus nördlichen Landesteilen in den Süden migrieren. Seit letztem Jahr zieht es auch verstärkt die bisher in China ansässige japanische Elektronikindustrie nach Vietnam. Sie war geschockt von den antijapanischen Demos in China und vor allem von den vielen Streiks (über den prominentesten bei *Uniden* in Shenzhen haben wir in *Wildcat 74* berichtet). Ihre verbreitetste Strategie scheint zu sein, wenigstens einen Teil der eigenen Produktion nach Vietnam zu verlegen, um sich gegen Ausfälle abzusichern.

Seit Dezember letzten Jahres werden die Weltmarktfabriken in Vietnam von einem Streik nach dem anderen überzogen. Der Schwerpunkt liegt in den südlichen Regionen, vor allem in Ho-Chi-Minh-Stadt und Bien Hoa. Gerade deshalb beklagte die japanische *Asahi Shimbun* am 3.2.2006:

ArbeiterInnen einer taiwanesischen Fabrik in Zentralvietnam im Streik

»Die Arbeitskämpfe kommen zu einem kritischen Zeitpunkt, da viele japanische Firmen gerade ihre Fabriken von China und anderswo nach Vietnam verlegen«.

Wie sich diese Kämpfe organisiert haben, wissen wir nicht. Unsere Informationslage bezüglich Vietnam ist noch schlechter als etwa zu China. Klar scheint zu sein, dass die offizielle Staatsgewerkschaft nicht beteiligt war. Zum Teil, weil sie in vielen Firmen mit ausländischem Kapital gar nicht vertreten ist; zum Teil, weil sie von den ArbeiterInnen nicht für zuständig gehalten wird. Berichtet wird von *»außenstehenden Gruppen«* und von einzelnen Arbeitern, die *»handgeschriebene Zettel«* verteilen, um zum Streik aufzurufen.

Die Streiks sind zwar – rein juristisch gesehen – allesamt illegal. Dennoch scheint es bisher in Vietnam nicht üblich zu sein, dass Streiks als solche mit Gewalt unterdrückt werden. Eher kommen KP und Gewerkschaft herbeigeeilt, um einen Kompromiss zu organisieren. Allerdings kam es durchaus auch zu Sachbeschädigungen und anderen proletarischen Wutausbrüchen mit anschließender Intervention der Staatsmacht.

Das ganze Ausmaß der Streikwelle ist nicht bekannt. Es gibt kaum unabhängige Quellen über Vietnam; die meisten Infos erreichen uns deshalb, weil die staatlichen Agenturen selbst darüber berichtet haben. In der ersten Streikwelle zwischen dem 28. Dezember letzten und dem 8. Januar diesen Jahres waren 50 000 ArbeiterInnen aus über 50 Fabriken (die meisten in taiwanesischem Besitz) beteiligt. Die Regierung antwortet damit, dass sie ihre Aufforderung an die ausländischen Firmen wiederholt, die Mindestlöhne um 40 Prozent zu erhöhen, und dies für Anfang Februar verbindlich macht. Wobei die Vorsitzende der Staatsgewerkschaft schon öffentlich warnt, dass dies allein nicht reichen wird, um das »Streikfieber« zu senken – es gehe auch um überlange Arbeitszeiten und miserable Arbeitsbedingungen. Und, wie an anderer Stelle hervorgehoben wird, um den Respekt, an dem es viele ausländische Manager den ArbeitrInnen gegenüber fehlen lassen.

Die Firmen halten sich an die Forderungen, aber versuchen zu tricksen. Natürlich kriegen fast alle ArbeiterInnen mehr als den Mindestlohn; deshalb kürzten die Chefs einfach die Zulagen. Daran entzündete sich der zweite Teil der Streikwelle, an der wiederum zigtausende beteiligt waren. Sie dauerte mindestens bis Mitte März. Seit Anfang März gibt es zwar fast keine Nachrichten mehr von den vietnamesischen Quellen, manchmal aber weitere Updates in den Zeitungen der »Heimatländer« des Kapitals. Im Februar und März waren auch japanische Firmen betroffen – etwa *Mabuchi Motors* und *Fujitsu Computers*. Aber sehr viel mehr Sorgen scheint sich die Regierung darüber zu machen, dass die Streiks, wenn auch erst vereinzelt, auf Staatsbetriebe übergegriffen haben. Dort sind die Löhne im allgemeinen noch geringer und die Arbeitsbedingungen noch schlechter.

Sowohl die taiwanesischen, japanischen als auch europäische Kapitalverbände haben die vietnamesische Regierung aufgefordert, massiver gegen die Streiks vorzugehen. Zum Teil wurden sie recht cool abgewiesen. *»Die Streiks finden statt, weil das vietnamesische Arbeitsrecht nicht eingehalten worden ist«*, so ein Minister. Auch die europäische Handelskammer in Vietnam beschwerte sich, dass sie vor der Mindestlohnerhöhung nicht konsultiert worden sei. ■

»Samstags gehört dem Vati der Betrieb«

Wochenendschicht und Tarifkonflikt bei Philips Semiconductors(PSH) in Hamburg

Stachel im Fleisch der Geschäftsleitung:

Geschichte der Philips-Mitarbeiterforen im Internet

1. Teil: www.wir-wehren-uns.com

Nachdem unser erstes IG Metall-Forum *wir-wehren-uns.com* zu Beginn der aktuellen Tarifauseinandersetzung im September 2004 erfolgreich gestartet war, kam es im Januar 2005 im Forum (Gästebuch) zu anonymen »Morddrohungen« gegen einige freigestellte BRs. Diese »üblichen Verdächtigen« waren wegen ihres unternehmerfreundlichen Verhaltens immer wieder das Ziel von verbalen (harmlosen) Attacken. Obwohl es in diesem Forum, in dem jeder Interessierte ohne sich anzumelden seine Meinung anonym äußern konnte, bis dahin weit über 1000 unbeanstandete Beiträge gab, wurden diese »verbalen terroristischen Akte« von Leuten, denen das Forum von Anfang an ein Dorn im Auge war, publizistisch ausgeschlachtet und aufgebauscht. (...) Philips reichte eine Klage gegen die IGM auf Unterlassung des anonymen Mordaufrufes im Gästebuch des IGM-Forums ein. Die IGM hat am 21. Januar 2005, also drei Tage nach der »Morddrohung«, das IGM-Forum (Gästebuch) geschlossen. Vor Gericht gaben IGM-Vertreter dann eine eidesstattliche Versicherung ab, dass die IGM nichts mehr mit dem später entstandenen »Philips Mitarbeiterforum« zu tun hat.

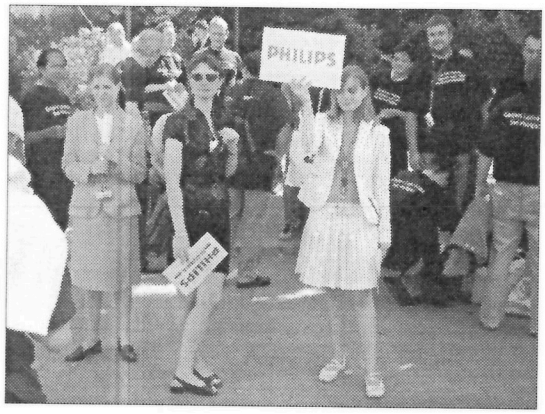
Die IT-Industrie wird meist mit hochbezahlten Programmierern gleichgesetzt. Dabei wird übersehen, dass der größte Anteil der Arbeit in der Mikroelektronik in der Industrie anfällt, in der die Arbeitsmittel u.a. der Softwareentwickler hergestellt werden. Die Produktion von Halbleitern ist solch ein Bereich. Dort werden Siliziumscheiben, sogenannte Wafer, hergestellt, in verschiedenen Verfahrensschritten bearbeitet und aus diesen Scheiben schließlich die einzelnen Mikrochips herausgetrennt. *Philips* ist in Europa einer der Großen der Branche.

Dass die Halbleiterindustrie eine normale Industrie mit normalen Arbeitskonflikten und einer Industriebelegschaft ist, wurde spätestens im Herbst letzten Jahres deutlich, als die (hauptsächlich migrantischen) Beschäftigten von Infineon in München acht Tage streikten und sogar die Bullen gegen sie eingesetzt wurden. Auch *Philips* in Hamburg war bis in die 70er Jahre im Produktionsbereich ein reiner (jugoslawischer) Frauenbetrieb. Anfang der 80er wurden viele VietnamesInnen eingestellt, ab Ende der 80er hauptsächlich deutsche FacharbeiterInnen. Diese Geschichte wirkt bis heute fort: Extrem autoritäre und paternalistische Strukturen im Betrieb, mit denen die Facharbeiter nicht klarkommen. Aber nicht nur die, auch die Vietnamesen im Betrieb haben sich radikalisiert, nachdem sie zu Anfang eher fleißiger waren, Konflikte nicht so offen austrugen usw. Bei den Aktionen der letzten Zeit waren auffällig viele von ihnen dabei – aber wir greifen vor.

Bei *Philips* gibt es seit langem einen Konflikt vor allem um Flexibilisierung und Mehrarbeit, kurz: um die Verfügung über die eigene Zeit. Im Dezember 2005 wurde dieser Konflikt durch die IG Metall vorläufig beendet. Hauptakteure dieser Auseinandersetzung waren die Arbeiter aus der Wochenendschicht. Dieses Schichtmodell hatte *Philips* Mitte der 80er Jahre eingeführt. Die Verpflichtung zu regelmäßiger Arbeit ausschließlich am Samstag, Sonntag und allen Feiertagen wurde mit hohen Zuschlägen versüßt. Wenn Wochenendarbeit erst einmal als normal angesehen wird, dann ließe sie sich auch verpflichtend und regelmäßig für alle durchsetzen (sog. Contischichtmodell), so das Kalkül von *Philips*. Stattdessen haben sich die Leute in der Wochenendarbeit eingerichtet und ihr Leben entsprechend organisiert. Mittlerweile sind die Betriebs»jüngsten« der Wochenendschicht seit über acht, neun Jahren dabei. In der Dreischicht ist die Fluktuation höher und das Betriebsalter wesentlich niedriger. Aber auch dort sind in den letzten Jahren relativ wenige Arbeiter neu eingestellt worden; stattdessen wurde die Leiharbeit rapide ausgeweitet; vor 2001 gab es kaum welche, heute sind über 300 (fast ein Drittel der Arbeiterschaft) bei PSH über Leiharbeitsfirmen beschäftigt. Für sie gibt es ein dreistufiges Tarifmodell: Sie starten mit knapp der Hälfte des Lohns eines PSH-Kollegen und können bis auf etwa zwei Drittel kommen. Neuerdings werden auch Techniker, also Angestellte, über Leihfirmen beschäftigt. Sie sind in der Lohnsumme für PSH nicht unbedingt billiger, können aber jederzeit entlassen werden.

Ein Stichwort der Auseinandersetzungen der 90er Jahren heißt »Arbeitszeitkonten«. 1996 wurden sie befristet eingeführt. Die Regelung traf zunächst nur auf halbherzigen Widerstand, da sie in einer wirtschaftlichen Krisensituation eingeführt wurde und für viele das Problem drohender Kurzarbeit löste. Sie haben erstmal massig Minusstunden bei normalem Lohn angehäuft. Als es ein Jahr später jedoch darum ging, die aufgelaufenen Minusstunden durch Mehrarbeit wieder abzuleisten, verweigerten viele Wochenendschichtler zusätzliche Schichten in der Woche.

Der nächste wichtige Angriff lief 2001. *Philips* spaltete sich in verschiedene Sparten auf, u.a. wurde das Halbleitergeschäft als »*Philips Semiconductors*« weitergeführt. Da nun offiziell eine neue Firma entstanden war, standen auch die alten Tarife zur Disposition. Der alte IG Metall-Tarif sollte vom Chemietarif abgelöst werden. Die Angst davor ließ die IGM organisatorisch erstarken; unter ihrer Federführung wurde ein Tarifvertrag abge-



schlossen, der in seinen Konsequenzen erst später zum Tragen kam: Angeblich um Neueinstellungen durch billigere Einstiegslöhne zu erleichtern, ließ sich der Betriebsrat auf ein Herauslösen der Schichtzulagen aus dem Tarifvertrag ein. Es kam jedoch kaum zu Neueinstellungen. Stattdessen wurde diese Bresche im Tarifvertrag dann 2004 als Hebel genutzt, um mehr Flexibilität durchzusetzen. Trotz hoher Unternehmensgewinne forderte PSH eine Senkung der Lohnstückkosten um 25 Prozent. Da alle Rationalisierungsreserven durch Automatisierung usw. ausgeschöpft waren, war klar, dass es nun um die Löhne ging. Das zweite deutsche PSH-Werk in Böblingen wurde ziemlich schnell weichgekocht; schon nach kurzer Zeit schloss der Betriebsrat einen Ergänzungstarifvertrag ab, der ca. 16 Prozent Lohnverzicht durch unbezahlte Mehrarbeit brachte. Da hiermit der Lohntarif nicht angetastet wurde, war nach Lesart der Gewerkschaft die Möglichkeit eines Streiks nicht mehr gegeben. Teile des Hamburger BR plädierten für die Übernahme des »Böblinger Abschlusses«. Aber auf den IGM-Mitgliederversammlungen kam es zu einem Minimalkonsens: Es wurden zehn Prozent der Lohnsumme angeboten und als Gegenleistung eine tarifliche Absicherung der Schichtzulagen gefordert, um in Zukunft bei weiteren Angriffen auf die Zulagen streikberechtigt zu sein.

Um die Arbeiter zu erpressen, kündigte die Geschäftsleitung den ca. 800 Schichtmitarbeitern die Zuschläge zum 30. Juni 2005. Gleichzeitig stand für die ca. 1500 Angestellten die Drohung eines Stellenabbaus im indirekten Bereich im Raum, sollte es zu keiner Einigung kommen.

Die Kollegen reagierten auf mehreren Ebenen: Einerseits stieg der persönliche Frust, Krankenstand und Ausschussraten sind bis heute überdurchschnittlich. Zweitens reichten ca. 100 der von der Kündigung der Schichtzulagen betroffenen Kollegen Klage ein. Drittens wurde versucht, auf die Machtverhältnisse in den gewerkschaftlichen Vertretungsgremien einzuwirken. Und viertens wurden Unterschriften gesammelt, Mahnwachen organisiert und Demonstrationen vor dem *Philips*-Stand auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin und vor dem Halbleiterwerk von PSH in Nijmegen durchgeführt. Solange dieser Konflikt währte, befand sich die IGM in der Defensive.

Als die Geschäftsleitung hart blieb und das Scheitern der Verhandlungen bevorstand, schaltete sich die Chefin der IG Metall Küste persönlich ein und brachte »neuen Schwung« in die Verhandlungen – gerade noch rechtzeitig, bevor das Arbeitsgericht ein Urteil in einer der anhängigen Klagen sprechen konnte. Alle vorher hochgehaltenen Grundsätze wurden über den Haufen geworfen, das Votum der Mitgliederversammlungen und die Beschlüsse der Tarifkommission unterlaufen – man schaffte einfach Tatsachen. Der gefundene »Kompromiss« beruht hauptsächlich auf einer freiwilligen unbezahlten Verlängerung der Arbeitszeit oder auf genauso freiwilligem Lohnverzicht von 7,14 Prozent, einem Wegfall von Überstundenzuschlägen, und einer Verschiebung von zukünftigen tariflichen Lohnerhöhungen. Da sich die Kollegen große Chancen ausgerechnet hatten, die Arbeitsrechtsklagen zu gewinnen und den alten Zustand wieder herzustellen, ist ihnen die IGM aus ihrer Sicht in den Rücken gefallen.

Wir haben Anfang März mit einigen Kollegen der Wochenendschicht ein Gespräch geführt; das sich hauptsächlich um »früher« drehte, also die Zeit bis etwa 2000, als die Gewerkschaft im Betrieb kaum präsent war und die Arbeiter aus eigener Kraft sich Freiräume schaffen und lange Zeit halten konnten. Dass die Gewerkschaft in den letzten vier, fünf Jahren erstarkt ist, hat mehrere Ursachen, zum Beispiel die drohende Marginalisierung der »alten« Wochenendschicht durch den zunehmenden Anteil von Leiharbeit, aber auch, dass spontane Selbstorganisation ihre Grenzen hat. Auf die Frage, wie sich ein »Allgemeininteresse« artikulieren lässt, ist die Antwort eines gewerkschaftlichen Engagements sicherlich nicht die einzig mögliche oder gar die »beste«. Aber erst offene Kämpfe werden vermutlich eine weitergehende Dynamik in Gang setzen und andere Antworten hervorbringen ...

2. Teil: http://66393.board.webtropia.com

Wir haben sofort nach der Schließung des IGM-Forums am 20.1.2005 ein unabhängiges *Philips-Mitarbeiterforum* gegründet. Dieses Forum lief jedoch nur wenige Tage. Denn der Provider *webtropia* erhielt zwei Abmahnungen von *Philips* wegen der von uns verwendeten Bezeichnung *»Philips-Mitarbeiterforum«* und wegen der Benutzung des Markennamens *»Philips«* innerhalb der Subdomain. Die von *Philips* beauftragte Kanzlei setzte den Betreiber von *webtropia* unter Druck und wollte sofort für die Abmahnungen Geld sehen (Anwaltskosten). *Webtropia* setzt daraufhin unseren Webmaster (Arbeitskollege) unter Druck, um seine Identität zu erfahren und die Ansprüche von *Philips* auf ihn zu übertragen. (...)
Am Ende einigten sich die Anwälte unseres Webmasters mit den Anwälten von *Philips* in dieser Angelegenheit auf Abmahnkosten von 2000 Euro, die von der IGM übernommen wurden.

Die Bewegung bei PSH hat uns vor allem deshalb interessiert, weil es bei Euch nicht nur um Geld ging, sondern immer auch eine Rolle spielte, dass ein bestimmter Lebensstil der Wochenendschichtler auf dem Spiel steht. Dies haben wir als Moment der Stärke gesehen. Zum anderen hat uns verwundert, dass bei Euch eine breite Diskussion über ein Internet-Forum lief – eine Organisationsform, die von »normalen« Arbeitern erst seit kurzem entdeckt wird. Und last but not least: Eure Mobilisierungen liefen unabhängig von der Gewerkschaftsführung, teilweise auch gegen sie.
Wie würdet Ihr Euch Wochenendschichtler im Gegensatz zu den »Normalschichtlern« charakterisieren?

Fiete: Erstens damit, dass die Leute in der Wochenendschicht mit am längsten im Betrieb sind. Zum anderen sind sie gefestigt in ihrer persönlichen Lebenssituation, so dass sie sich mehr leisten oder auch mehr riskieren können. Wenn du gerade in deinen Beruf rein kommst, dann hast du nicht die gleiche soziale und finanzielle Sicherheit, die du als 45jähriger Mann hast, der bestimmte Erfahrungen gemacht und auch Sachwerte als Sicherheit im Hintergrund hat.

Bodo: Der Bildungsstand ist am Wochenende eindeutig höher – viele Studenten, auch einige mit Titeln, die immer noch bei *Philips* sind, die hängengeblieben sind und den Absprung nicht geschafft haben.

Richi: Von Vorteil ist auf jeden Fall, dass die Wochenendschicht mehr Zeit hat. Wir sind mit dem Kopf nicht so bei der Arbeit wie die Dreischicht, die jeden Tag acht Stunden arbeitet und viel mehr mit der Arbeit ausgefüllt ist.

Bodo: Und die Wochenendschicht steckt nicht so in der Hierarchie drin wie die Dreischicht. Früher war da ein Schichtleiter, der versucht hat, die autoritäre Kontrolle auszuüben. Mal abgesehen davon, dass wir uns dagegen gewehrt haben, so mit Betriebsrat und dem üblichen halt, war der klar überfordert, obwohl wir damals in meiner Abteilung am Wochenende nur zwölf Mann waren! Er konnte nicht überwachen, was die einzelnen gerade gemacht haben. Wir stehen ja nicht am Fließband oder so. Ich zum Beispiel musste innerhalb der Reinraumstruktur ätzen, aber draußen musste ich schleifen, d.h. ich musste immer wieder durch die Schleusen durch, dann hab ich den Chemieraum aufgeräumt usw. Er konnte also nie sagen, ich hätte mich verpisst oder so. Wenn er gefragt hat, hab ich gesagt, ich hätte soeben Säure nachgefüllt oder so was. In der Dreischicht hingegen laufen viele Vorgesetzte rum, so dass du immer von irgendwem gesehen wirst. Wir haben da mehr Freiheiten, bewegen uns auf »anderen Wegen«. Die werden immer beobachtet.

Fiete: Wir sind auch selbstständiger.

Bodo: Das müssen wir auch. Wir haben die ersten fünf Jahre in meiner Abteilung keine Techniker gehabt. Wenn Sachen kaputt gegangen sind, musste der Schichtleiter das in Ordnung bringen, oder das blieb stehen. Oder wir mussten das auf Kosten unserer normalen Arbeit machen, waren also viel autarker. Das kann man gar nicht vergleichen.

Carsten: Der Zusammenhalt unter der Wochenendschicht ist viel größer, letztlich kennt da jeder jeden, abteilungsübergreifend. Am Wochenende treffen sich vielleicht 150 Kollegen u.a. in der Kantine, während es unter der Woche ca. 1800 sind, da kommt eine ganz andere Atmosphäre bei raus, viel familiärer.

Und das war auch vor dem jüngsten Konflikt so?

Carsten: Ja, aber das hat sich natürlich noch verstärkt. Du musst sehen, dass die Leute das schon sehr lange machen, da kennt man sich.

Bodo: Und das hat auch so einen Elitecharakter gehabt. Wir haben uns immer von der Dreischicht abgesetzt. Also, wir haben die auch anders bezeichnet (lacht). Wenn wir freitags mit unseren Leuten kamen, dann sind wir da anders angetobt als die Normalschicht – nämlich als Gruppe. Die Chefs haben teilweise völlig die Kontrolle über die Leute verloren, und den Leuten hat das Spaß gemacht, freitags *die* zu tyrannisieren und nicht umgekehrt wie sonst üblich.

3. Teil:
filipsworld.proboards42.com

oder

widerstand.redir.to

Am 29.1.2005 erfolgte die Anmeldung bei *ProBoards.com*, einem Provider in den USA. Hier konnten wir bis zum 3.10.2005 ungehindert und ungestört miteinander kommunizieren und der Außenwelt mitteilen, was sich bei *Philips* in den letzten Monaten abgespielt hat. So gab es hier z. B. Erlebnisberichte und Fotos zu unseren Protestaktionen; wie Mahnwachen in Hamburg, Protest auf der IFA in Berlin und der Demo in Nijmegen (Holland). Das *ProBoards*-Forum ist seit dem 4.10.2005 nicht mehr erreichbar. Über die Gründe für die unangekündigte Abschaltung können wir nur spekulieren.

Das hat dazu geführt, dass praktisch die ganze Führungsclique, die Technikerschaft, uns gehasst hat. Einmal kam ein Techniker aus dem Phototunnel, der hatte normal Spätschicht, aber er kam früher. Da traf er meinen Kollegen Paul und mich, wir wollten gerade raus zum Mittagessen gehen. Da sagt er: *»Wo wollt ihr hin?! Ich bin extra früher gekommen, ich muss Euch anlernen am Verascher (ein Arbeitsgerät).«* Mein Kollege Paul sagte nur: *»Nee, jetzt nicht. Jetzt ist Tisch!«* Wir sind an ihm vorbei in die Kantine gegangen. Er zum Schichtleiter und hat dem alles erzählt und sich beschwert. Unser Schichtleiter sagte nur: *»Wenn Tisch ist, ist Tisch, ne?!«* Solche Vorfälle gab es mehrere. Unter der Woche gibt es gegen diesen Techniker gar keine Widerworte. Unser Schichtleiter hat übrigens seine Gehaltsforderungen damit begründet, dass er der einzige sei, der mit uns auskommt! Das hat unserem Selbstbewusstsein auch sehr geschmeichelt.

Fiete: Wobei man auch immer sagen muss, dass wir am Wochenende die besseren Zahlen gemacht haben, im Vergleich mit der Dreischicht. Sechzig Prozent der Produktion lief am Wochenende, obwohl das nur zwei Tage waren. Deshalb konnte man uns auch nie was und hat uns auch solange in Frieden gelassen, wie es ging. Das ist teilweise heute noch so. Spielt natürlich auch eine Rolle, dass wir einfach so drauflos produzieren konnten, am Wochenende kamen keine Ingenieure an, die Versuchsreihen fahren wollten.

Wie war das dann mit der Gewerkschaft? Das hört sich ja eher so an, als seid Ihr gewohnt gewesen, Euch selber das zu nehmen, was ihr wolltet.

Bodo: Wir haben uns zuerst an die Strukturen gehalten, die wir kannten. Am Anfang z.B. hatten wir ganz große Schwierigkeiten mit dem damaligen Schichtleiter, der hat versucht, da Zucht reinzubringen und wollte alles unter Kontrolle halten. Da lief auch viel ungerechtfertigte Anmache usw. Da sind wir immer runter zum Betriebsrat und haben uns beschwert. Nun muss man ja auch erst mal erkennen, was da läuft. Wenn der Betriebsrat in seinem Buch drei, vier Seiten vollschreibt mit Vorwürfen gegenüber unserem Schichtleiter, dann geht man davon aus, dass die sich den dann mal zur Brust nehmen. Ich hab aber die Erfahrung gemacht, dass das teilweise nur so aussieht. Das hatte auch die Funktion, uns erstmal ruhig zu stellen, damit wir keine eigenen Aktivitäten machen, sondern dass der Frust abgelassen werden kann. Mit der Gewerkschaft hatten wir damals nicht viel mehr zu tun, als dass wir Mitglieder waren. Es gab auch keine Gewerkschaftsstrukturen im Betrieb.

Fiete: Wir passten ja auch gar nicht in die gewerkschaftspolitische Landschaft, weil da gerade 35-Stunden angesagt war. Die Dreischichtler sind mit der Arbeitszeit runter gegangen, wir mussten dagegen mehr arbeiten. Wir haben mehr Geld für mehr Arbeit bekommen, während die Dreischicht das gleiche Geld für weniger Arbeit bekommen hat. Aber da hat uns niemand gefragt. Teilzeitmitarbeiter oder gar Wochenendschichtler, das war ja nun gar nicht angesagt. Wir waren eigentlich so was wie der Dorn im Gewerkschaftspelz. Alles das, was uns wichtig war, war der Gewerkschaft gleichgültig. Sie hat uns auch an keiner Stelle unterstützt, wenn wir dann mal mit Problemen hingegangen sind.

Bodo: Man muss natürlich auch sehen, wir haben ein Tabu gebrochen, einen Haltepunkt in der Gewerkschaftslandschaft. Wir haben regelmäßig am Wochenende gearbeitet. Na ja, wir haben auch manche Sachen geschluckt, weil wir nicht Bescheid wussten, weil wir frisch waren und da nicht drauf reagiert haben. Als sie uns 1992 einen Teil des Weihnachtsgeldes weggenommen haben, haben wir geglaubt, dass das rechtens ist, gut, das kann man nicht mehr ändern. Als 1994 auf der Betriebsversammlung der stellvertretende BR-Vorsitzende Provokationen gebracht hat, haben wir vier Pamphlete geschrieben, aber das war mehr spielerisch, nicht dass wir da real was Konkretes durchsetzen wollten. Das hat zu teilweise heftigen Reaktionen der Abteilungsleitung geführt. Aber sie waren uns nicht böse, haben uns eher wie kleine Kinder behandelt, die schlecht drauf sind, versucht, uns zu beschwichtigen, es sei halt nicht mehr Geld da, es

4. Teil: Filipsworld (neu)

Wir machen weiter!
Seit Oktober 2005 wieder unter der Adresse:
http://widerstand.redir.to

sehe gerade schlecht aus usw. – fast liebevoll, könnte man sagen; keinesfalls Sanktionen, weil wir Unterschriften gesammelt haben. Der Schichtleiter hat uns eine mündliche Abmahnung erteilt, aber als er das der Abteilungsleitung gesagt hat, haben die ihn nur wie ein Pferd angeguckt und gesagt: *»Was will der eigentlich?«* Unsere Forderung, in der Woche gar nicht arbeiten zu müssen oder wenn überhaupt, dann mit 100 DM extra, war gar nicht so ernst gemeint. Die Einzigen, die das wirklich länger durchgehalten und verfochten haben, waren die VietnamesInnen in unserer Abteilung. Wir haben uns eher einen Spaß draus gemacht, wollten einfach unseren Ärger loswerden.

Wie passt dieses große Selbstbewusstsein dazu, dass 2004 bei der Forderung nach einer Kürzung der Löhne um 25Prozent offensichtlich doch die grundsätzliche Bereitschaft vorherrschte, dass man der Geschäftsleitung entgegenkommen müsse, also Kürzungen hinzunehmen?

Carsten: Da gab es erstmal zwei Dinge. Zunächst 2001, als PSH aus dem Metalltarif austreten und mit der IG Chemie abschließen wollte. Vorher war der Organisationsgrad ziemlich gering, sagen wir, vielleicht 400 IG Metaller in Hamburg. Am Ende hatten wir den mindestens verdoppelt auf fast 900.

Bodo: Ja, 2001 war der Knackpunkt. Vorher, 1997, haben wir einen starken Konflikt um Arbeitszeitkonten gehabt, den wir noch im Alleingang geregelt haben. Das hat die Wochenendschicht ziemlich alleine angefangen, die Dreischicht hat sich dann erst später drangehängt.

Da passierten auch solche Dinge, wie dass dem BR vor die Tür gekackt wurde oder dass bei deren Autos die Rückspiegel abgerissen worden sein sollen. Damals hat der BR noch vor Unterschriftenlisten klein bei gegeben. Das war später nicht mehr so leicht!

An die Betriebsratswahl 1998 sind wir noch ziemlich individualistisch rangegangen. Wir wollten halt Leute im Betriebsrat, die uns rechtzeitig Bescheid sagen, wenn da was geplant wird. An Mehrheiten oder so was haben wir gar nicht gedacht. Wir haben gedacht, das reicht für uns, wir sind kräftig genug.

Richtig auf den Plan getreten ist die Gewerkschaft 2001, als der neue Geschäftsführer sagte, dass durch die Abtrennung der Halbleiter vom *Philips*-Konzern die neue PSH aus dem Metallarbeitgeberverband raus gehen und bei den Chemiearbeitgebern rein will. An diesem Punkt kam die Gewerkschaft dann eigentlich erst ins Spiel. Wir haben dann auch am Wochenende massiv Mitglieder geworben. Überall lief das so bei den Operatoren, auch in der Dreischicht. Die Zahlen für die IG Metall sind richtig in den Himmel geknallt. Die Geschäftsleitung hat darauf so reagiert, dass sie sagte: *»Das nützt euch gar nichts!«*. Aber letztlich haben sie Schiss gekriegt. Die Leute waren damals streikbereit und haben das auch andauernd geäußert. Da es um einen neuen Tarifvertrag ging, wäre ein Streik im Gegensatz zu heute möglich gewesen.

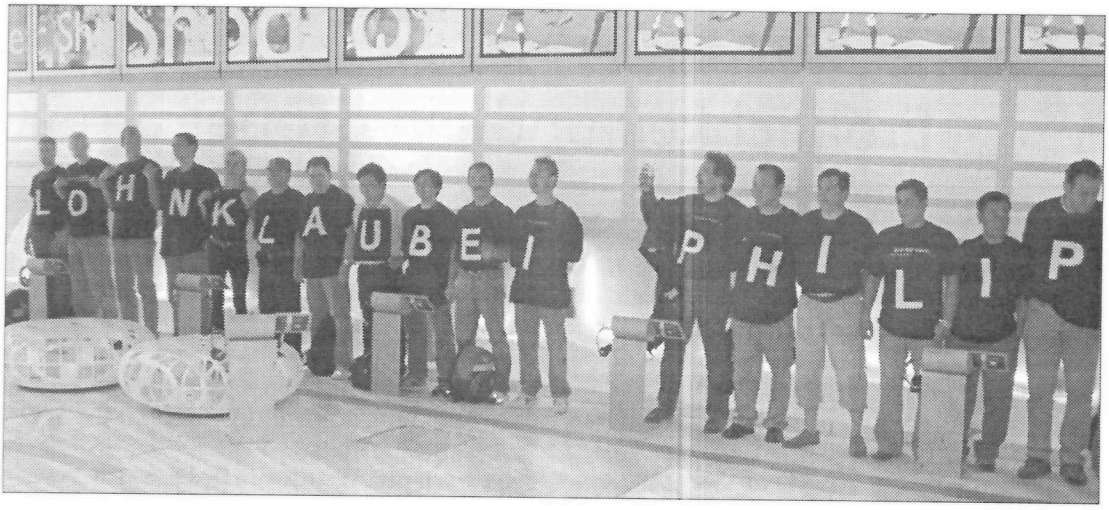
Richi: Der Hintergrund war für die Wochenendschichtler, dass sie Angst hatten, dass mit dem Chemietarif eine Contischicht kommen würde.

Bodo: Wie gesagt, 2001 war der Bruch. Wir haben gemerkt, dass wir viele Fehler gemacht haben, weil wir nicht Bescheid wussten. Wir haben uns umgedreht und schon lief eine neue Schweinerei, und die Gewerkschaft war nicht sichtbar. Da haben wir uns dann zu Vertrauensleuten erklärt, nicht gewählt, wir sind einfach hingegangen und haben gesagt, wir machen das jetzt. Als die Tarifkommission gewählt wurde, wurde zu einer Mitgliederversammlung eingeladen und das war's. Wir haben uns gedacht, da sollten wir mal vorbeischauen. Da waren dann höchsten 50 Leute, viele Angestellte, aber eben nur 50 von fast 3000! Dort wurde dann die Tarifkommission gewählt. Wir haben auch ein paar Leute von der Wochenendschicht untergebracht, einfach um zu wissen, was los ist, da ging es nicht um Mehrheiten. Als die Tarifverhandlungen gelaufen waren, haben wir festgestellt, dass da ein Vertrag bei rauskam, der es ermöglichte, Mehrarbeit anzuordnen usw. Wir haben versucht, im Nachhinein dagegen anzugehen, aber die Kollegen waren erstmal froh, dass der Konflikt um den Chemietarif an sich gelöst war. Wir haben es nicht geschafft, mehr Leute zu mobilisieren.

Als wie ernst wurde in der Belegschaft die Drohung des »Austrocknens« des Hamburger Standortes bzw. die Drohung der Verlagerung der Produktion gesehen?

Fiete: Weniger. Damals war das noch nicht im Gespräch. Die Leute haben sich gesagt: »Ok, wenn der Laden dicht macht, macht er dicht. Die Welt dreht sich trotzdem weiter! Aber unser Wochenendschichtmodell, das verkaufen wir nicht!«

Wie lässt sich das erklären, dass auf der einen Seite die Kollegen, die sehr aktiv geworden sind, persönlich eher generell gegen alle Kürzungen waren, aber im Rahmen ihres gewerkschaftlichen Engagements in Tarifkommission und Vertrauenskörper einen »kämpferischen Minimalkonsens« vertreten haben, während eine schweigende Mehrheit sich zwar nach außen defensiv zu Verzicht bereit erklärte, sich aber praktisch zunehmend dem Betrieb und der Arbeit verweigert hat – ihr habt mal erzählt, dass der Krankenstand auf etwa zwanzig Prozent gestiegen ist.



Fiete: Das ist gar nicht schwer zu verstehen. Die Leute haben Angst, offen aufzutreten, und versuchen, eine eigene Insellösung für sich zu finden. Sie rechnen sich aus, wieviel sie verlieren und wie lange sie krank machen müssen, um das wieder reinzuholen. Das ist die Reaktion. Die zwanzig Prozent waren im Juli, als sie die Zuschläge gestrichen haben. Da hat man mit Lohnfortzahlung mehr gekriegt, als wenn man gearbeitet hat.

Wie würdet Ihr im Nachhinein selber Euer gewerkschaftliches Engagement beurteilen? Wäre es nicht vielleicht, von heute aus betrachtet, sinnvoller gewesen, auf die Verhandlungen zu verzichten, bzw. das anderen zu überlassen und stattdessen offensiver mit den Kollegen zu diskutieren?

Fiete: Du meinst, so auf die harte Tour? Ich denke, das wurde schon versucht. Es gab in einigen Bereichen Krankenstände, die waren jenseits von gut und böse. Es ist halt die Frage, wie lange du das durchhältst.

Richi: Es gibt viele wie uns, die hätten das ewig durchgehalten; es gibt aber auch viele, die das nicht durchgehalten haben. Die Geschäftsleitung hat uns ja praktisch erpresst, indem sie ab Juli die Schichtzulagen nicht mehr gezahlt haben.

Fiete: Die Leute, die in dem Zeitraum krank waren, hatten auch alle ein Gespräch in der Personalabteilung. Die Gespräche waren an der Tagesordnung. Jeden Freitag, wenn wir da waren, wurden welche abkommandiert. Alle halbe Stunde war einer von uns dran. Die haben ordentlich Druck gemacht.

Bodo: Dann sind auch ein paar Sachen passiert, wo sie Sabotage vermutet haben, das Wort fiel immer sehr schnell. Die Ausschussquote war sehr hoch, ist sie immer noch, überdurchschnittlich.

Was hat sich im Laufe der eineinhalb Jahre, die der Konflikt angedauert hat, bei den Kollegen verändert?

Thilo: Also, der Zusammenhalt innerhalb der Wochenendschicht und auch teilweise der Dreischicht ist auf jeden Fall gestärkt worden. Und du weißt jetzt, wo jeder steht. Und das ist gut, auch wenn auf der anderen Seite neue Gräben aufgerissen worden sind.

Der Tarifvertrag ist ein Beispiel dafür, dass die Geschäftsleitung an bestimmten Punkten Zugeständnisse gemacht hat. Nicht den Wochenendschichtlern, aber den Dreischichtlern und den Angestellten.

Was für ein Gefühl herrscht heute bei Euch und Euren Kollegen vor, eins des Sieges, dem Betrieb doch etwas abgerungen zu haben oder mehr eins der Niederlage, kurz vor Schluss nochmal von der IGM-Führung ein Bein gestellt bekommen zu haben?

Thilo: Für mich ist es letztlich eine Niederlage. Von dem, was für uns dabei rumgekommen ist, war es eindeutig zu wenig. Natürlich bin ich enttäuscht.

Bodo: Für mich ist das nicht immer eine Frage von »Sieg« oder »Niederlage«. Das ist kein Sieg, weil wir viel mehr hätten herausholen können, wenn wir einig gewesen wären. Aber eine Niederlage ist es auch nicht. Wenn man den gesellschaftlichen Rahmen im Moment sieht, dann muss man sagen, wir arbeiten nach wie vor keine 40 Stunden. Die aktuelle Propaganda, alle würden jetzt 40 Stunden machen, stimmt eben nicht. Wir machen das nicht!

■

In harten Zeiten hilft

Fröhlichkeit und ein großer Streik

Gespräch zwischen zwei Streikaktivisten aus dem Klinikum (K.) und dem Theater (T.) in Stuttgart, einem Pfleger von der Uniklinik in Freiburg (B) und Wildcat – am Abend der großen Demo (6. März) Da wir in der Wildcat schon sehr oft übers Krankenhaus, aber noch nie übers Theater berichtet haben, haben wir zunächst den Kollegen aus dem Theater nach der dortigen Situation gefragt.

Stand 31.3.: Bis jetzt ist das Staatstheater ab dem 11. Februar an 19 Tagen bestreikt worden, an den jeweiligen Streiks von 1 Tag bis 1 Woche nahmen jeweils 80 bis 180 Beschäftigte teil, wobei man wissen muss, dass von den 1200 Beschäftigten nur 550 mit Tarifverträgen ausgestattet sind, die zum Streik berechtigen (die anderen sind künstlerisch Beschäftigte). ArbeiterInnen arbeiten zum grösseren Teil im 2-Schicht-Betrieb an 7 Tagen die Woche, allein mehr als 250 Leute in den bühnentechnischen Bereichen; Ankleiderinnen, die Haustechnik mit Pförtnern und Bühnenreinigung etc. ebenso, etwa 80 Leute insgesamt. In den Werkstätten arbeiten ca. 70 ArbeiterInnen montags bis freitags, mehr als die Hälfte in Nähsälen. Der Angestelltenbereich (BAT), ca. 70 Leute, verteilt sich v.a. auf Verwaltung und Verkauf. Etwa 60 Arbeiterinnen (»Abendpersonal«) haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Publikumsgarderoben etc.

Insgesamt haben mehr als die Hälfte der »Berechtigten« gestreikt. Der harte Kern sind dabei die bühnentechnischen Schichtbetriebe, die teilweise zu 100% dabei sind, das Schlusslicht Verwaltung und Abendpersonal (1-2% Beteiligung). Ausgefallen sind zwei Opern, ein Ballett, ein Theaterstück und sechs kleinere Aufführungen (im Depot), sechsmal konnte eine Oper nur konzertant (ohne Kostüm und Bühnenbild) gespielt werden. Eine ausgefallene Oper bedeutet einen Ausfall von rund 40 000 Euro, eine ausgefallene Vorstellung im Schauspielhaus von etwa 14 000 Euro, im Depot ca. 1 000. Euro.

Das Theater ist ein Landesbetrieb, d.h. neu Eingestellte arbeiten 41 statt 38,5 Stunden, kriegen kein Urlaubsgeld (330 Euro) und 60 anstatt 83 Prozent Weihnachtsgeld. Sie machen inzwischen etwa 15 Prozent der Tarifbeschäftigten aus.

B: Die Demo heute war sehr groß, aber die Stimmung nicht erwartungsvoll. Die Leute in Hamburg haben nach dem Abschluss mit zusammengebissenen Zähnen die Arbeit wieder aufgenommen...

T: Zu was ist Ver.di mobilisierungsfähig? Wir haben vor zwei Jahren gesagt, wenn die Arbeitgeber aussteigen aus den Verhandlungsprozessen, dann kann unsere Antwort nur Streik sein! Ganz realistisch hätte ich das damals aber gesehen als ne Folge von n paar Warnstreiks und dann schaut man mal. Vor einem Jahr, als die den TVöD mit Kommunen und Bund abgeschlossen haben, war unsere Reaktion wieder: Jetzt muss aber im Länderbereich was passieren! Und Ver.di hat sich ein weiteres Jahr gerettet mit irgendwelchen Warnstreiks von teilweise fast Bedeutungslosigkeit! Die Kündigung im Kommunalen Bereich war jetzt auch in einigen Länderbetrieben die Initialzündung, aber im wesentlichen wird das immer noch getragen von den kommunalen Betrieben. In den Bundesländern, wo nur Landesbeschäftigte streiken, beschränkt sich das fast auf die Unikliniken, das hat nicht die Dimension wie hier in Baden-Württemberg. Und auch die Leute auf der Demo heute, das waren im wesentlichen wieder Kommunale.

J: Gleichzeitig wird klar, dass Ver.di sogar unterhalb des Hamburger Vertrags abzuschließen bereit ist... Und die »Meistbegünstigungsklausel« macht es den Arbeitgebern sehr leicht.

T: Das hat die Ver.di-Spitze sicherlich anders gesehen, als es sich jetzt auswirkt: Inzwischen ist die Meistbegünstigungsklausel eine der stärksten Bremsen, irgendwo schlecht abzuschließen. Mal angenommen, die kommunalen Arbeitgeber Baden-Württemberg schließen 39 Stunden ab, dann gilt das sofort in allen anderen Kommunen bundesweit. Deswegen wird – auch durch den Druck der Basis – eine gewisse Härte in der Verhandlungsführung erzeugt. Oder umgekehrt: man kann jetzt nicht bei den Ländern einen Tarifabschluss über 40 Stunden machen und damit in Kauf nehmen, dass hier die Müllabfuhr sechs Wochen gestreikt hat, um die Arbeitszeit um anderthalb Stunden verlängert zu kriegen.

K: Meiner Ansicht nach war Ver.di völlig überrascht, weil sie unterschätzt haben, wie groß die Wut der Leute ist. Vor der Warnstreik-Demo am 5. Dezember (2005) hat Bsirske angeblich gesagt: »einen Schuss habt Ihr frei!« Die haben nicht damit gerechnet, dass am 5.12. was passiert! Stattdessen war das sehr ermutigend, was da passiert ist. Und Ver.di war jetzt nochmal überrascht, wie gut

die Streiks im Klinikum und bei der Abfallwirtschaft in Stuttgart geklappt haben.

T: Die Streikmobilisierung ist ein deutliches Signal, wie ich es nie in der Geschichte der ÖTV erlebt habe, der Basis an die Führung: »es reicht!« – und natürlich noch viel stärker der Basis an die Arbeitgeber. Ich würde aber bezweifeln, dass das bei allen Funktionären angekommen ist.

K: Die bezirklichen Tarifkonferenzen hatten die Forderung aufgestellt, dass Ver.di Arbeitszeitverkürzung fordert, damit überhaupt die Chance besteht, die 38,5 zu halten. Da kam von der Bundesebene ganz klar n Verbot, so was auf der Warnstreikdemo überhaupt zu sagen. Kulminiert ist das an dem Tag, als der Hamburger Abschluss raus kam. Weil klar wurde, so was wäre ja für uns bereits ein Erfolg in Anführungszeichen – insofern ist die Stimmung dabei zu kippen. Es wird immer klarer, dass es bei Ver.di von vornherein auf einen Kompromiss zwischen 38½ und 40 angelegt war.

B: Warum wird die Arbeitszeit im Streik überhaupt so zentral gestellt? Dabei kommt doch überhaupt nicht zur Sprache, dass der Druck zunimmt, die Poren verdichtet werden, immer mehr befristete Verträge... Bei uns wird gerade ausgerechnet, wie viele PflegerInnenstellen auf Station durch »Hiwi-Stellen« abgedeckt werden können. Das sind wesentlich massivere Einschnitte! Man könnte sagen: Ver.di führt einen Scheinkampf um die Arbeitszeit und thematisiert die massiven Verschlechterungen und den großen Stellenabbau gar nicht...

T: Natürlich kannst du da erst mal nichts gegen machen, wenn der Technische Direktor der Geschäftsleitung zusagt, ich besetze zwei Stellen bei der Bühnentechnik nicht usw. – das fördert aber absolut die Laune zu streiken!

B: Das ist ja genau meine Frage: die Gewerkschaft ändert an diesen Bedingungen nichts, leitet aber diese Wut als Wasser auf ihre Tarifauseinandersetzungen...

K: Bei uns ist die Auseinandersetzung genau die gleiche, wie B. das thematisiert. Bei uns kam dazu, dass sie das Klinikum in eine GmbH umwandeln wollten. Das hat im Laufe des letzten Jahres eine gewaltige Mobilisierung gebracht, und in den Mobilisierungen wird von den Leuten auch die Situation auf den einzelnen Stationen thematisiert. Nach dem TVöD war die Empörung sehr groß. Einerseits gegen die Arbeitgeber, die das sofort gekündigt haben; da war wirklich so ne Stimmung »Jetzt reicht's!« – andererseits natürlich auch gegen Ver.di: »Wie können die so was abschließen?!«

B: Verschafft sich diese Wut im Streik auch Ausdruck? Bei den zwei Wochen »Streik« an den Unikliniken im Sommer 2005 wurde nur tageweise gestreikt, und Notdienstvereinbarung hieß bei uns: Wochenendbesetzung. Auf vielen Stationen bist du inzwischen im Tagdienst auch zu zweit oder zu dritt, somit hieß diese Notdienstvereinbarung eigentlich Normalzustand.

K: Wir haben ne ziemlich gute Notdienstvereinbarung, wo wirklich nur Notfälle behandelt werden und in jedem Krankenhaus nur ein OP mit Notbesetzung läuft. Durch die üble Hetze in der zweiten Woche haben sie dann durchgedrückt, dass für die dritte Woche eine Notdienstvereinbarung abgeschlossen wurde, die sehr viel mehr zuließ: Eine begrenzte Anzahl von OP- und Anästhesie-Teams wurde zusammengestellt, und das war ein richtiges Einfallstor, dann gnadenlos alles weiter durchzuoperieren. Die Situation wurde hochkritisch – vor allem im Kinderkrankenhaus –, die Leute konnten kaum noch streiken; durch diese gelockerte Notdienstvereinbarung war der Druck so groß geworden, dass tatsächlich dann immer mehr Leute abgefallen sind.

Wir haben täglich Streikversammlung an jedem Standort und zweitägig vom ganzen Klinikum gemeinsam. Im Bürgerhospital kommen da jedesmal 80 bis 120 Leute, bei den klinikumsweiten Streikversammlungen sind es zwischen 40 und 60.

T: Wir machen Streikversammlungen zum Zeitpunkt vom Schichtwechsel, da kommen 60 bis 100 Leute. Das ist gewaltig viel, weil im ganzen Haus insgesamt vielleicht 200, 250 Leute streiken. – In den Werkstätten ist das ganz arg abgestuft: Schlosserei, also Metall, da sind fast 100 Prozent in der Gewerkschaft, Schreinerei schon viel schlechter, die ganzen Nähereien noch schlechter, da streikt

ab und zu mal ne unorganisierte Kollegin mit, aber da ist der Druck auch enorm und da geht auch ab und zu mal eine arbeiten, obwohl sie organisiert ist... Die Neueingestellten kriegen alle nur befristete Verträge, haben n paar hundert Euro weniger, arbeiten dafür länger, und trauen sich am allerwenigsten. Die schleichen im Moment geduckten Hauptes in den Betrieb rein, weil sie wissen, eigentlich wird für sie gestreikt – und auf der anderen Seite wollen sie halt nächstes Jahr auch noch einen Vertrag haben.

B: In manchen Bereichen ist Ver.di aufgrund von Prekarisierung, Outsourcing und Privatisierung nicht mehr streikfähig. In Freiburg sind wir richtig abgehängt vom Streikgeschehen, die kommunalen Krankenhäuser sind entweder kirchlich oder über Helios privatisiert. Der Streikversuch bei der Müllabfuhr war ein Flop, die ist teilweise privatisiert, teilweise wird die Arbeit eh schon über Leiharbeitsfirmen gemacht – das hat die Stadt dann schnurstracks ausgeweitet. Das verweist auf ne weitere Absurdität: auch bei den Privaten gibt es ja Mobilisierungen und Auseinandersetzungen um Tarifverträge – aber das läuft komplett getrennt.

K: Deswegen hat der Abschluss bei den Uni-Kliniken, wo es gelungen ist, die Bedingungen von Neu- und Altbeschäftigten wieder zusammenzuführen, viel dazu beigetragen, dass die Solidarität relativ groß ist. Ver.di hat ja gesagt, wenn die Verhandlungen schlecht laufen, machen wir gar keinen Abschluss, die Alten bleiben bei 38½, und die Neuen kommen dann halt in 40 rein. Das wird absolut nicht mit Begeisterung aufgenommen von den Alten! Man will gleiche Bedingungen haben!

B: Durch den Streik haben wir in Freiburger Uniklinikum, was die Arbeitszeit angeht, sogar nen ‚TVöD plus'. Außer der Arbeitszeit ist aber bislang nur die Schlechterstellung der Servicebereiche, also der meist ausländischen Putzfrauen und Küchenangestellten, geregelt. Die »Alten« behalten den eingefrorenen Grundlohn bei gekürzten Jahressonderzahlungen und kriegen die Einmalzahlungen nicht. Neueingestellte fangen mit 1400 Euro brutto an – die gezirkelte Mitte zwischen dem Lohn der »Alten« und den Löhnen bei privaten Anbietern.

T: Das ist die übliche Gewerkschaftslogik: »dann machen wir selber so n Dumpinglohnbereich, dann wird es wenigstens nicht out-gesourced, und die können den Personalrat mitwählen«. Ich weiß nicht, welchen Vorteil sie sonst noch haben!

K: Bei uns ist die Privatisierung im Reinigungsbereich auch wieder zurückgeführt worden. Im Moment läuft der gerichtliche Streit darüber. Vor dem Abschluss des TVöD war besprochen, dass die Putzfrauen nicht in Entgeltgruppe I kommen, jetzt werden aber die Neueingestellten in Entgeltgruppe I eingestellt! Eine davon klagt – und je nachdem, was dabei herauskommt, betrifft das dann alle anderen.

T: Einige Frauen von Privatfirmen, die bei uns putzen, wären froh, wenn sie Entgeltgruppe I hätten! Aber ich kann es teilweise nicht einschätzen, weil die Firma, die das macht, ne ganz klare Strategie fährt: permanent wechselnde, ausschließlich türkische Kolleginnen, deren durchgängiges Qualifizierungsmerkmal ist, kein Deutsch zu sprechen! Die einzige Möglichkeit, mit denen zu kommunizieren ist über die türkischen Reinigungskräfte, die noch bei uns angestellt sind oder über andere türkische Kollegen...

B: Bei uns ist das besonders krass! Die Uni-Klinik hat die eigene Privatfirma gegründet, mit der dann gedroht wird. Und die gehört dem Geschäftsführer, also genau dem Typen, der immer sagt »Den Eigenbetrieb erhalten!« ... das ist übrigens der Ex-Personalratsvorsitzende.

K: Auch ne schöne Karriere!

J: Die (lokale) Presse hetzt inzwischen massiv gegen den Streik. Was kriegt Ihr von Euren Kunden so mit?

T: Mit dem Publikum bist du normalerweise gar nicht konfrontiert, das sind ja kulturelle Unterschiede. Es ist für viele Leute komisch zu merken, dass die Nerz- und Nadelstreifenträger auf einmal reagieren wie der gewöhnliche Stammtisch: dir Prügel androhen oder ähnliche Geschichten. Aber es gibt auch viel Zustimmung... Jetzt hat sich das Ensemble durchgerungen zu so halbgaren Solidaritätsaktionen: Es gibt abends einen Infostand im Foyer Schauspiel, der ist besetzt mit jemand vom Ensemble und jemand von der Betriebsgruppe. Die waren am ersten Abend extrem enttäuscht, weil wenn überhaupt jemand gekommen ist vom Publikum und sich dafür interessiert hat, dann haben die Leute gesagt: »Naja, aber eigentlich müsst alles ausfallen, dann würde der Streik richtig wirken!«

K: Das haben wir in den Krankenhäusern auch von vielen Patienten zu hören gekriegt: »Also so wie ihr streikt, das bringt doch gar nix!«

B: Wenn so ein Streik ohne gewerkschaftliche Bezahlung geführt würde, wäre auch klar: entweder du kriegst in einer Woche was hin, oder das wird nix. Dann würde mit ganz anderer Wucht gestreikt! Wie könnte denn so ein Streik aussehen, der den Arbeitgebern weh tut und in kurzer Zeit wirkt? Warum blockieren wir nicht die Abrechnung? Soll doch jeder, der sich n Bein bricht, seine OP kriegen, jeder Herzinfarkt versorgt werden – aber es wird einfach nicht abgerechnet.

K: Das haben wir schon versucht, aber das gelingt nur in einzelnen Fällen, wo tatsächlich die Leute im Notdienst sagen, sie machen den Büro-

kratiekram und die ganzen Aufnahmen nicht. Das läuft eher auf eine Auseinandersetzung mit denen raus, die Notdienst machen. Das Problem der Abrechnung ist halt, dass diese Abteilung weitestgehend – trotz heftigster Versuche unsererseits – weitergearbeitet und funktioniert hat.

B: Viel von diesem Abrechnungszeugs ist ja inzwischen auf die PflegerInnen abgewälzt. Aber das setzt natürlich ne andere Diskussion voraus: Welchen Streik wollen wir haben, wie können wir ihn organisieren?

K: Solche Sachen sind bei uns schon gelaufen. Wir haben in den Streikwochen trotzdem Kliniktage gemacht, wir sind auch während dem Streik immer durchgelaufen. Aber das stimmt, was Du sagst, und kommt auch daher, dass wir uns am Anfang auf die zentralen Bereiche konzentriert haben, an denen alles weitere halt hängt: OPs, Tageskliniken, Anästhesie.

J: Seht Ihr in den Mobilisierungen im Moment nichts, was zu einem Kampf für die Verbesserung der eigenen Bedingungen führen und der gewerkschaftlichen Kontrolle entgleiten könnte?

K: Man darf nicht vergessen, was bei solchen Auseinandersetzungen auch passiert. Erstens kriegen es die Leute jetzt mal ganz anders mit, wie Ver. di funktioniert; das wird sich erst noch entscheiden, wie viele Leute sich darüber längerfristig politisieren. Wir haben bei Streikversammlungen immer darauf geachtet, dass Leute aus anderen Bereichen kommen (UPS, Metaller ....), da passiert schon ungeheuer viel bei Leuten, die das ansonsten überhaupt nicht mitgekriegt hätten.

J: Die aktuellen Lernprozesse sind sicherlich toll, aber sie lassen sich nicht festhalten, wenn zwischen den Mobilisierungen 14 Jahre stecken! Das ist der Unterschied zwischen der BRD einerseits, Frankreich, Italien, Großbritannien andererseits: dort gibt es ArbeiterInnen, die kollektiv gelernt haben, dass sie selber was tun müssen. Das hat ganz massiv damit zu tun, dass die Mobilisierungen sehr viel dichter aufeinander kamen.

T: Wenn es nur alle 14 Jahre so ne Mobilisierung gibt, kommt das in einem Arbeiterleben halt zwei- höchstens dreimal vor. Wenn die Klasse in diesem Tempo lernt, dauert das recht lange! Irgendwie haben wir das nicht in der Hand, aber du wirst sicher in der Betriebsarbeit auf einem völlig anderen Niveau aufsetzen können als vor dem Streik! Da hat sich ne andere Kultur von Solidarität und Diskussion und Entscheidungsstrukturen entwickelt, was das betrifft, hat sich in 13 Tagen Streik mehr getan als in den 12 Jahren vorher. Die Erfahrungen, die die Leute gemacht haben, sind zumindest abrufbar in der nächsten Konfliktsituation. Aber wahrscheinlich stehen auch in den bestorganisierten Betrieben (Müllabfuhr, Theater) als nächster Schritt keine wilden Streiks an. Ich würde inzwischen sehr stark als Möglichkeit, die Kämpfe kontinuierlich fortzusetzen, betonen, dass wir keinen Tarifvertrag und mithin keine Friedenspflicht haben. Egal, wann uns was nicht passt, wir brechen einen Streik vom Zaun – wo offiziell draufsteht: Es geht um Arbeitszeit. Als bei uns im Theater die Betriebsvereinbarung gekündigt worden ist, wurde furchtbar rumgeeiert, wie man darauf reagieren kann – nochmal so was, da bin ich relativ sicher, dann werden wir zumindest punktuell wilde Streiks organisieren können. Das war vorher völlig undenkbar. Dieser Streik stärkt die Gewerkschaft – er radikalisiert aber vor allem die Betriebsgruppen! Da hat sich in der letzten Zeit total das Klima gewandelt.

B: Betriebsgruppen hab ich im ganzen Öffentlichen Dienst und speziell in Krankenhäusern keine mehr mitgekriegt. Die gab es bis Mitte maximal Ende der 90er Jahre...

K: Bei uns gab es auch nicht kontinuierlich eine Betriebsgruppe, in der Auseinandersetzung um die GmbH ist das wieder aufgelebt... Und die dabei entstandenen Strukturen haben sich jetzt reaktiviert, dann sind solche Sachen wie tägliche Streikversammlungen mit 120 Leuten möglich.

Das Ganze muss meiner Ansicht nach vor dem Hintergrund der ständigen Verschlechterungen und Arbeitsverdichtungen gesehen werden...

T: ... die auch nicht völlig widerstandslos durchgehen! Das wirkt zusammen: jetzt gibt's die Möglichkeit, mal kräftig auf den Putz zu hauen, und das ist nicht nur wegen der halben Stunde, 18 Minuten täglich mehr, sondern da kommen natürlich solche Sachen dazu. Beim Müll ist es genau das gleiche: das ist nicht nur die Arbeitszeitverlängerung, das ist die Streichung der Zulagen, die's schon gegeben hat, die Reduzierung der Besatzungen, die Ausweitung der Touren usw. Das sind Prozesse, die sind in jedem Betrieb im ÖD so... Aber der Öffentliche Dienst ist zusammen mit dem ganzen Dienstleistungssektor in eine unglaubliche Defensive geraten. Natürlich auch durch schlichte Fakten wie den Abbau von zwei Millionen Arbeitsplätzen. In der ganzen Banken- und Versicherungsbranche sieht's nicht anders aus. Im Metallbereich sieht's zwar auch nicht anders aus, aber bei den Konzerngewinnen kannst du natürlich auch anders auf die Kacke hauen. Außerdem haben die die »Steinkühlerpause auf der B10« und den angeblich wilden Streik bei Opel hinter sich und noch so n paar andere Sachen – und das hat den Leuten so n bisschen Rückenwind gegeben. ■

Buenos Aires:

Streik in der U-Bahn – und die Fahrgäste freuen sich

Wie ein Streik im Öffentlichen Dienst auch geführt werden kann, haben gerade wieder die ArbeiterInnen der *Subte*, der U-Bahn von Buenos Aires vorgeführt. Bahnsteig frei – kassiert wird nicht!

Am 15. März konnten sich die Fahrgäste der *Subte* wieder über einen zeitweiligen Nulltarif freuen. Um ihrer Forderung nach 35 Prozent Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen, hatten die Subte-ArbeiterInnen in den Hauptverkehrszeiten, von 7 bis 10 und von 17 bis 20 Uhr, an den wichtigsten U-Bahn-Stationen die Drehkreuze geöffnet. Diese sind normalerweise nur mit gültigem Fahrschein passierbar, und private Wachdienste achten darauf, dass niemand die Barrieren ohne Ticket überspringt. Diese Wachleute sind wiederum gar nicht mit ihrer Auslagerung und den schlechteren Arbeitsbedingungen einverstanden. Dreißig von ihnen haben Anfang März in einer der Endstationen für ihre Übernahme durch *Metrovías*, die Betreibergesellschaft der *Subte*, demonstriert und dabei – nicht zum ersten Mal – ebenfalls die Fahrgäste umsonst fahren lassen.

Die ArbeiterInnen der *Subte* haben in den letzten zwei Jahren – nach Jahren von Krise und Lohnverlusten – erhebliche Lohnerhöhungen und die Arbeitszeitverkürzung auf den 6-Stunden-Tag durchgesetzt. Dafür haben sie mehrfach gestreikt und das gesamte U-Bahn-Netz lahmgelegt – eine Maßnahme, die in der Metropole Buenos Aires ein enormes Chaos verursacht, und die übliche Diffamierung der Streikenden zur Folge hatte. Sie haben die Hetze mit einer geschickten Öffentlichkeitspolitik entkräftet. Gegen den Vorwurf, dass sie als Hochlohnverdiener nur weitere Privilegien für sich sichern wollten, haben sie einerseits auf Plakaten öffentlich gemacht, wie viele Subventionen das privatisierte Unternehmen *Metrovías* eingestrichen hat, ohne in Sicherheit oder Infrastruktur zu investieren, und welche Riesengehälter sich die Chefetage auszahlt. Andererseits haben sie klargestellt, dass sie nicht bereit sind, weiter den Gürtel enger zu schnallen, sondern dass es ihnen tatsächlich um ein besseres Leben geht – nicht nur für sich, sondern für alle. Das waren keine leeren Worte: Nach ihrem eigenen Erfolg haben sie praktische Solidarität mit ArbeiterInnen anderer Betriebe gezeigt, mit Präsenz an Streikposten und Solidaritätsstreiks, und sie haben ihre prekarisierten KollegInnen in verschiedenen ausgelagerten Firmen dabei unterstützt, sich in ihren Tarifvertrag reinzukämpfen. Als die Prekarisierten im Oktober bei einer Aktion in einer U-Bahn-Station von der Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas angegriffen wurden, standen eine Stunde später alle fünf Linien.

Nach der Privatisierung und Übernahme der *Subte* durch *Metrovías* 1994 waren die ArbeiterInnen zunächst machtlos gegen Umstrukturierung und Entlassungen. 1997 gelang es ihnen zum ersten Mal, mit einem Streik auf allen Linien die Entlassung eines Fahrers zu verhindern. »Macht keine Verrücktheiten, morgen setzen wir uns mit der Firma zusammen«, hatte ihnen damals die von der Arbeiterinitiative erschreckte Gewerkschaft UTA gesagt. Seitdem haben sie ihre Unabhängigkeit von der Gewerkschaft und ihre Streikfähigkeit kontinuierlich ausgebaut. Nach den letzten Umsonstfahr-Aktionen hat die UTA eine Lohnerhöhung von 16 Prozent vereinbart. Vielen war das zu wenig, aber nach ausführlicher Diskussion auf Versammlungen in sämtlichen Abteilungen setzte sich die Meinung durch, das Ergebnis zu akzeptieren, denn demnächst stehen Manteltarifverhandlungen an. Der Tarifvertrag und eine Kampagne zur Frühverrentung werden die nächsten Schritte sein, »und danach werden sicher noch weitere *Verrücktheiten* kommen«, sagen die Basisdelegierten. ■

Zur Geschichte der Subte-Kämpfe siehe das Interview mit dem Delegierten Beto Pianelli (März 2005): *www.wildcat-www.de/aktuell/a045subte.htm*

Webseite der Basisdelegierten der Subte: *www.metro-delegados.com.ar*

»Vorsicht beim Trinken – alle öffentlichen Toiletten sind geschlossen...«

Der Streik der britischen Kommunalbeschäftigten am 28.3. hat schnell Wirkung gezeigt: Tony Blairs Vize bot den Gewerkschaften »Gespräche« an. Zunächst hatten Regierung, Kommunen und Medien auf eine Schlappe der Gewerkschaften gesetzt und am frühen Morgen des 28. März entsprechende Meldungen über geringe Beteiligung lanciert. Aber schon im Laufe des Vormittags brach diese Taktik zusammen, als überall spürbar wurde, dass tatsächlich weit über eine Million Kommunalbeschäftigte in den Streik getreten waren, es war der größte eintägige Streik im UK seit dem Generalstreik 1926. In jedem Ort, jeder Gemeinde und Stadt wurden Streikposten organisiert um die Rentenrechte der ArbeiterInnen zu verteidigen (es geht um die Möglichkeit, vor 65 bei voller Rente aus der Mühle zu entkommen). Dieser massive eintägige Kraftakt kommt nach Jahrzehnten der Niederlagen für die Gewerkschaften in GB. 700000 der Streikenden waren Arbeiterinnen, was diesen Tag zusätzlich zum größten Frauenstreik in der britischen Geschichte machte. Tausende Schulen waren geschlossen, Freizeitzentren, Rathäuser, die Müllabfuhr und viele andere öffentlichen Dienste streikten, viele Straßentunnel und Fährverbindungen waren geschlossen, alle Bus- und Bahn-Dienste in Nordirland usw usw. In Schottland machten die Streikenden zwei große Straßenbrücken gebührenfrei für einen Tag.

Wer macht den Dreck weg?

Gender, Migration und Hausarbeit

Immer mehr Leute beschäftigen eine Putzfrau – weil sie es sich leisten können und weil sie keinen Bock haben, die wenige Zeit, die ihnen nach der Lohnarbeit bleibt, für ätzende Beschäftigungen wie Klo putzen, Küche aufräumen, Wäsche bügeln zu verschwenden. Auch Leute, die früher solch eine Aufteilung in qualifizierte Arbeit (machen sie selbst) und schlecht bezahlte Schmutzarbeit (lass ich machen, kann ich mir leisten) abgelehnt hätten.

Die Immigrantin im Privathaushalt ist für viele Frauen zur Voraussetzung ihrer beruflichen Karriere geworden. Die wenige Zeit, die ihnen außerhalb ihrer Lohnarbeit bleibt, wollen sie nicht mit Putzen verbringen – ›Quality Time‹ ist das neue Zauberwort. Möglich ist das wegen der riesigen Lohnspaltung. Vorbei sind die Zeiten, da eine erfahrene Putzfrau fast soviel wie ein Fabrikarbeiter verlangen konnte. Auf dem grauen Arbeitsmarkt finden sich genug Frauen, die Hausarbeit gegen wenig Lohn anbieten: Frauen ohne Arbeits- oder auch Aufenthaltserlaubnis, Frauen, die zum ALG II schwarz dazu verdienen wollen. Hausarbeiterinnen sind erschwinglich geworden. Auch für linke oder feministische Kreise, die es früher strikt abgelehnt hätten, »Dienstpersonal« zu beschäftigen. Viele verstecken sich hinter der Begründung, die Einstellung einer Migrantin ohne Aufenthaltsstatus was Gutes zu tun, denn ihr bleibe ja nicht viel außer der Arbeit im Privathaushalt.

Was wäre denn ein gerechter Lohn? Wenn der- oder diejenige, die eine Hausarbeiterin beschäftigt, den Stundenlohn durchreicht, den sie selbst verdient? Dann würde trotzdem die Arbeitsteilung weiter bestehen, die Hausarbeit an die schwächsten Schichten auf dem Arbeitsmarkt abschiebt.

Diemut Bubeck macht die interessante Unterscheidung zwischen »Pflege« (von Menschen, die das nicht mehr selbst können) und »Bedienen« von Leuten, die das auch selbst tun können, aber nicht wollen.

Wie kommt es, dass Diskussionen (mit dem Ehemann oder der Wohngemeinschaft) darüber, wer schließlich den Dreck wegmacht, den wir selbst verursachen, so völlig out zu sein scheinen?

Wie kommt es, dass »Feministinnen«, die es nach 30 Jahren Streit müde sind, mit ihrem Mitbewohner über Sauberkeitsstandards zu diskutieren, sich dieses Problems entledigen und jemanden für diese Arbeit bezahlen?

»Keine Spur von Rebellion gegen den durchstrukturierten kapitalistischen Alltag. Kein Hinterfragen des speziellen Arbeitsverhältnisses ›bezahlte Hausarbeit‹. Mit Herrschaftsstrukturen und Macht hat es scheinbar nichts zu tun«, kommentieren die Übersetzerinnen in ihren »Vor- und Widerworten« zu Bridget Andersons Buch *Doing the Dirty Work?* Diskussionen in ihrem Bekanntenkreis.

Die Isolation im Haushalt stand im Zentrum der Hausarbeitsdebatten der Frauenbewegung in den 70er Jahren. Die politischen Antworten waren: Berufstätigkeit, Qualifizierung, eigenes Einkommen, Aufteilung der Reproduktionsarbeit mit dem Mann oder »Lohn für Hausarbeit« und politische Organsierung der Frauen im Stadtteil.

Heute haben wir beides: Die Frauenlohnarbeit wächst ununterbrochen an, gerade auch bei Frauen mit Kindern. Das Hausfrauen-Modell ist out. Und wir haben einen Lohn für die Hausarbeit, die von meist ausländischen Frauen verrichtet wird und der sehr niedrig ist. Die Isolation dieser Frauen im Privathaushalt des fremden Landes übersteigt bei weitem die der früheren »Hausfrauen«.

Vergleichsweise teurer für den Endkunden sind hingegen Reinigungsteams von professionellen Putzfirmen. Ihr Haupteinsatzgebiet sind deshalb Betriebe, die ihre festangestellten ReinigungsarbeiterInnen schon vor Jahren abgeschafft haben. Reinigungsarbeit war eine der ersten Arbeiten, die ausgelagert wurden: weil man nicht mehr bereit war, IG-Metall-Tarif für eine Putzfrau zu bezahlen und man sie sich nicht mehr selbst mit den Frauen rumärgern musste, sondern Mängel an den Subunternehmer melden kann.

Der folgende Essay versucht, mehrere Stränge in einen Zusammenhang zu stellen:

- die feministische Debatte über geschlechtshierarchische Arbeitsteilung
- die alte Kampagne für »Lohn für Hausarbeit«
- die weiter steigende (illegale) Einwanderung von Frauen aus der Peripherie in kapitalistische Zentren, wo sie in Privathaushalten arbeiten
- die Tendenzen zu einer »Industrialisierung« von Hausarbeit
- die Möglichkeiten dieser Reinigungsfrauen, für bessere Bedingungen zu kämpfen und sich kollektiv zu organisieren.

Im Anschluss daran eine Besprechung des oben erwähnten Buches von Bridget Anderson.

Gender, Migration und Hausarbeit

Riesige Armeen von Menschen – zumeist Frauen – verrichten gegen niedrigen Lohn Hausarbeit in fremden Ländern. Sie versorgen alte Menschen, kochen Essen und halten Wohnungen und Büros sauber – in den Städten, in denen sich das Kapital konzentriert und Leute qualifizierte Jobs mit langen Arbeitszeiten machen können, weil die Hausarbeit für sie erledigt wird. Diese eingewanderten ArbeiterInnen schicken enorme Geldbeträge nach Hause, die zuweilen die größte Devisenquelle für die Herkunftsländer darstellen. Aber sie lassen dort auch zerbrochene Familien und ein »Betreuungsdefizit« zurück. Hinter den Geschichten über Missbrauch, Sklaverei und Erniedrigung, die immer wieder in die Nachrichten dringen, steht eine Arbeit, die in der heutigen weltweiten Arbeitsteilung eine ganz spezifische Rolle spielt.

Der Durchschnittslohn einer Hausarbeiterin in Hongkong ist 15 mal höher als das Gehalt eines Lehrers auf den Philippinen. 176 Dollar monatlich für qualifizierte Arbeit auf den Philippinen stehen dem Lohn einer Kinderfrau in Italien von 700 Dollar oder von 1400 Dollar in den USA gegenüber.

Die vielen eingewanderten Frauen, die parallel zu stärker entwickelten und wohlhabenderen Branchen und Fachgebieten arbeiten, haben eine große ökonomische Bedeutung. Sie ermöglichen in den Entwicklungsbranchen stressige Arbeit mit langen Arbeitszeiten, sie ermöglichen es, dass Frauen einer qualifizierten Arbeit nachgehen und zu Hause einen bestimmten Lebensstil pflegen können. Und sie ermöglichen es, dass die Männer weiterhin nicht viel Hausarbeit verrichten. Das berufstätige Paar kann die Illusion einer Gleichheit der Geschlechter aufrecht erhalten – während es in Wirklichkeit die Ungleichheit der Geschlechter auf den Weltarbeitsmarkt abwälzt und eine »Versorgungskrise« [care crisis] weiter unten in der Kette hinterlässt. Die Löhne und Arbeitsbedingungen spiegeln den niedrigen Status oder Wert wider, der dieser Arbeit zugesprochen wird.

Die Arbeit ist in den modernen Kapitalismus integriert und zwar nicht nur, weil sie notwendig für die modernen Branchen ist, sondern auch durch die Art, wie Hausarbeit als Arbeit organisiert ist. Es gibt eine zunehmende Industrialisierung durch Agenturen, die Arbeitsprozesse und die Arbeitsorte, z.B. durch das Wachstum von Pflegeheimen und Fast-Food-Verkaufsstellen.

Wir benutzen den Begriff »Hausarbeit« zur Bezeichnung einer Arbeit, die traditionell von Frauen im Haus verrichtet wird, z.B. Sauber machen, Kochen, Pflege- und Betreuungsarbeit. Aber diese Hausarbeit verändert sich ständig. So ist das Kochen aus »Rohmaterial« heute zunehmend unüblich und das Schneidern von Kleidung fast unbekannt. Alte Leute werden immer häufiger in Einrichtungen gepflegt. Die wachsende Zahl von LohnarbeiterInnen im Haushalt (Kinderfrauen, Putzfrauen, usw.) und die Zunahme von Pflegeheimen deuten darauf hin, dass Hausarbeit immer mehr zur Ware wird.

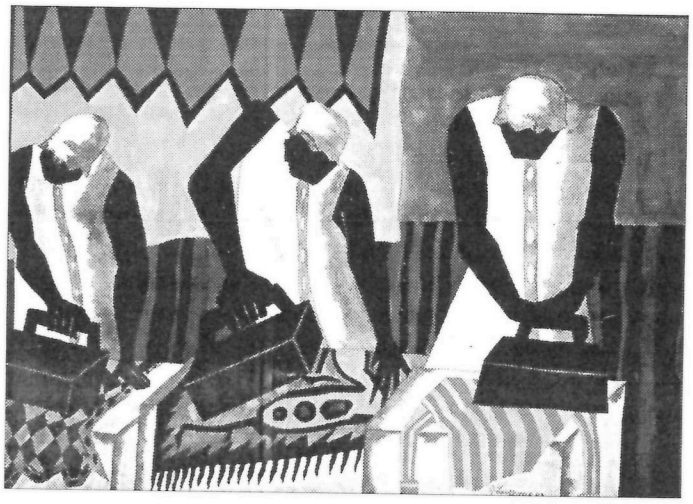
Arbeitende Frauen und Hausarbeit – die Arbeiterinnen

In den 1990er Jahren wanderten mehr Frauen als Männer in die USA, nach Kanada, Schweden, Großbritannien und Israel aus. Die vier Hauptmigrationsströme sind: von Südostasien in den Mittleren Osten; aus dem ehemaligen Ostblock nach Westeuropa; von Süd- nach Nordamerika und von Afrika nach Europa.

. Etwa 22 Millionen AsiatInnen arbeiten außerhalb ihres Heimatlandes. Eine/r von zehn BürgerInnen Sri Lankas arbeitet im Ausland. 84 Prozent der in den Mittleren Osten eingewanderten Sri LankerInnen sind Frauen. 70 Prozent der philippinischen Einwanderer in den USA sind Frauen. Die meisten dieser Frauen verrichten in irgendeiner Weise »soziale Arbeit« – von der Hausarbeit und Pflegearbeit über die Arbeit in der Verpflegungsindustrie bis hin zur Sexarbeit.

Staatliche Schätzungen von den Philippinen, aus Indonesien und Sri Lanka geben an, dass Frauen 60-75 Prozent der legalen MigrantInnen ausmachen, wobei ein bedeutender Anteil als HausabeiterInnen im Mittleren Osten, in Singapur, Malaysia und Hongkong tätig sind.

Migrantinnen kommen häufig nicht aus den untersten Klassen ihrer Heimatländer, sondern eher aus den Mittelschichten, den gebildeten Schichten (das gilt insbesondere für die »Katalog-Bräute«). Und: Je mehr Frauen in ihren Heimatregionen im Produktionssektor arbeiten, desto mehr Frauen migrieren später.



Arbeitende Frauen und Hausarbeit – die ArbeitgeberInnen

In Singapur beschäftigt etwa einer von sieben Haushalten eine eingewanderte HausabeiterIn. 1978 gab es 5000 eingewanderte HausarbeiterInnen, heute sind es über 150 000, die meisten von den Philippinen und aus Indonesien.

In Spanien beschäftigten im Jahr 2002 mehr als 395 000 Haushalte DienstbotInnen (meist Frauen); ungefähr 60 Prozent von ihnen kamen aus der Untergrundwirtschaft.

In Großbritannien gab es 1998 etwa 928 000 Beschäftigte in Privathaushalten. Der durchschnittliche Wochenlohn betrug 30 Pfund für viereinhalb Stunden, das sind 6,70 Pfund pro Stunde.

In den USA gehen 65 Prozent der Frauen, die Kinder haben, außer Haus arbeiten; 1950 taten das nur 15 Prozent. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre waren ungefähr 802 000 legale HausarbeiterInnen in US-Privathaushalten beschäftigt, von denen sich 40 Prozent um die Kinderbetreuung kümmerten. Mindestens zehn Prozent der drei Millionen illegaler Einwanderer in den USA waren 1993 in der Kinderbetreuung tätig, während weitere zehn Prozent anderweitig in Privathaushalten beschäftigt waren. Der durchschnittliche Stundenlohn in den USA betrug 2,14 Dollar, wovon laut US-Recht noch Geld für Kost und Logis abgezogen werden darf. Der durchschnittliche Arbeitstag betrug 14 Stunden.

Es gibt viele Gründe, warum Familien jemand anderen einstellen, um ihre Pflichten im Haushalt zu erledigen. Dazu gehören: Kürzungen im Wohlfahrtsstaat, das zunehmende Alter der Bevölkerung, Familien mit einer Frau als Famlienoberhaupt, der Niedergang der Großfamilie – und der Wunsch nach einem gewissen Lebensstil. (z.B. in einer tip top sauberen Wohnung zu leben, Kleidung zu tragen, die nur mit der Hand gewaschen werden kann, einen gut gepflegten Garten zu haben, Dinner Parties zu Hause zu veranstalten und gleichzeitig arbeiten zu gehen und genug Zeit für die Kinder zu haben.)

Lohn für Hausarbeit

Feministinnen weisen seit langem darauf hin, dass Hausarbeit als erniedrigend angesehen wird und einen niedrigen sozialen Status oder ökonomischen Wert besitzt, weil sie von Frauen verrichtet wird; und Frauen verrichten sie, weil es als ihre Arbeit angesehen wird. Solange der Pool von Leuten, unter denen diese Arbeit aufgeteilt wurde, die Famlie war, wurde dies durch die ungleichen Geschlechterverhältnisse zwischen Mann und Frau im Haushalt zum Vorschein gebracht. Als aus der unentlohnten Arbeit, ein Kind großzuziehen, entlohnte Arbeit von Kinderfrauen wurde, wurde am geringen Marktwert deutlich, dass Haus- und Pflegearbeit allgemein einen bleibend niedrigen Wert hat. 30 Jahre nach Beginn der »Lohn-für-Hausarbeit«-Debatte haben wir nun Löhne für Hausarbeit – sie betragen etwa drei Dollar die Stunde.

Die Debatte stellte ursprünglich die Tatsache in den Mittelpunkt, dass die Reproduktion des täglichen Lebens und der Bedürfnisse der (gewöhnlich männlichen) Arbeiter und die Versorgung und Erziehung der Kinder eine notwendige Arbeit für die Produktion von Mehrwert sei, weil sie es diesen Männern ermöglichte, arbeiten zu gehen, ihren Bedarf an Kleidung, Nahrung und Gefühlen deckte, und dafür sorgte, dass aus den Kindern die nächste Generation von Arbeitern wurde. Die kapitalistische Arbeitsteilung beruhte darauf, dass diese Aufgaben getan wurden, aber sie maß ihnen keinen »Wert« bei in Form eines Lohns, was Anerkennung, Bewertung und Quantifizierung bedeutet hätte.

Als Frauen wieder zunehmend Lohnarbeit annahmen, übernahmen die Männer keinen größeren Anteil an der Hausarbeit. Heute verrichtet diese »erniedrigende« Arbeit zunehmend eine dritte Person (oder mehrere Personen), nämlich die schlecht entlohnten eingewanderten Frauen. Die Verfügbarkeit von »erschwinglichen« eingewanderten HausarbeiterInnen ermöglicht es den Männern, die »zweite Schicht« im Haushalt zu vermeiden und schafft die Illusion einer Gleichheit der Geschlechter innerhalb der Beziehung des arbeitgebenden Paares. Aber in Wirklichkeit ist die Ungleichheit der Geschlechter nur aus dieser Beziehung heraus verlagert worden und zu einer globalen Migrationsbeziehung geworden. Eine Arbeitsteilung, die Feministinnen kritisierten, als sie »lokal« war, ist nun zu einer globalen geworden. Diese Frauen, die keine andere Wahl haben, als für andere Leute die Hausarbeit zu machen, zahlen einen hohen Preis für ihre eigenen zurückgelassenen Familien.

Boom-Branchen und ihr Schatten aus billiger Arbeitskraft

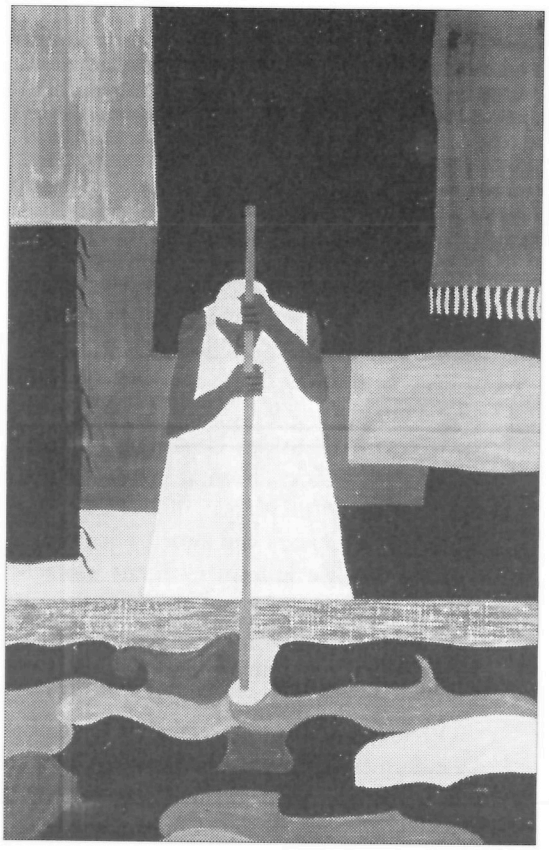
Erwiesenermaßen findet das größte Wachstum der Hausarbeit eher in Ländern mit raschem ökonomischem Wachstum statt, wie Singapur, Bahrain, Kuwait, Hongkong und Saudi Arabien, als in der etablierten »ersten Welt«. Es gibt Städte mit einer hohen Konzentration von Firmenniederlassungen, IT-Firmen, Banken usw., die Männer und Frauen in hoch bezahlten qualifizierten Tätigkeiten beschäftigen. Diese Zentren sind lebenswichtig für das reibungslose Funktionieren des globalen Kapitalismus. Um sie am Laufen zu halten und den qualifizierten Professionals lange Arbeitszeiten zu ermöglichen, braucht es auch eine Armee von niedrig entlohnten ArbeiterInnen – die DatenerfasserInnen und Call Center ArbeiterInnen. Saskia Sassen stellt in ihrer Untersuchung dar, dass »zwischen 30 und 50 Prozent der ArbeiterInnen in den Schlüsselbranchen tatsächlich niedrig bezahlte LohnarbeiterInnen« sind. Aber weiter unten in der Reihe braucht es auch die ReinigungsarbeiterInnen für die Büros und die Wohnungen, braucht es PflegerInnen für die Kinder und älteren Verwandten der hoch bezahlten ArbeiterInnen, braucht es die Fast-Food- und Fertiggerichte-Industrie. Wenn wir berücksichtigen, dass Statistiken nicht sehr zuverlässig sind, wenn so viele dieser ArbeiterInnen illegal und inoffiziell beschäftigt sind – dann dürfte der tatsächliche Anteil von schlecht bezahlten und prekär beschäftigten ArbeiterInnen in den Zentren des globalen Kapitals sehr hoch sein.

Die meisten dieser Jobs sind nicht »verlagerbar«. Urban Professionals leben in der Stadt – und übergeben einen wachsenden Anteil an »Haus«-arbeit dem Markt – entweder indem sie Güter und Dienstleistungen einkaufen oder indem sie selbst Arbeitskräfte anheuern. Im Schatten dieser Wachstumsbranchen – die traditionell Orte von potenziell hoher Bezahlung und Verhandlungsmacht waren, sieht man heute eine wachsende Zahl von niedrig entlohnten ArbeiterInnen mit niedrigem Status, die oft Einwanderer, illegal und marginalisiert sind. Da Sexismus und Rassismus noch weit verbreitet sind fühlen sich Menschen nicht allzu unwohl wegen der schlecht bezahlten Putzfrau oder dem Kebab-Buden-Arbeiter morgens um drei, weil es eben »die anderen« sind. Viele Arbeitgeber oder Käufer von Dienstleistungen fühlen sich sogar als Wohltäter, weil sie jemandem Arbeit geben – aber sie würden diese Arbeit keinesfalls selbst machen wollen.

Überweisungen und anderes Geld

Die Geldüberweisungen (Geld, das zu den Famlien im Heimatland geschickt wird) sind lebenswichtig für die Weltwirtschaft – für das Überleben von Menschen in den Empfängerländern, für deren Regierungen und für die Volkswirtschaften dieser Länder.

Frauen bleibt oft keine andere Wahl als auszuwandern und ihren Familien Geld zu schicken. 34 bis 54 Prozent der philippinischen Bevölkerung wird von Überweisungen aus dem Ausland ausgehalten. Frauen schicken im allgemeinen etwa die Hälfte ihres Verdienstes nach Hause. Ein Weltbank-Bericht zeigt, dass *»2005 die offiziell registrierten Überweisungen weltweit über 232 Milliarden Dollar betrugen. Davon gingen 167 Milliarden Dollar an die Entwicklungsländer, das ist doppelt soviel wie die gesamte offizielle Entwicklungshilfe.«* Der Bericht schätzt, dass durch Geldsendungen über informelle Kanäle mindestens nochmal 50 Prozent dazu addiert werden können, was die »Gastarbeiterüberweisungen« zur größten Devisenquelle in



vielen Entwicklungsländern macht. Der Bericht hält es für plausibel, dass der offizielle Geldfluss weiterhin wie in den 1990er Jahren jährlich um 7 bis 8 Prozent ansteigen wird. 2004 waren die Geldüberweisungen in 36 Entwicklungsländern größer als der Zufluss an öffentlichem und privatem Kapital. In weiteren 28 Ländern waren sie höher als die Einkünfte aus der wichtigsten Warenexportbranche. In Mexiko sind die Überweisungen beispielsweise höher als die ausländischen Direktinvestitionen, und in Sri Lanka sind sie höher als die Einnahmen aus dem Tee-Export.

Viele Regierungen von Auswanderungsländern haben spezielle Programme, um Frauen die Emigration zu erleichtern. Regierungen ermutigen zu Wanderarbeit, Sexarbeit und Heiratsvermittlung. Die philippinische Regierung hat die »Ehevermittlungsagenturen« legalisiert.

Dass Frauen ins Ausland gehen, um in Privathaushalten zu arbeiten, baut nicht nur die Professionals und das Geschäftsleben in den Empfängerländern auf, sondern nebenbei auch die Regierungen der Entsendeländer, die Geldhändler wie Western Union und eine ganze Reihe von Menschenhändlern, Arbeitsvermittlungsagenturen und Zuhälter.

Die Industrialisierung der Hausarbeit

Hausdiener und Pflegearbeiterinnen passen nicht in das Bild eines modernen Kapitalismus mit industrialisierten Arbeitsplätzen und einer Distanz zwischen Produzent und Konsument. Der Konsument ist in diesem Fall häufig der Arbeitgeber – mit all der schrecklichen Intimität von Ausbeutung innerhalb einer persönlichen Beziehung. Doch inzwischen wird die Arbeit in Privathaushalten zunehmend über Agenturen organisiert. Oder die Arbeit wird im eher traditionellen Sinn industrialisiert – wie z.B. durch die Herstellung von Fertigmahlzeiten oder Mitnahmegerichten in Großküchenbetrieben oder indem immer mehr alte Menschen in Pflegeheime gehen. Dies folgt dem Trend bei der Kleider- oder Seifenherstellung usw. Einige Arbeitsvermittlungsagenturen – wie z.B. Kelly Services – haben eine »Hauspflege«- [home care] Abteilung, die Dienstleistungen wie Reinigen, Kochen und das Abholen der Kinder von der Schule umfasst. Ein paar wenige große Reinigungsfirmen, die wiederum von noch größeren Konglomeraten aufgekauft wurden, beherrschen 25 Prozent der Reinigungsarbeit in Privathaushalten in den USA – mit steigender Tendenz. Die Vorteile für die ArbeiterInnen bestehen nicht nur in einem gewissen Schutz vor den Launen und Missbräuchen, von denen Frauen berichten, die direkt vom Wohnungsinhaber beschäftigt werden, sondern sie enthalten auch das Potenzial für Kommunikation und gemeinsame Aktionen, weil du gerne wissen möchtest, wer deine KollegInnen sind.

Die Reinigungsfirmen legen Regeln für den Arbeitsprozess fest (zuerst den Raum neben der Küche; Abstauben von links nach rechts und von oben nach unten, usw.). Sie geben die Arbeitsteilung vor (Staubsaugen, Staubwischen, Bad und Küche), die Arbeit wird in Vierer-Teams verrichtet, wobei jedeR eine dieser Aufgaben übernimmt. Sie drohen mit versteckten Kameras, um für die notwendige Kontrolle der Arbeit zu sorgen. Diese Firmen werden wahrscheinlich noch wachsen, weil neue Kunden lieber mit einer Firma als mit einem Individuum verhandeln, und weil die globalen Akademiker standardisierte Marken-»Produkte« lieben, die eine Firma liefert. Beide, Arbeiter und Dienstleistungsempfänger, ziehen die Unpersönlichkeit der kapitalistischen Arbeit vor. Die große Nähe bei der Pflegearbeit oder Hausarbeit kann äußerst unbehaglich sein. Es gibt keine Distanz und keine Entfremdung vom Job, die ihn überhaupt erst erträglich macht.

Der »Care Drain«

Die meisten Migrantinnen haben Kinder. Das Durchschnittsalter von Migrantinnen in den USA liegt bei 29 Jahren. In diesem Alter haben Frauen in den Ländern, aus denen sie kommen, gewöhnlich schon Kinder. Sie können ihre Kinder nicht mitbringen – aus rechtlichen und ökonomischen Gründern. Mehr weibliche als männliche Migranten bleiben in ihrer Wahlheimat.

Es gibt eine Art ökonomischer Kettenreaktion auf die Versorgungskrise [care crisis]. Ein Beispiel: Rowena arbeitet in den USA für 750 Dollar monatlich und schickt davon an ihre beiden Kinder, die bei ihrer Mutter leben, 400 Dollar. Aber ihre Mutter arbeitet auch und zwar 14 Stunden täglich als Lehrerin. So kommt morgens um acht Uhr Anna de la Cruz und kocht, macht sauber und versorgt die Kinder (für 50 Dollar monatlich). Sie wiederum lässt ihren Sohn im Teeny-Alter in der Obhut ihrer 80 Jahre alten Schwiegermutter.

Viele Regierungen und Medien in den Entsendeländern ermutigen zur Emigration, aber gleichzeitig verunglimpfen sie diese Frauen als »Rabenmütter«, die eine Generation krimineller Kinder hervorbringe. Dies führt zur Stigmatisierung dieser Familien. Die Globalisierung hat zu Vorstellungen über Gender und Modernität geführt, die eine riesige weibliche Arbeitsbevölkerung schaffen, und gleichzeitig üben kulturelle Ideologien Druck auf die communities aus, um die arbeitenden Frauen moralisch zu disziplinieren.

Die weltweite Produktion von Liebe

Dass Frauen ihre Familien nicht mitbringen können, ist für die Arbeitgeber von Vorteil – weil die Frauen mehr Zeit und Energie für ihre Arbeit haben. Sie sind eher froh darüber, in der Wohnung ihrer Arbeitgeberfamilien zu leben, was bedeutet, dass sie fast immer im Dienst sind. Eine Zusammenstellung über Live-in HausarbeiterInnen in Großbritannien ergab, dass 30 Prozent von ihnen mehr als einen 12-Stunden-Tag hatten.

Arlie Russell Hochschild schreibt über die Fetischisierung der Ware Liebe oder »Das Pfund Fleisch der Globalisierung«. Sie schaut nach den Auswirkungen auf die zurückgelassenen Kinder und stellt die These auf, dass die Einsamkeit und der Schmerz dieser Frauen dazu führt, dass sie große Mengen an Liebe auf die Kinder übertragen, zu deren Versorgung sie angestellt sind. Sie sagt, dass Liebe eine »unfair verteilte Ressource« sei, die »an einem Ort extrahiert und irgendwo anders genossen wird ... Liebe scheint knapp und begrenzt zu sein, wie ein Mineral, das aus der Erde gewonnen wird.« Ironischerweise hätten die Frauen, wären sie in ihren Heimatländern geblieben, nicht die Zeit, die Liebe so verschwenderisch auszuschütten wie in ihren Jobs in der Ersten Welt. »Die Erste Welt zieht Liebe aus der Dritten Welt ab. Aber was sie da abzieht, ist teilweise hier produziert oder ‚montiert'; die Freizeit, das Geld, die Ideologie der Kindheit, die große Einsamkeit und die Sehnsucht nach dem eigenen Kind.«

Kämpfe und potenzielle Kämpfe

Diese Frauen werden oft als marginal, unsichtbar und machtlos beschrieben – die letzten beiden Eigenschaften gelten sicherlich für Live-in HausarbeiterInnen und Kindermädchen – doch verfügen diese ArbeiterInnen auch über eine ganz spezifische Macht. All diese Jobs müssen dort verrichtet werden, wo sie anfallen – das Kapital kann sie nicht einfach verlagern, wenn es einen Kampf für Lohnerhöhungen gibt. Ebenso muss diese Arbeit von Menschen getan werden und sie kann nicht wirklich mit weniger ArbeiterInnen verrichtet werden – das Kapital kann also nicht in dieser Richtung industrialisieren oder für einen »technologischen Fix« (B. Silver) sorgen. Es ist Arbeit, die schlicht gemacht werden muss.

Wir finden häufig Beispiele von Frauen, die sich über NGOs oder Kulturvereine organisieren. Es ist erwiesen, dass reguläre Arbeit eingewanderte Frauen »ermächtigen« kann – sie lernen die Sprache besser, haben ihr eigenes Einkommen, haben besseren Zugang zu verfügbaren Dienstleistungen. Frauen beteligen sich immer stärker an communities und am communitiy Aktivismus. Diese Trends legen nahe, dass Frauen sich als die mächtigeren und stärker sichtbaren Akteure im Klassenkampf entpuppen könnten. Wenn wir nach diesen Potenzialen suchen, dann hängt eine Menge davon ab, ob eine im Privathaushalt arbeitet oder an einem Arbeitsplatz außerhalb. Die Isolation im Privathaushalt ist eine schwierige Voraussetzung, um sich kollektiv als ArbeiterInnen zu organisieren. Aber es ist auch erwiesen, dass die zweite Immigranten-Generation eher mehr kämpft als ihre Eltern.

Es gibt einige Berichte über kollektive Kämpfe. Am 6. Januar 2006 streikten in Indien 20.000 HaushaltsarbeiterInnen einen Tag lang mit der Domestic Worker Union für ihre Anerkennung als offizielle ArbeiterInnen mit den üblichen Arbeiter-Rechten. Es gab auch einige Kämpfe von Hausmädchen in Hongkong. Überhaupt könnte sehr viel mehr getan werden, um diese Kämpfe überall auf der Welt zu untersuchen und zu unterstützen.

Lady Stardust

Doing the dirty work

Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit in Europa

Bridget Anderson ist Mitarbeiterin von *Kalayaan*, einer Selbstorganisation von illegalisierten Hausarbeiterinnen in Großbritannien. Ihr Buch *Doing the Dirty Work?* beruht auf einer Studie, die sie 1997 in westeuropäischen Großstädten (Athen, Barcelona, Berlin, London und Paris) über die Lebensverhältnisse illegaler Hausarbeiterinnen aus den Philippinen, Lateinamerika, Afrika oder Osteuropa unternommen hat. Zu Beginn ihres »Update« von 2005 formuliert sie nochmal ihre wichtigsten Fragen: *»Handelt es sich um einen ganz gewöhnlichen Job? Ist er notgedrungen ausbeuterisch? Sind alle ausgebeuteten migrantischen Hausarbeiterinnen ›Opfer des Menschenhandels‹?«*

Anwerbeindustrie

Anderson untersucht zum einen die »Anwerbeindustrie« für Migrantinnen und Migranten, zum anderen die Situation der Hausarbeiterinnen an ihren Arbeitsstellen und die Herausbildung von informellen Netzwerken der Migrantinnen in den Städten. Wir erfahren sehr detailliert, was die gravierenden Unterschiede zwischen *Live-in* (Unterkunft im Arbeitgeberhaushalt) und *Live-out* Jobs (eigene Unterkunft) sind und weswegen für *Live-in Jobs fast nur illegale Migrantinnen infrage kommen.*

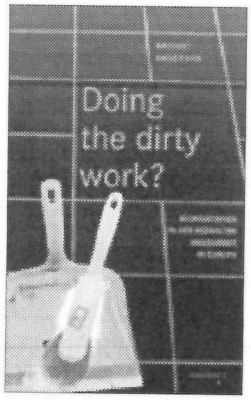
Anderson vergleicht die Zusammensetzung der Hausarbeiterinnen und die Bedingungen in den Haushaltsarbeitsplätzen in den verschiedenen Großstädten. Auch erfahrene Hausarbeiterinnen tappen immer wieder in die Falle: sie arbeiten und bekommen keinen Lohn, werden ausgenutzt, misshandelt, eingesperrt, sexuell belästigt. Sie schildern Situationen, die nur noch mit krankhaften Verhaltensweisen oder dem Machtbedürfnis über andere Menschen erklärt werden können.

Aufgrund ihrer Arbeit mit der Organisation Kalayaan ist Bridget Anderson mit der Situation in England am besten vertraut. Anfangs ging es um die Unterstützung von Hausarbeiterinnen, die mit ihrer Arbeitgeberfamilie (meist aus dem Mittleren Osten) eingereist waren und ohne eigenständigen Aufenthaltsstatus unter sklavenähnlichen Bedingungen im Haus gefangen gehalten und häufig misshandelt wurden und vermutlich noch werden. Mit öffentlichen Kampagnen und Lobby-Arbeit kämpfte *Kalayaan* für eine Änderung des Einwanderungsgesetzes. Ein Ziel war, dass Hausarbeiterinnen einen ganz normalen Arbeitsvertrag mit festgelegten Arbeits- und Urlaubszeiten und allen Rechten bekommen. In dieser jahrelangen Kleinarbeit treten die Widersprüche zwischen dem Wunsch nach einer grundsätzlichen Änderung und den unmittelbaren Bedürfnissen der betroffenen Hausarbeiterinnen, die in England bleiben wollen, offen zutage. Die Hausarbeiterinnen sind eher bereit, an unzumutbaren Einreisemöglichkeiten festzuhalten, als auch dieses Schlupfloch für die Immigration zu versperren. *»Die Unterhandlungen förderten Deals, die einige Arbeiterinnen auf Kosten der anderen trafen.«*

Verkauf des eigenen Selbst (Kapital 7)

Ausgehend von dieser Erfahrung versucht Anderson eine theoretische Durchdringung des besonderen Arbeitsverhältnisses Hausarbeit. Ihre These ist, dass die Arbeit im Privathaushalt kein normales Lohnarbeitsverhältnis sei, wie es Marx beschrieben hätte. Dabei betont sie immer wieder die nichtexistente »Gleichheit« zwischen Arbeiter und Kapitalisten beim Verkauf bzw. Ankauf der Arbeitskraft. Dass die ein trügerischer Schein sei, spiele keine Rolle. Eine Hausarbeiterin könne nicht ihre Arbeitskraft verkaufen, sondern nur ihre ganze Person. »Was die ArbeitgeberIn tatsächlich kauft, ist nicht Arbeitskraft, sondern ›Kommandogewalt‹, die im Fall des Arbeiters durch den Arbeitsvertrag offensichtlich begrenzt ist.« Die Hausarbeiterin sei als Person selbst ein Mittel der Reproduktion.

Das Arbeitsverhältnis im Privathaushalt habe mehr mit einem Sklavenarbeitsverhältnis zu tun als mit einem Lohnarbeitsverhältnis. Die Kennzeichen: unbegrenzte Arbeitszeit, ständige Verfügbarkeit, große Intimität, die für die Arbeitgeberfamilie nur aushaltbar ist durch ständige Abgrenzung und Missachtung der Arbeiterin als Person.



Bridget Anderson
Doing The Dirty Work? Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit in Europa

übersetzt von Doris Schierbaum und Monika Becker,

Anhang: Manifest der RESPECT-Initiative Berlin,

ISBN 3-935936-36-2,
ca. 240 Seiten, erscheint April 2006, 14.00 Euro,
Verlag Assoziation A, Berlin/Hamburg

RESPECT-Initiative
http://www.respect-netz.de

Die Einwanderungsgesetze und der latente Rassismus seien die Voraussetzungen für dieses Sklavenarbeitsverhältnis. *»Frauen aus rassifizierten Gruppen, die der Natur näher stehen, sind ›von Natur aus‹ gut für die Hausarbeit. Hausarbeit in Privathaushalten in den USA, in Kanada, Europa und im Mittleren Osten ist in einem hohen Maße rassifiziert.«*

Da üblicherweise die Frau des Hauses als direkte Arbeitgeberin fungiert, ergibt sich zusätzlich noch eine komplizierte und asymmetrische Beziehung zwischen zwei Frauen, in denen die eine ihre Macht über die andere immer wieder ausspielt, aber auch nicht frei ist von Gefühlen wie Eifersucht, wenn die Kinder die Kinderfrau mehr lieben als die leibliche Mutter. Anderson widmet ein ganzes Kapitel der Sklaverei in den Südstaaten, um dieses spezielle Verhältnis herauszuarbeiten – was historisch interessant ist, aber ein wenig entfernt von den heutigen westeuropäischen Verhältnissen, um die es ihr geht.

Anderson musste während ihrer Arbeit auch praktisch die Erfahrung machen, dass einige HausarbeiterInnen mit dem Ziel ›Arbeitsvertrag‹ gar nichts anfangen konnten. *»Regina: ›Sobald wir in Afrika Verträge unterschreiben, ist es, als ob man unterschreibt, dass man ein Sklave ist.‹«* Etwas resigniert stellt sie fest: *»Wir müssen auch akzeptieren, dass nicht jede, die in diesem Sektor arbeitet, zwangsläufig den Wunsch hegt, als ›Hausarbeiterin‹ in die bürgerliche Gesellschaft einverleibt zu werden.«*

Und was spricht gegen die klassisch gewerkschaftliche Variante der Professionalisierung? Hausarbeiterinnen, die Facharbeiterinnen auf einem Gebiet sind, geregelte arbeitsrechtliche Beziehungen zwischen Arbeiterin und Arbeitgeberhaushalt?

In allererster Linie die Lohnkosten und zweitens: ihre Spezialisierung! Facharbeiterinnen sind teuer. Und je höher in der Hierachie, desto spezialisierter ist die Arbeit: Eine Köchin putzt nicht nebenbei oder versorgt auch noch den Hund.

Migrantische Hausarbeiterinnen hingegen haben im allgemeinen keine formelle hauswirtschaftliche Qualifikation, sie machen alles, was im Haushalt anfällt – das ist ihre Stärke und das ist offenbar gewünscht. Unter der Fiktion, dass Hausarbeit keine besonderen Fertigkeiten erfordert, werden sie schlecht bezahlt. Die Arbeitgeberin sitzt im Konfliktfall immer am längeren Hebel. Es besteht ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis. Deshalb bevorzugen auch wohlhabende Haushalte illegale Arbeiterinnen.

Anderson legt schlüssig dar, warum bezahlte Hausarbeit vor allem von Migrantinnen in irregulären Arbeitsverhältnissen verrichtet wird. Und sie behauptet, dass die Tendenz weiter in diese Richtung geht und nicht in Richtung Professionalisierung, obwohl das eher im Interesse der Arbeiterinnnen wäre, wenn die denn regulären Zugang zu diesem Arbeitsmarkt hätten.

Und wie verhalten sich die Hausarbeiterinnen?

»Unter den Arbeiterinnen, mit denen ich gesprochen habe, besteht der Eindruck, dass von ihnen Arbeiten verlangt werden, die selbst zu tun den ArbeitgeberInnen nie in den Sinn gekommen wäre. ›Es ist nicht ehrlich, du würdest deinem Mitmenschen doch nicht sagen, dass er etwas machen soll, was du selbst nicht gerne machst. Aber sie respektieren das nicht.‹ (Joy, eine Ghanesin, die in Athen arbeitet)« Der mangelnde Respekt vor ihrer Person ist das, was die Hausarbeiterinnen am meisten wütend macht.

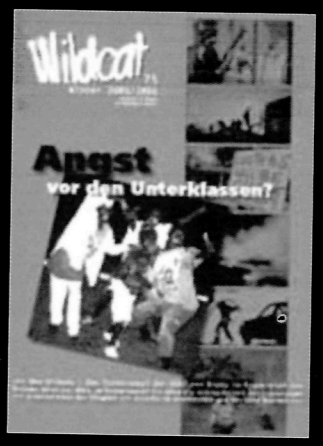
Entsprechend sind die Überlebensstrategien: möglichst bald einen Live-out Job finden. Einen freien Tag. Eine Wohnung fürs Wochenende gemeinsam mit Kolleginnen. Und als verbreitetste Kampfform die Eigenkündigung, eines der wenigen Mittel, das die Arbeiterinnen haben, um der Macht der ArbeitgeberInnen über sie eine Grenze zu setzen.

Bridget Anderson weiß, dass es keine einfachen Antworten auf so ein verwickeltes Ausbeutungsverhältnis wie die Hausarbeit gibt. Sie lotet in ihren Ausflügen in die akademische Diskussion alle möglichen Ebenen aus: die Freiheit der Person bei Locke und bei Aristoteles, das Verhältnis der Frauen zur Staatsbürgerschaft usw., um dann festzustellen, dass Staatsbürgerschaft nicht viel bedeutet, wenn es um den Unterschied zwischen Arm und Reich geht. Ihr Ringen um politische Klarheit ist nachvollziehbar und macht das Buch zur Fundgrube – auch wenn sich manche Wege als Sackgassen erweisen.

Sie resümiert schließlich, dass es keine einfache Trennung zwischen irregulären und regulären Hausarbeiterinnen bzw. der unterdrückten Zwangsarbeiterin und der selbstständigen freien Lohnarbeiterin gibt, da auch deren Freiheit stets Zwängen unterworfen ist. Gerade in der Hausarbeit sind die Grenzen fließend. Für ihr eigenes Handeln macht sie den Unterschied auf zwischen kurzfristigen praktischen Antworten – dazu gehört es, alle Prozesse zu unterstützen, die die Selbstorganisierung der Hausarbeiterinnen erleichtern – und langfristigen Zielen: »in einer idealen Welt« kann es keine Hausarbeiterinnen geben. ■

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 75 (Winter 2005/2006)

Riots in Frankreich Revolte in den Banlieues

New Orleans: Das Tschernobyl der USA?

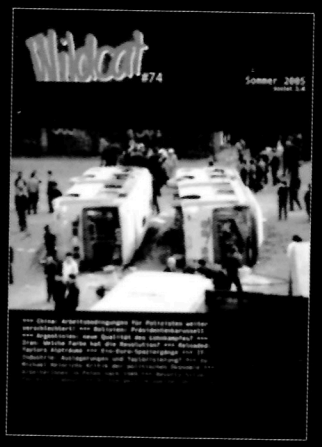
Mathematischer Kapitalismus – romantischer Antikapitalismus: Michael Heinrichs »Kritik der politischen Ökonomie«

Demontage des Sozialstaats als endgültige Entnazifizierung: zu Götz Alys »Hitlers Volksstaat«

Gate Gourmet: Streik am Düsseldorfer Flughafen

Viererkette - viel gelaufen, wenig erreicht: Streiks an den Uni-Kliniken in Baden-Württemberg

Polen: aus dem gelobten Land der Hausgeräteindustrie



Wildcat 74 (Sommer 2005)

Die Commune ist die Antwort der Klasse

Ein-Euro-Spaziergänge in Berlin

Schließung des Hausgerätewerks Berlin

Verlagerung und Taylorisierung in der **IT-Industrie**

Polnische ArbeiterInnen in Irland und Polen

Bewegungen in Lateinamerika: Bolivien, Argentinien

Iran: Geschlossen gegen das soziale Erdbeben

Taylors Alpträume

Bücher: Den Himmel stürmen, Forces of Labor, Culture Jamming

Wildcat 73 (Frühjahr 2005)

Beilage: 40 Seiten Dossier zu den USA

Kollektiv leben: Interviews aus Kollektivprojekten

Wilder Streik bei Opel

Lateinamerika: Nach dem Neoliberalismus

Venezuela: Bürgerbeteiligung + Antiimperialismus + Sozialstaat = Revolution?

Spanien Olivenernte und Straßenblockaden

Community Kämpfe in Südafrika

Algerien: Frontstaat im globalen Krieg?

Wildcat 72 (Januar 2005)

Beilage: Audio-CD 'making music is killing music'

Wilder Streik bei Opel Bochum

Erfahrungen im Kampf gegen Zwangsarbeit in den 80ern · Knast: Prekarisierung und Masseninhaftierung

Osteuropa · MigrantInnen in Tschechien · Situation in Polen · polnische Schattenwirtschaft in Berlin

Lateinamerika · Wasserkrieg in Mexiko · Bewegung und Institutionalisierung in Bolivien · Venezuela: umstrittene Spielräume

m.u.c.k.e. · Deutschpop und andere Grausamkeiten

Erleben wir das Ende des Klassenkampfs oder nur eine Durststrecke, wie es sie in der Geschichte immer wieder gegeben hat? Der Blick auf ein langes Jahrhundert und erstmals auf die ganze Welt erschüttert eine ganze Reihe von Mythen über die Schwäche der Arbeiterkämpfe und die Bedeutung der Globalisierung. Der beginnende Zerfall der Weltordnung verleiht dieser historischen Analyse der Arbeitermacht ihre spannende Aktualität ...

Die nächsten Veranstaltungen zum Buch:
Leipzig, 14.7.
Magdeburg, 15.7.
Zürich, 3.9.

Beverly J. Silver

Forces of Labor

Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870

Assoziation A & wildcat, 2005
ISBN: 3-935936-32-X, 284 S. 18 Euro

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch

[eine andere gewerkschaft ist möglich]

FAU IAA
Freie ArbeiterInnen Union
Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Ausland 24 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro (Ausland 4 Euro) – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 16 Euro (Ausland 20 Euro) – alle Preise incl. Porto.

Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder per Aboformular auf unserer Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Archiv und Aktuelles

www.wildcat-www.de

Wildcat

»... Zwischen dem Besitzer einer kleinen Bäckerei, dem Büroangestellten und dem Grundschullehrer mag es Unterschiede oder Gegensätze gegeben haben, aber sie wohnten an einem Ort, wo die Mehrheit (direkt oder indirekt) von der Industrie lebte, einschließlich sehr kleiner Unternehmen, mit einer relativ wohnungsnahen Arbeit. Dieser Raum war auch ein Zeit-Raum, mit seinen Festen, auch seinen Kämpfen, die eine Zugehörigkeit erzeugten. Aus der Identifikation mit einem Wir gegen ein Sie folgten auch Regeln. »Man überschreitet keine Streikpostenkette«, hieß es in den Vereinigten Staaten. In dem Film Looks and Smiles verbietet einer seinem Sohn, in die Armee zu gehen, die Streiks bricht. Es gibt Dinge, die gemacht werden müssen, andere die man nicht macht, und die Abgrenzung muss nicht gerechtfertigt werden, denn sie liegt auf der Hand.«

Gilles Dauvé: Wir wollen nichts!
Februar 2006

Streiks im öffentlichen Dienst

Frankreich:

Gilles Dauvé zu den Riots in den Banlieues

Zur Bewegung gegen das CPE

Automobilindustrie in Osteuropa und der BRD

Frauen, Migration und Hausarbeit

USA:

Update zur Situation in New Orleans

Gate Gourmet:

Ein halbes Jahr Streik am Düsseldorfer Flughafen

Iran:

Arbeiterkämpfe und Krieg

Streikwelle in Vietnam

Philips Semiconductors:

Wochenendschicht und Tarifkonflikt